Nr. 257. 15. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1503.
Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Mittwoch, den 2. November 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Die amerikanischen Wahlen.

In den Vereinigten Staaten ist die Wahlbewegung wieder im vollen Gange. Dort herrscht bekanntlich das Zweikammersystem. Die Gesammt-Volksvertretung, der Kongreß, besteht aus dem Senat, der indirekt durch die Vertreter der Einzelstaaten, und aus dem Repräsentantenhaus, das direkt durch das Volk gewählt wird.

Die meisten Einzelstaaten wählen Anfang November ihre eigenen Legislaturen, denen wiederum die Wahlen der Bundes-Senatoren im Winter obliegen werden — bekanntlich scheidet alle zwei Jahre ein Drittel der Mitglieder aus der ersten Bundeskammer — dem Senat — aus.

Vor allem jedoch gilt es, ein neues Repräsentantenhaus (Volkshaus) nach Washington zu entsenden. Hier werden die Erwartungen mit jedem Tag gespannter. Auf die Einzelstaats-Wahlen sind, wie bei unseren Landtagswahlen ja auch, vielfach örtliche Verhältnisse, lokale Sonderwünsche, Zwistigkeiten oft recht kleinlicher Art von stärkerem Einfluß wie die großen traditionellen Parteigegensätze der Union. Für die Bundesvertretung jedoch sind die alten Parteibildungen nach wie vor ausschlaggebend. Mit welchen parlamentarischen Majoritäten wird Mac Kinley während der zweiten Hälfte seiner Präsidentschaft zu rechnen haben?

Was den neuen Senat anbelangt, so vermuthet man von ihm nirgends besondere Schwierigkeiten für die republikanische Regierung. Er kann für Mac Kinley nur besser, kaum schlechter werden. Denn bisher hatten die „Silberiten" in ihm einige Stimmen Uebergewicht; etwa ein halbes Dutzend seiner republikanischen Mitglieder liebäugelten mit den Geldverwässerern; die Populisten (Farmerparteiler) thaten desgleichen, und die beiden demokratischen Senatoren, die für „gesundes Geld" (sound money) eintraten, genügten nicht, um im vorigen Jahre die Währungsreform durchsetzen zu können, die der Schatzsekretär Mr. Gage, ein erfahrener Bankier, plante. Werden auch nur einige dieser unzuverlässigen Republikaner durch republikanische Goldfreunde ersetzt, so wäre die Politik Mac Kinley's, wenigstens auf dem Währungsgebiet, lediglich erleichtert. Sonst ist der Senat in den nächsten zwei Jahren kaum zu fürchten, da, wie gesagt, zwei Drittel seines Bestandes erhalten bleiben.

Anders mit dem Repräsentantenhause, obwohl hier die meisten amerikanischen Präsidenten für die letzten zwei Jahre ihrer Amtsführung mit gegnerischen Mehrheiten rechnen mußten und dies auch meist ganz gut verstanden. 1874, mitten im zweiten Regime Grant, ging eine demokratische Fluthwelle über das Land, die auch das „Haus" beherrschte; und ähnlich erging es der nächsten Administration, als Vize-Präsident Arthur dem ermordeten Garfield gefolgt war. Das Haus, das 1884 mit dem Präsidenten Cleveland, im Anfang seiner ersten Präsidentschaft, gewählt worden war, hatte eine demokratische Mehrheit von 41 Stimmen, die im zweiten Kongreß auf kaum ein Dutzend verkürzt wurde. Präsident Harrison hatte nach seinem Siege von 1888 22 Stimmen republikanische Mehrheit, damit gelangte der Mac Kinley-Tarif zur Annahme, der am 1. Oktober 1890 in kraft trat. Die November-Wahlen brachten wieder eine ungeheure demokratische Majorität von 141 Stimmen. 1892 wurde dann Cleveland zum zweiten Male an die Spitze des Reiches berufen; er verfügte über ein Uebergewicht von 82 demokratischen Stimmen. Die geringen Tarifermäßigungen, eine unbeliebte Steuerreform verschafften plötzlich den Republikanern mit 132 Stimmen Oberwasser im Repräsentantenhause; eigene Parteigenossen wurden Cleveland in der zweiten Hälfte seiner Regierung untreu. Als endlich im Jahre 1896 Mac Kinley als Präsident aus dem Parteikampfe hervorging, sah er gleichzeitig eine republikanische Mehrheit von 47 Stimmen an seine Seite gestellt; das letzte Haus bestand aus 202 Republikanern, 125 Demokraten und 30 Populisten und Silberiten. Wird der Umschlag gegen die republikanischen Wahlen von 1894 und 1896 auch diesmal in üblicher Weise sich vollziehen?

Man sollte es nach so vielen, wiederholten Erfahrungen für das Wahrscheinlichste halten. Indeß ist der Glaube daran diesmal weniger stark als sonst unter ähnlichen Umständen. Zwar hat die republikanische Verwaltung reichlich und überreichlich Stoff zu den heftigsten Angriffen geboten, und ein amerikanischer Wahlkampf ist nicht dazu geeignet, gegen einen Widersacher Großmuth und Verzeihung üben zu lassen: das elende Schachermachei-Treiben bei der Schaffung des Dingley-Zollgesetzes ist noch immer unvergessen, die Rolle der Trusts und Korporationen bei den Zollberathungen fordert noch heute den Ingrimm der bäuerlich-kleinbürgerlichen Ehrbarkeit und Hilflosigkeit heraus. An der Armeeverwaltung, besonders an der Truppenverpflegung und dem Krankendienst hat man kein gutes Haar gelassen, sodaß jetzt eine hochnothpeinliche Untersuchungskommission sitzt, um die Wahrheit festzustellen oder zu verschleiern. Aber was bedeuten alle diese Anklagen, wenn die Regierung und die republikanische Partei für sich die wirksamste aller Empfehlungen in die Wagschale werfen kann: kriegerische Erfolge auf dem Meere und zu Lande, eine Erweiterung der Grenzen der Union, und neben dieser Befriedigung der nationalen Eitelkeit und Ueberhebung noch ein außergewöhnliches wirthschaftliches Gedeihen, das die Opposition der Massen einschläfert und abstumpft?

Die verblüffende, für die europäische Finanzwelt geradezu erschreckende Kraft des Bryanismus von 1896 wurzelte in der agrarischen Noth des Westens und Südens: der Getreide- und Baumwollgebiete. Seit 1893 war hier die Krisis nicht gewichen. General Coxey's Zug der Arbeitslosen nahm hier seinen Ausgangspunkt so gut wie das jähe Anschwellen der populistischen Bewegung und des Silberfanatismus. Von vierzehn Millionen Stimmen hatte Bryan 1896 sechs bis sieben Millionen gewinnen können. Doch 1897 trat der Umschwung ein; nach langen Jahren der Hoffnungslosigkeit wirkte er um so nachdrücklicher. Die Ernte war gut; vor allem jedoch, die Preise waren ausgezeichnet. In Indien wüthete Hungersnoth und Pest; in Europa war die Ernte mißrathen. Die alte goldene Zeit der ersten achtziger Jahre schien für den amerikanischen Farmer zurückgekehrt. Er lebte auf, er zahlte Schulden ab. Das folgende Jahr ließ sich eher noch besser an. Mehr und mehr verrannen die Wellen der alten Aufregung und Empörung. Der Zweifel an den früher so gern geglaubten politischen Dogmen mußte sich rühren, wenn die Preise stetig stiegen, während das Silber ebenso hartnäckig weiter fiel. Manche der letzten demokratischen Parteitage haben unter solchen Verhältnissen ganz von der Silberagitation abzusehen beschlossen. Dieser Frontwechsel, diese Unschlüssigkeit wirkt natürlich erst recht nicht anfeuernd auf die Gefolgschaft. Parteien können am Ende nicht umhin, sich zu mausern; aber sie müssen wünschen, daß keine entscheidende politische Kräftemessung in die Zeit ihrer Mauserung falle; sie sind einem Kampf auf Leben und Tod dann am wenigsten gewachsen. Der Wahlgang kommt so im Augenblick den Demokraten im höchsten Grade ungelegen, den Republikanern mit ihren Eroberungen und Erfolgen dagegen wie gerufen.

So sehr wir Deutschen es daher auch wünschen müßten, so wenig wahrscheinlich ist es, daß die Partei des Hochschutzzolles in den Vereinigten Staaten in nächster Zeit eine entscheidende Niederlage erleiden wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. November.

Eine Zentralstelle für Ueberwachung des Anarchismus befürwortet ein politisches Polizeigenie heute in der „Kölnischen Zeitung". Die Ueberwachung muß international und zentralisirt werden, und für die Zentralstelle eigne sich am besten London, Paris oder Berlin. Da die Engländer und Franzosen für Obst danken werden, so bleibt einzig Berlin, an das der Verfasser natürlich auch gedacht hat, so daß sein Artikel im Grund eine oratio pro domo — Rede für das eigene Heim — ist. Denn am Alexanderplatz wohnt der Mann jedenfalls.

Eigentlich passe die Schweiz am besten, indeß dort habe die Polizei nicht Macht genug. Tiefsinnig bemerkt der Verfasser, daß der Staat, der das Zentralbureau in seiner Mitte habe, sich eine schwere Verantwortlichkeit auflade. Nun, die liebe Polizei ist noch nie vor einer Verantwortlichkeit zurückgeschreckt. Und — da fällt uns ein: haben wir denn nicht schon ein solches Zentralbureau? Ja verschiedene, die zusammen jedoch nur eins bilden. Freilich, sie sind geheim. In London z. B. laufen in den Händen des Herrn Melville alle internationalen Polizeifäden zusammen. Am Alexanderplatz giebt es ein ähnliches Bureau, zunächst für ganz Deutschland, dann aber auch für die ausländischen Staaten. Desgleichen in Paris und Wien ꝛc. Kurz, die Polizei ist schon längst international organisirt. Der „Kölnische Zeitungs"-Mann ist also mit seiner „Idee" um etliche Posttage zu spät gekommen. —

Um das Schießen des Militärs auf den Straßen endlich zu beseitigen, macht die „National-Zeitung" einen Vorschlag, der allerdings geeignet wäre, in dieser Beziehung Wandel zu schaffen. Sie knüpft an den von uns gestern mitgetheilten Fall in Posen an und meint, da die Militärverwaltung trotz aller Vorstellungen der Schießerei nicht freiwillig ein Ende machen wolle, so werde man sie dazu nöthigen müssen. In der letzten Reichstags-Session sind die an sich als begründet anerkannten Gehaltserhöhungen für mehrere Staatssekretäre auf so lange abgelehnt worden, bis die Besoldungsverbesserungen für gewisse Unterbeamte auf den Etat gebracht würden. Das nationalliberale Organ schlägt nun vor, im Militäretat fortan jede Gehaltserhöhung zu verweigern, bis eine Instruktion unzweideutig das Schießen auf Flüchtlinge verbietet.

Das Schießen in den Straßen ist ohne Zweifel von den vielen Auswüchsen, die der heutige Militarismus zeitigt, einer der bösartigsten und es wird in der That Zeit, daß mit ihm aufgeräumt wird. Der Vorschlag ist also sehr vernünftig und würde, wenn er im Reichstage zu Anträgen sich verdichtete, wohl sicher die Unterstützung unserer Abgeordneten finden; wir bezweifeln nur, daß die nationalliberalen Abgeordneten Rückgrat genug besitzen werden, dafür einzutreten. —

Die Friedensverhandlungen. Eine Note der „Agence Havas" besagt: In der heutigen Sitzung der Friedenskommission verlangten die amerikanischen Delegirten im Namen ihrer Regierung die vollständige Abtretung der Philippinen an die Vereinigten Staaten. Die spanischen Delegirten waren von dieser Forderung aufs höchste überrascht. Entsprechend dem in den vorhergehenden Sitzungen gepflogenen Gebrauch beschränkten sie sich darauf, von der Forderung Akt zu nehmen und berichteten darüber sofort an ihre Regierung. Da das Friedensprälimnar-Protokoll nur eine provisorische Besetzung Manila's vorsieht, macht man sich auf energische Einsprüche der spanischen Regierung gefaßt, die in der Sitzung der Kommission am Freitag zum Ausdruck kommen dürften.

Spanien allein kann jedoch auch diesem weitgehenden Verlangen der Vereinigten Staaten nicht widerstehen. Aber sehr leicht kann es geschehen, daß auch andere Staaten, sofern die amerikanische Forderung aufrecht erhalten wird, sich einmischen. Besonders wird es sich darum handeln, ob Rußland eine so außerordentliche Verschiebung der Machtverhältnisse in Ostasien, wie sie durch die Erfüllung der amerikanischen Forderung herbeigeführt werden würde, ruhig geschehen lassen wird. —

* * *

Deutsches Reich.

Von der neuesten Kaiserrede. Am Montag wurde in Jerusalem die Erlöserkirche durch den Kaiser eingeweiht. Der Telegraph überbrachte den Wortlaut der Urkunde, welche der Kaiser bei dieser Gelegenheit verlas. Wir haben davon keine Mittheilung gemacht, da wir die mannigfaltigen Veranstaltungen der Palästinafahrt, mögen sie sich in weltlicher Prunkhaftigkeit oder mögen sie sich in frommem Ueberschwang abspielen, nicht alles politisch bedeutsam ansehen. Nun aber müssen wir wegen eines interessanten Umstandes auf jene Urkunde einen Augenblick zurückkommen. Der in Berlin festgestellte und von hier nach Jerusalem mitgenommene Text der Urkunde ist nämlich schon am Montag Mittag in dem Hauptorgan der österreichischen Sozialdemokratie, der „Wiener Arbeiterzeitung" wortgetreu veröffentlicht worden.

Die deutschen bürgerlichen Blätter lamentiren natürlich gar wüthig über die begangene „Indiskretion". Vielleicht werden sie dem Kaiser rathen, seine Urkunden künftig ebenso wie seine Reden aus dem Stegreif vorzutragen, damit sozialdemokratische Blätter sie nicht vor der Zeit der staunenden Mitwelt vorsetzen können. Oder können sich die bürgerlichen Blätter seit Oehnhausen auch nicht mehr für Stegreifreden begeistern? —

Das Allgemeine Landrecht Theil II Titel 17 § 10 scheint jetzt allgemein zur Verhinderung anarchistischer Zusammenkünfte verwendet werden zu sollen. Es wird uns mitgetheilt, daß der bekannte Amtsvorsteher von Adlershof, v. Oppen, eine auf den 30. Oktober einberufene Vereinsversammlung des dort bestehenden kleinen Diskutirklubs anarchistischer Richtung ebenso unter Hinweis auf das Allgemeine Landrecht II 17, 10 verboten hat, wie der Berliner Polizeipräsident die Tonhallen-Versammlung untersagte. Das Verbot des Herrn von Oppen halten wir natürlich gleichfalls für objektiv ungesetzlich.

Bei dieser Gelegenheit weisen wir einige Aeußerungen gegnerischer Blätter gegen unseren Leitartikel vom letzten Sonntag zurück. Die „Deutsche Tageszeitung" sagt:

„Der „Vorwärts" regt sich gewaltig über das Verbot der Anarchistenversammlung auf und beweist dadurch, daß ihm der so oft verleugnende Bruder doch sehr nahe steht."

Die „Deutsche Tageszeitung" kann sich offenbar nicht vorstellen, daß man auch dann für Recht und Gesetz eintreten kann, wenn eine andere Partei oder Richtung bedrückt wird. Die Auslassung des Blattes charakterisirt also nur die bornirte agrarische Selbstsucht, welche alle Rechte für sich begehrt, sie aber anderen brutal verweigert.

Weiter. Nach den „Berliner Politischen Nachrichten" soll unser erwähnter Leitartikel einen Beweis dafür erbringen,

„wie wenig die Sozialdemokratie Gesetz und Recht achtet, soweit sie darin ein Hinderniß für ihre Propaganda erblickt."

Diese angebliche Nichtachtung von Gesetz und Recht findet das Schweinburg-Reptil darin, daß wir gesagt hatten, die Billigung einer Ausnutzung des Allg. Landrechts zu Versammlungsverboten durch das Ober-Verwaltungsgericht — sofern eine solche Billigung wirklich einmal ausgesprochen ist — sei uns gänzlich schnuppe. Wollen etwa die „Berliner Politischen Nachrichten" das Ober-Verwaltungsgericht als unfehlbar hinstellen? Weiß das Blatt nicht, daß die Rechtsauffassung eines Senats durch die eines anderen beseitigt werden kann? Gerade weil wir Gesetz und Recht zur allgemeinen Achtung bringen wollen, mußten wir gegen offenbar unrichtige Gesetzesauslegungen Protest erheben. Dagegen haben die Herren von den „Berl. Pol. Nachr." so wenig Achtung vor Gesetz und Recht, daß sie jeder, auch der gezwungensten und dem Geist des Gesetzes widersprechenden Gesetzesauslegung zujubeln, sofern dadurch ihre politisch-reaktionären Interessen Förderung finden. —

Im Zeitalter des Verkehrs. Der Londoner Berichterstatter des „Manchester Guardian" erfährt aus bester Quelle, daß der nordamerikanische Generalpostmeister in seinem bevorstehenden Jahresberichte die Einführung eines Pennyportos (= 8½ Pfennig) zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten empfehlen wird. Man will denselben Vorschlag Deutschland vorerst nicht machen, da man seine Geneigtheit, ihn anzunehmen, für sehr fraglich hält, was sehr bezeichnend für die Meinung ist, die man im Auslande von der Neigung der deutschen Behörden zur Einführung von Verkehrserleichterungen hat. —

Die arme deutsche Industrie kann trotz der Riesengewinne der letzten Jahre die Kosten einer Versorgung der Wittwen und Waisen ihrer Arbeiter nicht tragen, so erklären heute die „Berl. Pol. Nachr.". Das ist desto merkwürdiger, als Freiherr v. Stumm im Reichstage immer für die Wittwen- und Waisenversorgung der Arbeiter eingetreten ist. —

Die freie „Zentralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen" scheint nicht von besonderem Glück begünstigt zu sein, obwohl sie eine rege Preßthätigkeit entfaltet — wobei allerdings öfter eine Mittheilung die andere desavouirt.

Wir selber haben ihr immer nur die Bedeutung zuerkannt, daß sie manche industriellen Strömungen und Produktionszweige, die im allmächtigen Zentralverband zu sehr zurückgedrängt sind, nachdrücklicher und eindrucksvoller vertritt, als es sonst wohl geschehen sein würde, daß sie einem Ablenken von der Politik der Handelsverträge viel entschiedener widerstrebt. Mit einer Freihandels-Bewegung hat sie indeß, wie ihre Aeußerungen ergeben, gar nichts gemein; sie würde dann, wie die Dinge liegen, auch keinerlei Anhang unter der Masse der deutschen In-

dustriellen finden, auf die sie doch rechnet und in erster Linie angewiesen ist.

Soeben hat sie auch den Widerspruch des deutschen Handelstages herausgefordert, also derjenigen Organisation, die für die früheren Handelsverträge am lebhaftesten eintrat und in der die deutschen Seestädte zuletzt vielfach führend geworden waren. Die Ursache ist gerade keine schwerwiegende: die Zentralstelle beansprucht die Industriezweige für sich, die in dem vom Reichskanzler zur Vorbereitung wirthschaftspolitischer Maßnahmen eingesetzten Wirthschaftlichen Ausschuß keine direkte Vertretung besitzen — der Handelstag hat sich im Wirthschaftlichen Ausschuß mit häuslich eingerichtet, wenn auch in etwas schwacher Vertretung, und er hält es für richtiger, daß die unzufriedenen Industrien sich an diesen Ausschuß wenden, um von diesem Mittelpunkt aus ihre Wünsche und Beschwerden an die größte Oeffentlichkeit zu bringen. Es ist der alte Streit in neuer Auflage: thut man, um das Erreichbare auch wirklich zu erzielen, besser, in einer bestehenden Organisation als Opposition und linker Flügel zu wirken, oder gründet man lieber eine Gegenorganisation?

Im vorliegenden Falle wüßten wir nicht, warum beides sich nicht vereinigen lassen sollte. Mögen die Vertreter des deutschen Handelstages im Wirthschaftlichen Ausschuß dafür sorgen, daß alle bisher zurückgedrängten Interessen durch mündliche Vernehmungen, Berichte und Gutachten zum Worte kommen; und möge die Zentralstelle ihr Pulver trocken halten, falls einzelnen Berufszweigen das Wort abgeschnitten wird. Wollen die Vertreter des industriellen Exports und der Handelsverträge ihren Feldzug gleich mit den üblichen deutschen Auseinandersetzungen beginnen, so werden zum Schlusse nur die Agrarier und industriellen Hochschutzzöllner um so leichter triumphiren.

Einen Sinn vermögen wir in den bisherigen Kompetenzstreitigkeiten jedenfalls nicht zu sehen. —

Junkerlogik. Die Abfertigung, die wir vor einigen Tagen einem Pharisäer-Artikel der „Post" über die Dreyfussache und das verkommene Frankreich zu theil werden ließen, hat die „Kreuz-Zeitung" in Harnisch gebracht, woraus wir zu unserer Freude ersehen, daß sie von uns mitgetroffen worden ist. Der Vergleich Ziethen's mit Dreyfus, so meint sie, sei unpassend, denn Dreyfus sei ein Jude und Ziethen sei es nicht, und nur weil jener ein Jude, habe die öffentliche Meinung sich für ihn erwärmt. Um Ziethen aber krähe kein Hahn. Ja, das hatten wir ja gerade behauptet. Und in der Thatsache, daß sich in Frankreich die öffentliche Meinung für Dreyfus aufgeregt hat — einerlei ob er Jude oder Christ —, für Ziethen aber nicht, erblicken wir entschieden einen Vorzug Frankreichs vor Deutschland.

Noch konfuser ist, was die „Kreuz-Zeitung" über das Verhältniß der Militärgewalt zur Zivilgewalt in Frankreich und Deutschland sagt. Es ist so wirr und unverständlich, daß wir es abdrucken müssen:

„Eben so lächerlich macht er (der „Vorwärts") sich mit der Behauptung, daß in Deutschland die Militärgewalt über der Staatsgewalt stehe, während diese in Frankreich im Begriff sei, jener den „Fuß auf den Nacken zu setzen". Letzteres ist noch gar nicht entschieden. Gerade darum dreht sich in Frankreich ja alles. Bei uns aber hat ein solcher Konflikt noch nie bestanden, und wird, so lange es ein Königthum der Hohenzollern giebt, auch nie bestehen, weil Staatsoberhaupt und Kriegsheer sich in einer Person vereinen, die von Gottes Gnaden ist, was sie ist, und ihr Recht nicht auf die Stimmungen flugsandartiger Mehrheiten gründet. Nie hat sich dieses System lächerlicher gemacht, als bei dem Sturz des Ministeriums Brisson vor noch nicht acht Tagen. Auch das hätte dem „Vorwärts", wenn er nur ein wenig Takt besäße, Zurückhaltung auferlegen müssen."

So weit wir aus diesem Geschreibsel einen Sinn herauslesen können, verschärft es nur das, was wir über die Rückständigkeit deutscher Staatseinrichtungen gesagt haben. Die Armee zu einem Stück Gottesgnadenthum machen zu wollen, ist seit 110 Jahren in Frankreich auch dem reaktionärsten Politiker nicht eingefallen.

Daß aber in Frankreich ein Ministerium, welches das Vertrauen der Mehrheit des volkserwählten Parlaments nicht besitzt, zurücktreten muß, und nicht, wie in Deutschland, allen Mehrheiten zum Trotz fortregieren kann, das ist doch in den Augen keines vernünftigen und freiheitliebenden Menschen eine Thatsache, die Frankreich in ein ungünstiges Licht stellt. Im Gegentheil. So läuft also der Widerlegungsversuch der „Kreuz-Zeitung" darauf hinaus, daß sie die beiden von uns angeführten Thatsachen bestätigt und ihnen eine dritte hinzufügt, die fast noch schlagender ist, als die beiden von uns angeführten. —

Zur Fleischtheuerung. Die bayerischen Verwaltungs-Behörden sind vom Staatsministerium angewiesen worden, in der Fleischfrage nachstehende Fragen zu beantworten:

1. Ist in den letzten Jahren, abgesehen von der durch die natürliche Vermehrung der Bevölkerung herbeigeführten, im allgemeinen eine Steigerung des Fleischbedarfs eingetreten, und auf welchen Ursachen beruht diese? Zeigt sich in letzter Zeit an einzelnen Orten eine Verminderung des Fleischbedarfs, und steht diese im ursächlichen Zusammenhang mit der allenfallsigen Erhöhung der Fleischpreise? 2. Ist die Viehzucht in neuester Zeit in Abnahme oder Zunahme begriffen? Hat insbesondere eine Vermehrung der Haltung zur Schlachtung geeigneten Großviehs, sowie der Schweinezucht stattgefunden und hat sich die Qualität der beiden Viehgattungen geändert? Welche Aussichten bestehen für die Zukunft? Ist auf eine baldige Vermehrung des zum Schlachten geeigneten Viehes (Großvieh und Schweine) zu hoffen? Mit welchen Mitteln kann eine solche gefördert werden? Genügt die eigene Vieherzeugung zur Versorgung des Bezirkes mit Fleischnahrung, oder muß eine regelmäßige Zufuhr von auswärts erfolgen? Hat die Zufuhr abgenommen oder zugenommen? Woher kommt der Hauptsache nach die Zufuhr, wohin endet event. die Ausfuhr? Welchen Einfluß hat für die Zufuhr von Schlachtvieh aus Oesterreich-Ungarn in bestimmte Schlachtviehhöfe die festgesetzte zwei- oder bezw. dreitägige Schlachtfrist? 5. Wie hat sich Angebot und Nachfrage mit Schlachtvieh auf den Viehmärkten gestaltet? Liegen Anzeichen dafür vor, daß in nächster Zeit ein stärkeres Angebot von Schlachtvieh, namentlich von Schweinen stattfinden wird? Wird der Absatz von Schlachtvieh und die Fleischversorgung durch besondere Einrichtungen und Manipulationen (Zwischenhändler, Händlerringe u. s. w.) oder durch den Mangel von Viehkassen, Kreditvermittlungsstellen und dergleichen beeinflußt?

Der Werth der Regierungsenquete über die Fleischpreise wird in weiten Kreisen recht gering eingeschätzt. Ein Hamburger Schlächtermeister äußerte sich darüber wie folgt:

„Anscheinend wäre nun ja das Vorgehen der Regierung ein recht lobenswerthes, da die im Gange befindliche „Umfrage" doch wohl genauen Aufschluß über den heutigen unerträglichen Zustand der Fleischversorgung geben müßte. Aber leider liegen sehr gewichtige Gründe dafür vor, daß wir einen günstigen Erfolg von der amtlichen Umfrage nicht erwarten dürfen.

Als nämlich im April dieses Jahres im preußischen Abgeordnetenhause der vielbesprochene Antrag Ring verhandelt wurde, machte Herr Diedrich Hahn, der Direktor des Bundes der Landwirthe, eine damals nur wenig verstandene Andeutung über eine bevorstehende allgemeine Untersuchung der Vieh- und Fleischpreise, durch welche die „wahren Fleischvertheuerer" entlarvt werden sollten! Und da nun das preußische Landwirthschaftsministerium neuerdings eifrig bemüht ist, jeden Wunsch des Bundes der Landwirthe schnellstens zu erfüllen, so scheint in der That die jetzige Umfrage den Zweck zu haben, nachzuweisen, daß irgend ein Nothstand in der Fleischversorgung nicht vorhanden sei. Diese Annahme wird auch zur Gewißheit, sobald man untersucht, wer denn die angeordneten Nachforschungen vornehmen soll. Es handelt sich dabei vor allem um städtische Verhältnisse, wobei die Schlächter-Innungen zu den berufenen Auskunftsstellen zum mindesten mitzuzählen sind. Aber bis jetzt sind die Schlächter noch nirgends gefragt worden, sondern die Ermittelungen werden auf dem Lande durch die Landräthe, in der Stadt durch die königlichen Polizeiverwaltungen veranstaltet. Vermuthlich wird man dabei auch die gütige Mitwirkung der Landwirthschaftskammern und deren etwaigen Vertrauensmänner an städtischen Viehmärkten annehmen.

Ich behaupte nun, daß keine der genannten Behörden, weder ein Regierungspräsident, noch ein Landrath, noch auch ein höherer städtischer Polizeibeamter, wenn er sich nicht jahrelang mit dem Studium der Viehmarktsverhältnisse befaßt hat, im stande ist, ein wirklich maßgebendes Gutachten über die städtische Fleischversorgung abzugeben. Und dieser meiner Behauptung wird man beipflichten, wenn ich im folgenden nachweise, daß die einzige, bisher von amtlicher Seite erschienene Bearbeitung der Frage, nämlich der bereits erwähnte Artikel der „Norddeutschen", an Sachkenntniß kaum so viel aufweist, als ein halbwegs geweckter Schlächter-Lehrling sich im ersten Jahre seiner Lehrzeit aneignen muß!

Diese Arbeit der „Norddeutschen" ist aber schon durch ihre Entstehungsgeschichte interessant. In den ersten Oktobertagen veröffentlichte nämlich die „Deutsche Tageszeitung", das Hauptblatt der Agrarier, einen in drohendem Tone gehaltenen Artikel über „die Hetze der Viehhändler-Presse", der in etwa folgenden Gedanken ausklang:

Wird die Regierung dieser Hetze noch länger unthätig zusehen, und fühlt sich das Landwirthsschafts-Ministerium nicht veranlaßt, durch Veröffentlichung amtlichen Materials nachzuweisen, daß 1. die Grenzen gegen die Vieheinfuhr überhaupt nicht gesperrt sind; 2. die Einfuhr von Vieh und Fleisch im Jahre 1898 an Pfundgewicht andauernd gestiegen ist; 3. alle großen Viehmärkte stets reichlich beschickt sind und große Ueberstände zurücklassen, 4. die Landwirthe für ihr Vieh überhaupt keine höheren Preise erhalten, und 5. das jetzige Geschrei über die Fleischnoth nur angestimmt wurde, weil die „Zwischenhändler" einen größeren Gewinn einstecken und dabei die Oeffentlichkeit täuschen wollen. —?—

So rief das Agrarierblatt nach dem Landwirthschafts-Ministerium hinüber und schon wenige Tage später, am 8. Oktober, erschien die Antwort in den Spalten der „Norddeutschen". Herr Klapper, der lauteste Rufer im agrarischen Lager, verkündete auch sofort, daß die vortreffliche Arbeit aus dem Landwirthschafts-Ministerium selbst stamme!

Ich vermag jedoch an dem Artikel nichts Vortreffliches zu finden, sondern er enthält nichts Anderes als Unwissenheit, häßliche Verdrehungen und niedrige Verdächtigungen der Schlächter. Die Arbeit ist nichts anderes als ein Versuch, den unwahren und unbewiesenen Behauptungen der „Deutsch. Tagesztg." ein amtlich-statistisches Mäntelchen umzuhängen."

Auch die städtischen Kollegien von Kiel haben Stellung zur Fleischtheuerung genommen. Sie beauftragten eine Kommission mit der Ausarbeitung einer Eingabe an den Bundesrath, betreffend die Herbeiführung einer erleichterten Vieheinfuhr.

Infolge der hohen Viehpreise ist in Braunschweig die Wurstfabrikation bedeutend eingeschränkt worden. Die Wurst-Fabrikanten sind nach den Berichten der dortigen Handelskammer mit den Schlachtungen sehr zurückhaltend; es sind im September d. J. gegen den gleichen Monat im Vorjahre ca. 1000 Schweine (gleich 20 pCt.) am Platze weniger geschlachtet. —

Zur Förderung der Einfuhr ausländischer Bodenerzeugnisse soll nach den Mittheilungen der Zeitung des Vereins deutscher Eisenbahn-Verwaltungen ein besonders beschleunigter Güterzug für die Beförderung von Lebensmitteln von Neapel über Ala, Kufstein und München nach Berlin ins Leben gerufen worden sein. Es wird hierdurch ermöglicht, daß die rasch verderblichen Lebensmittel (wie Früchte, Gemüse u. s. w.) in 83 Stunden von Neapel in Ala, in 60 Stunden in München und in 72 Stunden in Berlin anlangen und so in besterhaltenem Zustande auf die dortigen Märkte kommen.

Diese Neuerung findet natürlich nicht den Beifall der „Deutschen Tages-Zeitung", welche darin eine Benachtheiligung der heimischen Produzenten erblickt. Sie verlangt zunächst, daß für die in solchen Zügen beförderten Güter Schnellzugstaxen bezahlt werden. Damit ist sie aber noch nicht zufrieden, sie vermag, selbst wenn solche Schnellzugstaxen erhoben würden, doch nicht „einzusehen", weshalb man durch Verbesserung der Beförderungsgelegenheit, „durch besondere Einrichtungen und Maßnahmen den ausländischen Wettbewerb stärkt."

Warum sagt das Bündlerorgan nicht gerade heraus, daß es die Grenzen wie für die Vieheinfuhr, so auch für die Einfuhr von Gemüse und Obst vollständig abgesperrt sehen möchte, damit die Agrarier dem Volke auch die vegetabilischen Erzeugnisse in Zukunft nur zu Hungerpreisen abzugeben brauchen. —

Eine Konfiskation des „Wahren Jakob". Die „Schwäb. Tagw." schreibt:

„Die neueste Nummer des „Wahren Jakob" ist auf Veranlassung des französischen Ministeriums des Innern am Freitag Nacht an der Grenze beschlagnahmt worden. Anlaß dazu hat das Bild auf der letzten Seite gegeben: „Die Republik auf der Jagd nach der Krone."

In Paris ist man unglaublich nervös geworden. —

Fünfhundert Mark wurden neulich von einem Weinhändler als Preis für das beste Gedicht auf den von ihm verkauften Moselwein ausgesetzt, und der Unglückliche bekam so viel Gedichte, daß er, um nicht von den Dichtern und ihren Sendungen erdrückt zu werden, sich aufs Land flüchten mußte. Dieses Schicksal hat aber auf den Sozialistentödter Bachem, Miteigenthümer der „Kölner Volkszeitung", nicht abschreckend gewirkt. Er bietet heute in seinem Blatt einen Preis von 500 M. für das beste Gedicht auf — das Zentrum. Der Tollkühne! Oder hält er das Zentrum für nicht so anziehend und zugkräftig, wie den Moselwein?

Uebrigens wundern wir uns, daß es erst schnöden Mammonlohnes bedarf, daß nicht die Begeisterung für „Wahrheit, Freiheit und Recht" genügt, um einen Zentrumskantus fertig zu bringen. —

Auf der Anarchistenjagd. In Magdeburg sind, wie die „Volksstimme" berichtet, bei einigen Anarchisten und bei einem Kolporteur der „Volksstimme" Haussuchungen vorgenommen worden. Dem Kolporteur, von dem man vielleicht vermuthet, er verbreite neben sozialdemokratischen auch anarchistische Schriften, ist bei der Haussuchung mitgetheilt worden, man wolle einer geheimen Verbindung auf die Spur kommen. Die Haussuchung bei dem Kolporteur war vergeblich; nur einige Exemplare des Eisenbahner-Organs „Weckruf" wurden beschlagnahmt. Wie die „Volksstimme" weiter mittheilt, war auch die Haussuchung bei den Anarchisten erfolglos; außer einigen nicht verbotenen Schriften ist nichts beschlagnahmt worden.

Eine Illustration zur Gesinde-Ordnung gab eine Verhandlung vor dem Erfurter Schöffengericht vom 28. Oktober. Das Dienstmädchen Lydia Melle aus Tennstedt war ihrer Dienstherrschaft in Dachwig entlaufen, ohne vorschriftsmäßig gekündigt zu haben. Gegen sie war deshalb vom hiesigen Schöffengericht ein Strafverfahren wegen unberechtigter Entfernung aus dem Dienst eingeleitet. Die Angeklagte gab an, sie sei, um den Nachstellungen ihres Dienstherren zu entgehen, zum Verlassen des Dienstes gezwungen worden, worauf sie vom vorsitzenden Richter mit den Worten: „Sie werden ihm ja auch Ursache dazu gegeben haben," unterbrochen wurde. Der Amtsanwalt beantragte 15 M. Geldstrafe oder 3 Tage Haft. Das Gericht erkannte auf 9 M. Strafe mit der Motivirung: der Einwand der Angeklagten, es sei ihrer weiblichen Ehre von ihrem Dienstherren zu nahe getreten, komme nicht in betracht, da sie diesen Einspruch nicht bei ihrer Entfernung aus dem Dienst erhoben habe. —

Erfurt, 31. Oktober. (Eig. Ber.) Die leidigen Maikrawalle fordern täglich neue Opfer. Zuerst wurden vor mehreren Monaten die sog. Anführer zu langjährigen Zuchthausstrafen verurtheilt. Dann entdeckte man den eigentlichen Anstifter zu den Krawallen in der Person einer einfachen Arbeiterfrau, die, als Neugierige der Eröffnung eines Zirkus zuschauend, nicht eilig genug dem Befehle eines Polizeibeamten nachgekommen war. Diese Frau kam mit einer gelinden Geldstrafe davon. In einigen Wochen, am 29. November, sollen einige nachträglich ausgekundschaftete „Aufrührer" von der Strafkammer ihren Lohn empfangen. Am selben Tage, im Anschluß daran, wird die Klage gegen den verantwortlichen Redakteur der „Tribüne", Genossen Rudolph, und den Vertrauensmann Pappe, den Leiter einer öffentlichen Bürgerversammlung, die sich mit den Krawallen beschäftigte, zur Verhandlung kommen. Es stand, wie bekannt, bereits einmal Termin in dieser Angelegenheit an. Als aber der Gerichtshof bemerkte, was für einen umfassenden Entlastungsbeweis die Angeklagten anzutreten beabsichtigten, beschloß er die Vertagung, damit auch die Staatsanwaltschaft neue Zeugen laden lassen könne. Es wird dadurch ein großer Prozeß zu stande kommen, der noch besonderes Interesse durch die Zeugenaussagen gewinnt, durch die auf die weiteren Ursachen der Krawalle, auf das Polizei-Aufgebot, auf das Schießen, auf die Beliebtheit der hiesigen Polizei, überraschende Schlaglichter geworfen werden dürften.

Neben diesen sichtbaren Folgen der Krawalle ziehen sich aber auch schon von Anfang an unsichtbare, geheime, die nur gelegentlich durch einen Zufall enthüllt werden. So war es dem „Vorwärts" möglich, das aufsehenerregende Edikt des Ministers des Innern, den Scharfschießerlaß, zu veröffentlichen, aus dem hervorging, daß nach der Meinung des Herrn von der Recke die hiesigen Polizeibeamten noch nicht schneidig genug vorgegangen sind. Hier in Erfurt war man fast ausnahmslos der entgegengesetzten Meinung, und als deshalb von dem Rücktritt des bisherigen langjährigen Regierungspräsidenten von Brauchitsch gemunkelt wurde, glaubte man diesen Rücktritt auf seine zu große Schneidigkeit anläßlich der Krawalle zurückführen zu müssen. Der Scharfschießerlaß hat denn ja allerdings das Gegentheil erwiesen.

Das hat nun den biederen Bierbankpolitikern — und andere giebt es in der hiesigen Bürgerschaft kaum — einen neuen Stoff zu eifriger Diskussion gegeben, besonders, da dadurch auch die städtische Verwaltung in Mitleidenschaft gezogen wurde, wodurch übrigens der Fall ein Interesse über Erfurt hinaus gewinnt. Die erste Folge des Scharfschießerlasses war eine Verhandlung der Stadtverordneten über Anschaffung von Schußwaffen behufs besserer Ausrüstung der Polizei. Vorläufig haben die Stadtväter sich hiergegen noch gesträubt. Eine zweite Wirkung des Erlasses hängt mit der Verabschiedung des jetzigen Regierungspräsidenten zusammen. Daß er wie üblich hinausgehockt, hinausgegessen und hinaus — geleuchtet wird vermittelst eines Fackelzuges, wäre weiter nichts Auffälliges. Auch die Stiftung eines Ehrengeschenks aus den städtischen Mitteln ist eine Erleichterung der Taschen der steuerzahlenden Bürger, die man gewohnt ist. Pikant wird die Angelegenheit erst durch die begleitenden Nebenumstände. Seitens der städtischen Behörden war anfänglich geplant, Herrn von Brauchitsch bei seinem Abschiede zum Ehrenbürger Erfurts zu machen. Die Stadtverordneten waren gleich dazu bereit, wenn man ihnen auch wohl nicht das nach hiesigen Begriffen revolutionäre Motiv unterschieben darf, daß sie dadurch einem noch so zarten Protest gegen den Scharfschieß-Erlaß Ausdruck verleihen wollten. Da mit einem Male schwenkte der Magistrat um. Der Oberbürgermeister Dr. Schmidt trat mit einigen einflußreichen „Parteiführern" der Stadtverordneten in Verbindung und erklärte rund heraus, daß er gegen die Verleihung des Ehrenbürgerrechts sei. Die dafür angeführten Gründe sind insoweit sehr interessant, als sie einen Rückschluß auf die Ursachen des plötzlichen Stimmungswechsels beim Magistrat zulassen. Der Regierungspräsident sei ein Gegner der Selbstverwaltung (Köder für die Stadtverordneten!), ferner würde man mit solcher Ehrung „oben" anstoßen, überdies brauche man auf einen abgehenden Präsidenten keine besondere Rücksicht zu nehmen, da er ja doch keinen Einfluß mehr habe. Es scheint also der Magistrat einen sehr deutlichen Wink bekommen zu haben.

Die geheime Stadtverordnetensitzung, von der man voraussetzte, daß sie diesen Wechsel mit derselben Leichtigkeit mitmachen würde, wehrte sich zuerst ein wenig dagegen. Als aber der Vorsteher den Stadtvätern sein Amt mitsammt den Akten zur Verfügung stellte, besannen sie sich rasch, und in der nächsten Sitzung, die natürlich auch wieder vertraulich war, bewilligte man 700 M. für ein Ehrengeschenk.

Vielleicht wird Herr Regierungspräsident a. D. Brauchitsch auf dieses sehr zweifelhafte Ehrengeschenken mit der sonderbaren Vorgeschichte verzichten. —

Aus Bremen wird der „Voss. Ztg." gemeldet: Zwischen deutschen und polnischen Arbeitern der Wollkämmerei Blumenthal brach eine blutige Schlägerei aus. Die Polen stürmten mit dem Ruf: „Schlagt die deutschen Hunde todt!" ein Restaurant; zwei Arbeiter sind todt; mehrere wurden verwundet, zahlreiche verhaftet. —

Aus dem Rheinland. Der Zwiespalt im rheinischen Zentrum ist anläßlich der Landtagswahl wieder mehr als gewöhnlich an die Oeffentlichkeit getreten. Es hat sozusagen an allen Ecken und Enden geknistert. Zu förmlichem Krach aber kam es in Aachen und in Trier. Daß eine völlige Scheidung noch nicht stattgefunden hat, rührt daher, daß vorläufig noch keine der beiden Richtungen der andern entrathen kann. Man war so klug, dem Rheinischen Bauernverein überall entgegenzukommen, indem man neben den von dem Gros der Partei gewünschten Kandidaten auch jeweils solche aus dem Kreise der Landwirthe aufstellte. Doch nicht die Klugheit allein rieth zu diesem Zugeständniß, sondern auch der harte Zwang gebot sie; denn bei der Landtagswahl läßt sich ohne die Bauern auf keinen Fall etwas machen, weil diese vielfach, zumal in den beiden höheren Wählerklassen, die Entscheidung in der Hand haben. Einen Messer für die Gegnerschaft der beiden Parteien bietet die Art der Auseinandersetzung zwischen der „Rheinischen Volksstimme" und der „Kölnischen Volkszeitung". Es fallen da Ausdrücke, wie sie sonst nur zwischen Vertretern einander feindlicher Parteien üblich sind.

In Aachen tobte ein heißer Kampf zwischen dem bei der Reichstagswahl entstandenen Wahlkomitee und dem Verein „Konstantia". Bei der Berathung der Kandidatenfrage kam es soweit, daß dem Führer der Opposition, dem Verleger des Aachener „Volksfreund" das Wort abgeschnitten und man zur Beruhigung der erregten Köpfe eine Pause eintreten lassen mußte. Später warf man sich in öffentlichen Erklärungen Unwahrheit und Verdrehung vor. Die Oberhand behielt der Verein „Konstantia". Die Opposition protestirte und resignirte zugleich in einer Kundgebung, die von zehn Vereinen unterzeichnet war. Unter diesen befand sich auch der christlich-soziale Textilarbeiter-Verband, der katholische Weberverein und der Christlich-soziale Delegirtenverein der Orts-Krankenkasse I. Das zeigt nebenbei, wie ungenirt von den Ultramontanen die Gewerkvereine und die Krankenkassen in den Dienst der Parteipolitik gestellt werden.

In Trier ging es nicht weniger bunt her. Kaplan Dasbach, der reiche Besitzer vieler Zentrumsblätter, scheint seinen politischen und Glaubensgenossen unbequem zu werden. In seinem bisherigen hessischen Wahlkreise hat man ihn nicht wieder aufgestellt und auch in Trier, wo er dann mit Hilfe seiner Bauern unterzukommen suchte, ist ihm deutlich gesagt worden, daß man mit ihm nichts zu thun haben will. Dasbach jedoch trommelte zu einer Sitzung des Wahlkomitees seinen ländlichen Anhang zusammen, und es traten einige Geistliche für ihn ein. Dr. Sever aber, der Justitiar des Bisthums, erklärte, Dasbach sei nicht der geeignete Mann, das Amt eines Abgeordneten zu übernehmen. Er habe Kenntniß von Schwierigkeiten, die der Diözese aus der politischen Thätigkeit Dasbach's entstanden seien. Diese Dinge seien derart, daß er es als eine Gewissenspflicht erachte, dringend vor der Kandidatur zu warnen. — Ein Schlossermeister gab die Erklärung ab, Dasbach genieße in keiner Weise das Vertrauen der Trierer Handwerker; als Besitzer vieler Zeitungen habe er sein Geschäftsinteresse in den Vordergrund gestellt; es wäre ein Unglück für den Handwerkerstand und für den ganzen Wahlkreis, wenn Dasbach gewählt würde. — Justizrath Müller erklärte, daß selbst Windthorst zur Zeit abgerathen habe, Dasbach zu wählen, und verkündete weiter, daß dreißig der angesehensten Mitglieder des engeren Wahlkomitee's sofort ihr Partei-Amt niederlegen würden, falls Dasbach Kandidat werde. Die Drohung ist denn auch wahr gemacht worden, nachdem man den Zeitungskaplan mit Zweidrittel-Mehrheit aufgestellt hatte. Die vielgerühmte Einigkeit im Zentrum fängt in der That an, etwas wacklich zu werden. —

Die Wahlfälschung in Kehl. Der Bürgermeister von Sand im 7. badischen Reichstags-Wahlkreise ist, wie früher mitgetheilt wurde, wegen Wahlfälschung in Anklagezustand versetzt worden. Hierzu giebt der Offenburger „Volksfreund" einige nähere Mittheilungen. Die Anklageschrift zieht die sämmtlichen Mitglieder der Wahlkommission auf die Anklagebank. Die Mitglieder der Kommission walteten in Partien und in zeitlichen Abwechslungen ihres Amtes und jede Partie behauptet, daß sie an der Fälschung unbetheiligt ist. Das Gegentheil zu beweisen ist schwer. Nun bricht der Bürgermeister gleich einem Winkelried der Freiheit eine Gasse und opfert sich für alle, er erklärt, allein schuldig zu sein.

Da Herr Anwalt Muser die Vertheidigung des Bürgermeisters zu führen hat, wird es ihm zweifellos eine dankbare Aufgabe sein, nach Milderungsgründen zu forschen. Diese sind vorhanden und unschwer zu finden; die Spur führt über Kehl bis nach Karlsruhe. Das Bezirksamt Kehl war auf der politischen Karte des Musterlandes Baden eine nationalliberale Oase, auf welcher der Blick der Gouvernementalen mit Wohlgefallen verweilte. Die „lieben guten Hanauer" wurden als Hochpatrioten gehätschelt und bei patriotischen Landesfesten gewiß auch deshalb bevorzugt, weil ihren Wahlurnen bei Reichstags- und Landtagswahlen geradezu Wunderresultate patriotischer, d. h. nationalliberaler Gesinnung entstiegen. X Wahlberechtigte, X abgegebene Stimmen für den nationalliberalen Kandidaten, so lautete jahrzehntelang die Wundergleichung in Dutzenden von Orten des Hanauerlandes. Sogar Todte entstiegen den Grüften und wählten nationalliberal. Solche Wunder ereigneten sich sonst nicht im Lande, nicht einmal zu Walldürn oder Zell a. H. Ob man in Karlsruhe und Kehl an die Gesetzlichkeit dieser Erscheinungen glaubte? Unter dem Volke war es bekannt und in der Presse — der sozialdemokratischen insbesondere — wurde im speziellen Falle beweiskräftig dargethan, daß Wahlfälschungen da oder dort vorgekommen sein müssen. Die Wunderdoktoren des Hanauerlandes blieben unbehelligt; es entwickelte sich eine Gewohnheit und man handelte nach dem auch für Protestanten annehmbaren Grundsatz: Der Zweck heiligt das Mittel.

Natürlich ist der nationalliberale Bürgermeister von Sand auch von jeher einer der ärgsten Sozialistenverfolger gewesen. —

Sondergewerbesteuer in Sachsen. Dem alten Konsumverein in Mylau ging folgender Beschluß der königl. Amthauptmannschaft Plauen zu: „Dem Konsumverein zu Reichenbach zu eröffnen, daß der Stadtgemeinderath zu Mylau anher erstatteter Anzeige vom 5. d. M. zufolge von der Erhebung einer Sondergewerbesteuer abzusehen beschlossen hat, und die kgl. Kreishauptmannschaft zu Zwickau zufolge Verordnungsbeschlusses vom 17. desselben Monats deshalb Ihre Immediateingabe vom 11. September d. Js. für erledigt erachtet. v. Polenz."

Unser Zwickauer Parteiorgan bemerkt dazu: „Warum der Mylauer Stadtgemeinderath von seinem früheren Beschlusse wieder abgekommen, ist wohl nicht schwer zu errathen. Er hätte unzweifelhaft den Mylauer Konsumverein auch mit treffen müssen. In Mylau aber hat das Genossenschaftswesen anerkannt große Gönner und Stützen der Gesellschaft aufzuweisen."

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung wurde in Halberstadt der Kellner Emil Müller zu 8 Monaten Gefängniß verurtheilt. —

Wieder eine Gouverneurkrise in Deutsch-Ostafrika. In sonst gut unterrichteten Kreisen tritt, der „Magdeburger Zeitung" zufolge, immer bestimmter das schon früher verzeichnete Gerücht auf, General Liebert verspüre keine Neigung mehr, länger im Kolonialdienst zu bleiben. Schon der frühere Gouverneur, Freiherr v. Scheele, hatte sich wiederholt bitter darüber beschwert, daß er bei seinem Bestreben, die ihm anvertraute Kolonie durch wirthschaftliche Neuerungen hoch zu bringen, auf Widerstand — wenn auch nur passiven — bei einem Theil der ihm unterstellten Organe gestoßen sei. Dieselbe Geschichte passirte früher dem Major v. Wißmann und in mancherlei Beziehung jetzt auch dem General Liebert. Einige von seinen Wünschen sind allerdings in Erfüllung gegangen, z. B. die Vereinfachung des Verwaltungsapparates. Die dadurch erzielten Ersparnisse sind wirthschaftlichen, insbesondere forstwirthschaftlichen und geologischen Zwecken zu gute gekommen. General Liebert verdringt zunächst einen viermonatlichen Urlaub in Berlin und wird neben dem Kolonialdirektor im Reichstag den Etat für Deutsch-Ostafrika vertreten, namentlich in der dabei zur Sprache kommenden Eisenbahnfrage. Liebert hat die Linie der Zentralbahn bereist und hierbei werthvolles statistisches Material gesammelt, um dieses im Reichstage gelegentlich der Vorlage betr. Uebernahme und Weiterführung der Usambarabahn durch das Reich zu unterbreiten.

Wir vermuthen, daß der Reichstag über den Werth großer Aufwendungen in Deutsch-Ostafrika anderer Meinung sein dürfte als General Liebert. —

Oesterreich.

M. **Wien,** Ende Oktober. (Eig. Ber.) Die deutsche Gemeinbürgschaft ist auseinandergefallen: Das ist das Schlußergebniß der letzten Tage. Wenn der Gedanke, die Obstruktion den Ausgleichsvorlagen gegenüber fallen zu lassen, keinen anderen Erfolg gehabt hätte, als den Widersinn nationaler Verbände, die bei jeder Klassenfrage auseinandergesprengt werden müssen, offenkundig zu machen, der Gedanke hätte sich schon dadurch als politisch höchst glücklich erwiesen. Im Ausgleichsausschuß hatte die deutsche Fortschrittspartei Uebergang zur Tagesordnung über die Ausgleichsvorlagen beantragt. Die Rechte war schwach vertreten, die Gefahr, der Antrag könnte angenommen werden, groß: in diesem Augenblick stimmten der Verfassungstreue Großgrundbesitz und die Freie Deutsche Vereinigung (die Vertreter der Handelskammern) dagegen; die Großgrundbesitzer, weil sie grundsätzlich nur dann Opposition machen, wenn es der Regierung nichts schadet, die anderen, weil ihnen der momentane Profit der Großindustrie das wichtigste ist. Nun hat Graf Thun freiwillige Bundesgenossen; alle anderen muß er bezahlen, zum höchsten Preise die Klerikalen; die sind jetzt die Herren der Situation in Oesterreich — und in Ungarn.

In der Regierung sind sie vertreten; nicht nur in der außerhalb der Verfassung stehenden — in Oesterreich regiert noch immer die Hofkamarilla —, sondern auch in der konstitutionellen. In letzterer sogar doppelt. Erstlich sind unsere österreichischen Kavaliere stets waschecht schwarz, die paar bürgerlichen Emporkömmlinge tragen ein nichtverbindliches Dunkelgrau; zweitens aber sitzt jetzt im Ministerium der Vertrauensmann der katholischen Volkspartei, als solcher von ihr ausdrücklich bezeichnet. Der Adel ist klerikal, weil er autokratisch ist; die Pfaffen sind autokratisch, weil sie klerikal sind. Und die katholische Volkspartei ist speziell die Pfaffenpartei. Hinter ihr stehen die oberösterreicher und tiroler Bauern, jene seit Jahrhunderten künstlich in Dummheit und Unwissenheit erhaltenen Aermsten, auf denen gleichzeitig ein unerhörter ökonomischer Druck lastet. Die ärgsten Ausbeuter und Nutznießer der Dummheit sind übrigens die Pfaffen selbst; was für Summen da für „fromme" Zwecke ausgepreßt werden, läßt sich nicht hoch genug veranschlagen. Hält ein Klerikaler einmal eine Wählerversammlung ab, so schimpft er aufs Biehsalz, die interkonfessionelle Schule, die Presse und die Antichristen, die dem Volke den Glauben nehmen und es durch Begünstigung des Großkapitals ruiniren wollen; im Parlament aber stimmt er lustig für alle neuen Lasten und — selbstverständlich gegen Entschädigung auf dem Unterrichtsgebiet — für jede Regierung; seine des Lesens unkundige Wähler können ja nie über ihn die Wahrheit erfahren! Diese Partei hat also einen Vertreter in der Regierung, sich somit der Regierung zur Verfügung gestellt; sie hat dem Grafen Thun, der nicht mehr ein und aus wußte, hilfreiche Hand geboten: diesmal wird der Preis dafür sehr hoch sein. Und in der Obstruktion, als scheinbar unerbittlichste Gegner des Ausgleichs und der Regierung, befinden sich die Christlich-Sozialen! Das heißt „dieselbe Couleur in Grün", wie man zu sagen pflegt. Betreibt die katholische Volkspartei ländliche Demagogie, so die christlich-soziale Partei städtische. Darum ist diese nicht weniger Helferin der Pfaffenherrschaft als jene. An ihrer Spitze steht Lueger, ein Mann, der sich politisch durch eines auszeichnet: er wittert den Fall einer Größe noch immer rechtzeitig genug, um nicht mitgerissen zu werden. Er unterstützte den Grafen Badeni bis zum letzten Augenblicke, er beschimpfte die Obstruktion — als aber die Macht der öffentlichen Meinung den Ministerpräsidenten stürzte, die Wiener gegen ihren Abgott Lueger sich aufzulehnen begannen, da entdeckte der Mann plötzlich sein deutsches Herz und ließ sich in die „Gemeinbürgschaft" aufnehmen. Wenn die bürgerlichen Parteien damals etwas mehr Muth und Reinlichkeitsgefühl besessen hätten, diese Hanswurstiade des alten Hanswurstis wäre unmöglich gewesen; so aber waren sie froh, einen unbequemen Gegner los zu sein und setzten sich die Motte selbst in den Pelz. Graf Thun stand am Beginn der Session vor seinem Ende: da erhob sich Lueger und hielt unter dem Jubel der Deutschen eine wirkungsvolle Rede gegen ihn; nun hat er sich schnell beeilt, auch die Loslösung seiner Partei von der deutschen Gemeinbürgschaft anzumelden.

Der endgiltige Erfolg kann nicht zweifelhaft sein; das Volk wird den materiellen und kulturellen Schaden zu tragen haben; ob er ihm mit Gewalt durch die klerikale Regierung oder mit demagogischem Betrug durch die klerikale „Opposition" oder mit beiden Mitteln zugleich aufgenöthigt wird, ändert an dem Schlußeffekt nichts.

Aber nicht nur in Oesterreich haben die Klerikalen ihre geschäftigen Hände im Spiel, auch in Ungarn sind sie bereits fröhlich an der Arbeit. Die Opposition im ungarischen Reichstag ist zur Obstruktion übergegangen. Abgesehen von den persönlichen Motiven, von denen sich der eine oder andere streberische Parteihäuptling leiten lassen kann, bleibt als Haupterklärungsgrund wiederum nur die klerikale Demagogie übrig. Die katholische „Volks"partei (auch in Ungarn hüllt sich der Wolf in den Schafspelz) bekämpft angeblich den Ausgleich um jeden Preis. Andererseits ist sie aber gleichzeitig die Hofpartei, der alle bürgerlichen Freiheiten, zu denen es die Ungarn gebracht haben, aufs tiefste verhaßt sind. Und während sie alle nationalen und konfessionellen Gegensätze aufwühlt, unter der Vorgabe, den Ausgleich und das daran schuldige Ministerium beseitigen zu wollen, erklärt sie gleichzeitig mit naiver Schamlosigkeit, gegen Entschädigung auf dem Gebiete der konfessionellen Gesetzgebung auch für den Ausgleich stimmen zu wollen.

Hüben wie drüben die Pfaffen an der Arbeit, das ist eine Sache, an der jedes Land ein bedeutendes Interesse hat. In Frankreich haben die Jesuiten die Zügel in Händen, in Deutschland ist das Zentrum die mächtigste Partei geworden: man muß da gerade nicht an das bürgerliche Geschwätz von „römischen Emissären" glauben, um dieser Erscheinung größere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Zeit internationaler jesuitischer Verschwörungen ist ja doch vorbei; aber die Sache hat einen viel tieferen Grund. Die Bourgeoisie ist eben nicht nur mit ihren materiellen Gegnern nicht fertig geworden, sondern auch nicht mit ihren geistigen; ja im Gegentheil! Die Angst vor der Sozialdemokratie treibt sie wieder dem Klerikalismus in die Arme. Darum dringt auch die Sozialdemokratie nur schrittweise, wenn auch unaufhaltsam vor: sie muß eben immer ganz reinen Tisch machen. —

Frankreich.

Paris, 30. Oktober. (Eig. Ber.) Der Beschluß des Kassationshofes wird von der revisionsfreundlichen Presse mit Jubel aufgenommen, und zwar besonders deshalb, weil der ja von vornherein feststehenden Revision eine Enquete vorangehen wird. Mit den umfassenden Rechten eines Untersuchungsrichters ausgestattet, wird der mit der Enquete beauftragte Kassationsrichter im stande sein, die sich gegen die Revision wehrende Fälscherbande bis in die geheimsten Schlupfwinkel zu verfolgen.

Die allerletzte Waffe des Militärklüngels gegen die Revision besteht bekanntlich in dem famosen „ultra-geheimen" oder „diplomatischen" Aktenbündel, welches im „Eisenschrank" des Generalstabes verborgen sein soll und wie das Medusenhaupt auf die Sterblichen wirken, die hineinzublicken wagen. Unter den durch den Anblick des „Ultra-Geheimnisses" versteinerten Sterblichen befinden sich aber leider die diversen Kriegsminister, Billot, Cavaignac, Zurlinden und Chanoine, die in der Dreyfus-Affäre so viel Lügen als Worte gesprochen, so viel Niederträchtigkeiten als Handlungen begangen haben. Andererseits haben Brisson und Sarrien, denen keine Lüge und keine aus eigenem Antrieb begangene Niederträchtigkeit vorgeworfen werden können, das „Ultra-Geheimniß" angeblickt, ohne versteinert worden zu sein. Sie haben gleichwohl die Einleitung der Revision beschlossen. Das allein genügt, um die Kraft der letzten Verzweiflungswaffe des Generalstabes richtig einzuschätzen.

Es gilt aber, den Herrschaften jeden Vorwand und jede Möglichkeit zur Beeinflussung der Oeffentlichkeit und namentlich der künftigen militärischen Richter des Dreyfus zu nehmen. In letzterer Beziehung wird die Untersuchung des Kassationsgerichts eine neue kriegsgerichtliche Untersuchung ersetzen, d. h. im gegebenen Falle neue verbrecherische Machenschaften verhindern. Man muß im Auge behalten, was ein Generalstabsoffizier zur Zeit des Zola-Prozesses sagte: „Die Revision?" Das ist ja nur eine Frage von zwei Dampfern, die Dreyfus nach Frankreich und dann wieder nach der Teufelsinsel bringen werden! . . ." Die Kassations-Untersuchung macht nun eben eine Revisionsposse unmöglich.

Der Kassationsbeschluß hat aber noch eine über den eigentlichen Dreyfus-Fall hinausgehende Tragweite. Die Revisionsverhandlungen haben insbesondere weitere Aufklärung über das Treiben des Generalstabes in Sachen Esterhazy und Picquart unentbehrlich gemacht. Die neuen dokumentarischen Enthüllungen über die Beziehungen Esterhazy's zu gewissen „hohen Persönlichkeiten" lassen tiefer denn je blicken. Verfolgt die Untersuchung muthig diese wie andere Spuren, dann müßten noch ungeahnte Schandthaten ans Tageslicht kommen . . .

Daß die von gesinnungstüchtigen Politikern erwartete Beschwichtigung der Gemüther durch den Kassationsgerichts-Beschluß nicht eingetreten ist, versteht sich von selbst. Die Preßkosaken des Generalstabes hetzen nach wie vor. Die Kassationsrichter werden von dieser Seite mit den schmutzigsten Beleidigungen und Beschimpfungen überschüttet. Rochefort's Blatt allein erschöpft in jeder Nummer den ganzen Reichthum der Fischweiber- und der Bagno-Sprache. Die Berichte über die Kassationsverhandlungen wurden in der Generalstabspresse ebenso gewissenlos verhunzt, entstellt und geradezu gefälscht, wie die Berichte über den Prozeß Zola. Außerdem prangen auf allen Mauern der Hauptstadt überaus zahlreiche Plakate mit den Bildnissen der fünf Kriegsminister, Mercier, Billot, Cavaignac, Zurlinden und Chanoine, nebst deren lügnerischen Betheuerungen der Schuld des Dreyfus. Das ganze trägt die Ueberschrift: „Dreyfus ist ein Verräther!" Das ist die Antwort des Generalstabes auf den Beschluß des Kassationshofes.

Die nächsten Tage werden zeigen, ob der Generalstab es wagen wird, sich auch durch die That dem Beschluß zu widersetzen. Prahlte doch neulich General Roget, Cavaignac's Kabinetschef und Mitglied des Generalstabes, damit, daß das „ultrageheime" Aktenbündel den Eisenschrank nicht verlassen werde. Doch das Verhalten des Generalstabes wird von dem neuen Kriegsminister abhängen, mit anderen Worten, von dem Ausgang der Ministerkrise. —

Paris, 1. November. Die von dem Kassationshof angeordnete ergänzende Untersuchung dürfte zwei Monate beanspruchen. Das Zeugenverhör wird vor den versammelten 14 Mitgliedern des Kassationshofes stattfinden. Der Kassationshof hat beschlossen, daß den Blättern über die jeweiligen Ergebnisse der Enquete in der Dreyfus-Angelegenheit keine Mittheilungen gemacht werden sollen. —

Paris, 1. November. In bezug auf die Politik, welche das neue Kabinet Dupuy verfolgen will, berichtet „Radical", Dupuy sei fest entschlossen, keinen Unterschied zu machen zwischen den Republikanern der verschiedenen Schattirungen. Die Gemäßigten, Radikalen und Sozialisten wird er als eine einzige Partei von Republikanern ansehen und mit ihnen in geschlossener Reihe gegen die Monarchisten, Nationalisten und Antisemiten regieren. Bezüglich der Dreyfus-Angelegenheit wird das Kabinet Dupuy alle Forderungen des Kassationshofes unterstützen und dafür sorgen, daß ihm alle erforderlichen Dokumente ausgeliefert werden. Sollten im Laufe der Untersuchung hohe politische Persönlichkeiten für schuldig befunden werden, so ist das Kabinet ebenfalls entschlossen, gegen jeden, wer es auch sein möge, gerichtlich vorzugehen.

Italien.

Rom, 30. Oktober. (Eig. Ber.) Die letzte Hoffnung der italienischen Emigranten, die von den Kriegsgerichten gegen sie in contumaciam gefällten Urtheile durch Berufungen an die ordentlichen Gerichte höherer Instanz wieder aufgehoben zu sehen, ist diesen nun auch genommen. Der Appellationshof, der sich dieser Tage mit dem ersten dieser Fälle zu befassen hatte, erklärte sich für unzuständig, die Urtheile der Kriegsgerichte in zweiter Instanz nachzuprüfen. Die besonderen politischen Zustände hätten besondere Maßnahmen bedurft und die Entscheidungen seien endgiltig. —

Die Tumulte in San Salvatore, von denen wir bereits Mittheilung machten, sind, wie selbst die bürgerliche Presse zugeben muß, durch das Vorgehen der Gendarmen hervorgerufen worden. Die Bauern waren über die Aufgaben der Kommission, der die Untersuchung der Weinstöcke oblag, nicht unterrichtet worden. Diese sollte zunächst nur untersuchen, ob die Weinstöcke von der Phylloxera infizirt seien, die Bauern aber glaubten, die Weinstöcke, ihr ganzes Habe, solle vernichtet werden. Die herbeigerufenen Truppen schossen ohne weiteres auf die Massen. 5 Personen sind getödtet. Der Bürgermeister und 7 Gemeinderaths-Mitglieder haben demissionirt. Die Behörden haben 6 Verhaftungen vorgenommen und es dürfte nun wieder zu harten Verurtheilungen kommen. —

Rom, 1. November. An demselben Tage, an welchem hier die Anarchisten-Konferenz zusammentritt, wird eine Encyclica des Papstes gegen die Anarchisten veröffentlicht werden.

Wenn diese Encyclica die Anarchisten nicht mehr schädigt als die zahlreichen Kundgebungen seiner Heiligkeit gegen die Sozialdemokratie unsere Partei geschädigt haben, können die Anarchisten ganz zufrieden sein. —

Serbien.

Belgrad, 31. Oktober. Nach hier eingelangten Nachrichten ist in Koeprueli (Makedonien) einer der angesehensten Serben namens Taschewie mitten in der Stadt des Nachmittags von Bulgaren ermordet worden. Bisher wurden neun angesehene Bulgaren verhaftet. Der Vorfall rief hier große Erbitterung hervor. —

Türkei.

Konstantinopel, 31. Oktober. (Meldung des Wiener Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Die Pforte überreichte gestern den Botschaftern Englands, Rußlands, Frankreichs und Italiens eine sieben Punkte enthaltende Note, in welcher zur Wahrung der Souveränetät auf Kreta Zugeständnisse betreffend Flagge und Garnison, ferner Ernennung des Gouverneurs im Einklang mit der Pforte, Zahlung eines Tributs, Urtheilssprechung Namens des Sultans, Ernennung eines türkischen General-Prokurators und Ueberweisung der Berufungen gegen richterliche Erkenntnisse nach Konstantinopel verlangt werden. Die Botschafter bezeichnen dieses Verlangen der Pforte in jedem Punkte als unannehmbar. —

Afrika.

Um Faschoda. Der Londoner „Daily Mail" wird aus Kairo telegraphirt: Ein egyptisches Bataillon ist nach Faschoda gesandt worden.

England ist also im Begriff, das Recht Egyptens auf das obere Nilthal durch Verstärkung der Truppenmacht bei Faschoda noch mehr zu sichern. —

Asien.

Simla, 1. November. Der Wochenausweis über die Pesterkrankungen stellt eine dauernde Abnahme derselben in der Stadt Bombay fest, woselbst 96 Todesfälle gegen 116 in der vorigen Woche vorgekommen sind. Nahezu fünftausend Todesfälle traten jedoch in den Distrikten der Präsidentschaft Bombay ein. Die Epidemie nimmt zu im Staate Mysore. Aus Bangalore werden 400 Todesfälle gemeldet. Oberindien ist seuchenfrei. —

Peking, 31. Oktober. Der deutsche Gesandte Freiherr v. Heyking machte dem diplomatischen Korps den Vorschlag, die Eisenbahnlinie von Shan-hai-kwan nach Peking gemeinsam durch Truppen der Mächte zu besetzen, falls China nicht schleunigst sein Versprechen betreffend die Zurückziehung der Truppen Kwang-tu's erfüllen sollte. Wenn die letzteren auch nach dem Jagdpark in der Nähe von Peking verlegt worden sind, so bedroht auch diese Stellung immer noch die Eisenbahn. —

Amerika.

In Guadeloupe, der französischen Kolonie in Westindien, haben unsere Genossen bei den letzten Generalraths-Wahlen sechs Siege und Mandate davongetragen. Die dortigen Sozialisten gehören der (Marxistischen) „Arbeiterpartei" (Parti Ouvrier) an, und sind ja, wie bekannt, durch Genossen Legitimus auch in der Nationalversammlung vertreten. —

New-York, 1. November. Nach einer Meldung aus Managua genehmigte der Kongreß in Nicaragua ein provisorisches Abkommen zwischen dem Präsidenten Zelaya und den Amerikanern Cragin und Eyre betreffend den Bau eines interozeanischen Kanals und bevollmächtigte dieselben, mit der „Maritime Kanal-Kompany", deren Konzession am 9. Oktober 1899 abläuft, zu verhandeln. —

Kampf um das Koalitionsrecht!

Von der lex Posadowsky.

Der Gesetzentwurf betr. „den Schutz der Arbeitswilligen", welcher augenblicklich im Reichsamt des Innern ausgearbeitet wird, dürfte, wie jetzt mitgetheilt wird, im Laufe dieser Woche fertiggestellt sein und alsdann zur Versendung an die Bundesregierungen gelangen. Es dürfte einige Zeit vergehen, bis die Begutachtungen der Bundesregierungen über die Vorlage zurückkommen.

Ist der Entwurf auch noch so reaktionär, so ist doch von der Mehrzahl der Bundesregierungen ein Widerspruch kaum zu erwarten. Man weiß ja, wie die Regierungen sich ihre Meinung in Angelegenheiten, welche die Arbeiter angehen, zu bilden pflegen. Sie fragen bei den Unternehmern an und oft gerade bei denjenigen Unternehmern, welche die leidenschaftlichsten Feinde einer selbständigen Arbeiterbewegung sind.

Nur die Arbeiterklasse selbst, nur eine unermüdliche, keinen Tag ruhende Aufklärungs- und Agitationsarbeit kann die drohende Gefahr zurückwerfen.

Herr Dr. Böhmert-Dresden

äußert sich über die Zuchthaus-Vorlage in seiner „Sozial-Corresp." u. a. wie folgt: Als das Ergebniß der bisherigen öffentlichen Erörterungen über die Frage der Bestrafung von Streiks kann man heute wohl die Ueberzeugung aussprechen, daß jede Verschärfung des deutschen Strafrechts, das schon jetzt Streikvergehen empfindlich trifft, im Reichstage auf nachdrücklichen Widerspruch stoßen würde und eine wesentliche Aenderung des Reichs-Strafgesetzbuchs zu ungunsten der Arbeiter keine Aussicht hat, im Reichstage eine Mehrheit zu erhalten, weil die Gerichte schon jetzt vielfach bei Streikvergehen auf empfindliche Strafen erkennen. So wurde der Versuch, einen arbeitswilligen Maurer an seiner Beschäftigung zu hindern, in Berlin an einem Streikenden mit neun Monaten und in einem anderen Falle, bei dem auch Hausfriedensbruch vorlag, mit einem Jahr Gefängniß geahndet.

Man kann gewiß damit einverstanden sein, daß jede Ausschreitung ihren strengen Richter findet. Aber auf Streikvergehen angewendet, wird man nicht vergessen dürfen, daß vielen Arbeitern, sofern sie einen auskömmlichen Lohn erlangen wollen, thatsächlich oft nichts weiter übrig bleibt, als zu streiken, sobald ihnen vom Arbeitgeber eine Lohnerhöhung regelmäßig verweigert wird. In Zeiten günstiger Geschäftslage sucht jeder Unternehmer für seine Waare einen höheren

Preis zu erhalten; in Zeiten theurer gewordener Lebenshaltung wenden sich um die Erhöhung ihres Einkommens selbst Pfarrer und Lehrer an Landtage und Gemeinden, den Beamten werden von den vorgesetzten Behörden wohlwollend Gehaltszulagen bewilligt. Man kann es daher auch dem Arbeiter nicht verargen, wenn er bei dem Steigen der Miethspreise und Fleischpreise eine Verbesserung seines Lohnes zu erreichen sucht. Wir erinnern an den Streik der Konfektionsarbeiterinnen vor mehreren Jahren, dessen Berechtigung von einflußreichen Männern aller Parteien anerkannt und auch von der Reichsregierung im wesentlichen nicht bestritten wurde. Der deutsche Arbeiter muß Mark in den Knochen behalten, wenn seine Hand einst mit Kraft und Muth das Vaterland schirmen soll.

Der christlich-soziale Textilarbeiter-Verband von Aachen nahm einstimmig folgende Resolution an: „Der christlich-soziale Textilarbeiter-Verband von Aachen-Burtscheid und Umgegend protestirt gegen jede Veränderung der deutschen Gewerbe-Ordnung, soweit damit eine Verkümmerung des Koalitions- oder Vereinigungsrechtes verbunden sein würde. Er verlangt dagegen den Schutz des in der Gewerbe-Ordnung gewährleisteten Rechtes, durch Verabredungen und Vereinigungen die Abstellung von Mißbräuchen in den Betrieben sowie günstigere Lohn- und Arbeitsverhältnisse selbst mittels Einstellung der Arbeit zu erstreben und zu erlangen. Er spricht weiter die Erwartung aus, es möge die in dem Erlasse des Kaisers vom 4. Februar 1890 dem Arbeiterstande zugesicherte „gesetzliche Gleichberechtigung" weiter dadurch ausgestaltet werden, daß alle der Koalitions- oder Vereinigungsfreiheit entgegen stehenden Bestimmungen einzelner Staaten durch ein allgemeines Reichsgesetz aufgehoben und den Berufsvereinen und -Verbänden die gesetzliche Anerkennung zugebilligt werde. Der christlich-soziale Textilarbeiter-Verband von Aachen-Burtscheid und Umgegend erkennt darin auch ein wirksames Mittel zur Förderung des sozialen Friedens und des nationalen wie gesetzlichen Sinnes in den Kreisen der deutschen Arbeiterschaft. An die beiden Vertreter der Wahlkreise Aachen-Stadt und Aachen-Land-Burtscheid und Eupen im Reichstage, Generalsekretär Hille und Kaplan Dasbach, richtet der Verband das dringliche Ersuchen und die Aufforderung: im Sinne dieser Resolution im Deutschen Reichstage mitthätig zu sein."

Protestversammlungen gegen die Zuchthausvorlage sind ferner abgehalten worden in Pohlitz (Reuß ä. L.), Goslar am Harz, Tambach im Herzogthum Gotha, Lehrte in Hannover.

Preußische Landtagswahlen.

In Breslau hat eine Versammlung der sozialdemokratischen Wahlmänner mit 65 gegen 20 Stimmen folgenden Beschluß gefaßt:

„In Erwägung, daß bei der notorischen politischen Unzuverlässigkeit einer größeren Anzahl liberaler Wahlmänner die Forderung, einen sozialdemokratischen neben zwei liberalen Abgeordneten zu wählen, thatsächlich aussichtslos sein und nur zum sofortigen Siege der drei reaktionären Kandidaten führen würde,

in weiterer Erwägung, daß die sozialdemokratische Partei in erster Reihe und zwar im eigensten Interesse den Sieg reaktionärer und im höchsten Maße volksfeindlicher Vertreter verhindern muß,

erklärt die Wahlmänner-Versammlung, daß sie entschlossen ist, bei der am 3. November stattfindenden Wahl der Breslauer Abgeordneten zum preußischen Landtage einhellig für die drei Kandidaten der vereinigten freisinnigen Parteien zu stimmen."

Kein Zweifel, daß sämmtliche Wahlmänner nach diesem Beschluß handeln werden.

Im Wahlkreis Randow-Greifenhagen hat eine Partei-Versammlung die Genossen Herbert-Stettin und Körsten-Berlin als Abgeordneten-Kandidaten aufgestellt.

Partei-Nachrichten.

Die Sozialdemokratie des östlichen Westfalens und der beiden Lippe hält ihren diesjährigen Provinzial-Parteitag Sonntag, den 27. November, von vormittags 9 Uhr an in Bielefeld im Krob'schen Lokale, Schildeschestr. 1, ab.

Eine Parteiversammlung in Kottbus, in welcher Reichstags-Abgeordneter Antrick über die Verhandlungen des Stuttgarter Parteitags berichtete, erklärte sich einstimmig mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden und stimmte insbesondere der Haltung zu, die die Mehrheit des Parteitages in der Frage der Taktik eingenommen hat. In der betreffenden Resolution heißt es weiter: „Die Propagirung unseres Endzieles, die Eroberung der politischen Macht muß neben der Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse unsere vornehmste Aufgabe sein. Die Versammlung ist weiter der Ansicht, daß zur Aufklärung der innerhalb der Partei bestehenden Meinungsverschiedenheiten eine gründliche und sachliche Erörterung in Versammlungen und Presse dringend erforderlich ist. Die Versammlung spricht hierbei den lebhaften Wunsch aus, daß der in letzter Zeit bei verschiedenen Anlässen mitunter gegen Parteigenossen angewandte gehässige, persönlich verletzende Ton in Zukunft aus unseren Diskussionen verschwinden möge."

Die „Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung" schreibt unterm 30. Oktober:

„Mit dem heutigen Tage scheidet Dr. Lütgenau aus unserer Redaktion aus. Da Genosse Theiß nicht so weit genesen, daß ihm der Arzt das Verlassen des Zimmers und eine regelrechte, anstrengende Berufsthätigkeit wieder erlauben dürfte, so wird der Genosse Block die Redaktion eine ganze Weile allein zu führen haben. Die Kündigungsfrist des Dr. Lütgenau lief erst am 1. Januar ab. Der Parteivorstand hat es aber nach den letzten Vorkommnissen vorgezogen, unter Zahlung des Gehaltes bis zum 1. Januar auf die Dienste Lütgenau's zu verzichten.

Aus Anlaß dieses unfreiwilligen Ausscheidens wollte Dr. Lütgenau eine Erklärung in unserem Blatte erlassen, die wir jedoch sowohl ihres Inhalts als auch ihrer Form wegen nicht aufnehmen können. Er protestirt u. a. dagegen, daß der „Vorwärts" die Mittheilung der „Dortmunder Ztg.", er (Dr. L.) habe bei der Landtagswahl nationalliberal gewählt, für wahr halte und ausdrücklich konstatire, daß die Sozialdemokratie mit Dr. L. nichts mehr zu thun habe. Wir wollen dazu bemerken, daß der „Vorwärts" in seiner Sonntagsnummer bereits verzeichnet, daß Dr. L. die Behauptung der „Dortmunder Zeitung" für falsch erklärt. Im übrigen ist die Konstatirung des „Vorwärts" nicht eine Schlußfolgerung aus der angeblichen Wahlbetheiligung Dr. Lütgenau's. Am Sonnabend sagte er zudem ausdrücklich, daß die Kündigung Lütgenau's nicht, wie einige bürgerliche Blätter glaubten, wegen der Prügelstrafen-Artikel, sondern bereits vor dem Erscheinen derselben im August erfolgt ist."

Polizeiliches, Gerichtliches 2c.

— Redakteur Wabersky vom „Hamburger Echo" hat am 30. Oktober das Gefängniß nach Verbüßung einer zweimonatigen Freiheitsstrafe verlassen, die ihm wegen Beleidigung der Hamburger Staatsanwaltschaft zuerkannt worden war. Die Beleidigung wurde erblickt in einer Kritik der Thatsache, daß gegen den sogenannten Arbeitswilligen Lembke, der während des Hafenarbeiterstreiks den streikenden Arbeiter Buddrus in Wilhelmsburg erschossen hat, keine Anklage erhoben worden ist. Es wurde festgestellt, daß die Staatsanwaltschaft ein Verfahren gegen Lembke eingeleitet hat. Vom Gericht ist aber die Erhebung der Anklage abgelehnt worden. Zur Zeit schweben noch einige Prozesse gegen den Parteigenossen Wabersky.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Buchbinder! Es wird hiermit nochmals auf die heute Abend 8 Uhr in der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57, stattfindende öffentliche Versammlung aufmerksam gemacht, in welcher der Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern erstattet werden wird. Der Einberufer.

Deutsches Reich.

Der Streik der Former in der Eisengießerei von Hermann Buchholz jun. in Forst ist beendet. Die Arbeitseinstellung geschah wegen Maßregelung dreier Arbeiter. Ein Former hatte ohne sein Verschulden Ausschuß gegossen, welchen die Firma nicht bezahlen wollte. Eine Kommission von drei Formern wurde vorstellig. Die Firma erklärte sich bereit, die Hälfte zu zahlen, womit sich die Kommission einverstanden erklärte. Später kündigte man zwei Mitgliedern der Kommission und dem Former, wodurch der Konflikt entstand. Dies war jedoch nur der äußere Anlaß. Seit einer Woche waren einige Strafbestimmungen der Fabrikordnung angefügt, worüber die Former unzufrieden waren. Am Sonnabend Morgen hat die Firma die Strafbestimmungen zurückgezogen und die Kündigungen zurückgenommen. Die Arbeit ist am Montag wieder aufgenommen worden.

Die Magdeburger Buchdrucker haben bei ihrem Vorgehen erzielt, daß die Zahl der Tarifanerkennungen sich jetzt auf 13 beläuft, davon sind 11 schriftlich anerkannt. Aus der Umgegend sind 7 Druckereien den Tarifvereinbarungen beigetreten. Konflikte sind nur zwei zu verzeichnen, bei der Firma Engel in Buckau und R. Zacharias in Neustadt.

Schutz den Arbeitswilligen. Weil er einen Arbeitswilligen „Streikbrecher" genannt, wurde ein Bauarbeiter in Lübeck zu 8 Tagen, wegen desselben Vergehens ein Arbeiter aus Fackenburg zu 1 Monat Gefängniß verurtheilt. — In Königshütte legten am Montag die Maurer auf dem Bau des Baumeisters Koch die Arbeit nieder. Wie mitgetheilt wird, erhielt die Polizei Kenntniß davon, daß diese Arbeitseinstellung auf Veranlassung eines auf dem Bau beschäftigten Arbeiters erfolgte. Der Missethäter wurde darauf am anderen Tage verhaftet. — Da scheint man in Oberschlesien schon ganz nach dem geplanten Zuchthausgesetz zu verfahren.

Die Mannheimer Schuhmacher hatten ihren Meistern vor einiger Zeit einen neuen Tarif unterbreitet. Die Vereinigung der Schuhmachermeister hat jetzt geantwortet, daß sie eine Kommission beauftragt habe, mit den Gesellen behufs Berathung der einzelnen Tarifpositionen in Unterhandlung zu treten. Der Tarif stellt nur sehr geringe Forderungen auf und läßt sich mithin hoffen, daß eine Einigung zu stande kommt.

In der Kanzler'schen Weberei in Hof ist ein Streik ausgebrochen. Der Arbeiterausschuß wurde bezüglich eines Anliegens bei der Fabrikleitung vorstellig, worauf er sofort entlassen wurde. Daraufhin legten 28 Mann die Arbeit nieder. Zuzug ist fernzuhalten.

In Stuttgart haben die Schuhmacher der Firma W. Spieß wegen wiederholter Lohnreduktionen die Arbeit eingestellt.

Ausland.

Die Wiener Buchbinderei-Arbeiter haben in einer großen Versammlung, die am Sonntag Vormittag stattfand, fast einstimmig beschlossen, die Arbeit unter den vorgeschlagenen Bedingungen bei den 24 kartellirten Unternehmern aufzunehmen. Bei den kleinen Meistern werden die Vertrauensmänner anfragen, ob sie die Bedingnisse akzeptiren, unter denen die Arbeit bei den 24 kartellirten Meistern aufgenommen wurde. Im Ablehnungsfalle wird die Arbeit bei ihnen nicht aufgenommen und Vorsorge getroffen, daß der Zuzug von Arbeitskräften nach solchen Werkstätten ferngehalten wird. Die Meister hielten gleichfalls eine Versammlung ab, in der es sehr stürmisch zuging.

Das Resultat der Versammlung war, daß sämmtliche kartellirten Meister bis auf zwei rühmliche Ausnahmen ihr bei den freitägigen Verhandlungen gegebenes Wort, unter den von uns veröffentlichten Bedingungen den Ausstand als beendet zu betrachten, gebrochen haben, weshalb die Arbeit nur in zwei Werkstätten aufgenommen wurde. Die kartellirten Unternehmer erklärten, als die Arbeiter sich zur Aufnahme der Arbeit meldeten, von den Vereinbarungen nichts zu wissen und sich durch dieselben auch nicht für gebunden zu betrachten. Der Ober-Gewerbe-Inspektor, unter dessen Vorsitz die Verhandlungen geführt und die Vereinbarungen getroffen worden sind, wird vom Lohnkomitee nochmals ersucht werden, zu interveniren. Bis auf weiteres dauert der Streik fort.

In der Waffenfabrik in Steyr drohen neue Konflikte. Die Arbeiter hatten im Vertrauen darauf, daß ihren Beschwerden Rechnung getragen würde, die Arbeit aufgenommen. Nunmehr wird gemeldet, daß vielfach Maßregelungen vorgekommen sind. Besonders sind hiervon die Vertrauensleute und sonst für die Arbeiterinteressen thätige Arbeiter betroffen. Die Stimmung unter den Arbeitern ist dadurch wiederum eine sehr gereizte.

Die Kopenhagener Bäckergesellen haben in ihrer Generalversammlung mit großer Majorität den Vorschlag eines Schiedsgerichts angenommen.

Die Kopenhagener Brotfabriken versuchen in dem Lohnkampf alle Mittel. So wollten sie die Hefefabrikanten bewegen, den noch arbeitenden Feinbäckern keine Hefe zu liefern; aber darauf ließen diese sich nicht ein. Uebrigens ist kein Brotmangel in Kopenhagen, da die Provinzbäckereien große Massen liefern.

Soziales.

Arbeiter-Risiko. Auf dem Werke Solvayhall kam der erst seit 4 Wochen verheirathete Bergmann Just durch Sturz in die Tiefe ums Leben. Er hatte einen auf der Förderschale befindlichen Wagen, der aus dem Geleise gesprungen war, wieder in die Bahn bringen wollen. Das von ihm hierzu benutzte Werkzeug glitt ab, er verlor dadurch das Gleichgewicht und stürzte herab. Nach dem Unfall war man, wie das „Volksblatt für Anhalt" mittheilt, sofort bereit, den Raum hinter der Förderschale zuzudecken, so daß heute ein Unfall der geschilderten Art unmöglich sei. Warum hat man nicht früher für die erforderliche Schutzvorrichtung gesorgt? Auch dieser Fall zeigt, wie nöthig es ist, Arbeiterdelegirte zur Gruben-inspektion heranzuziehen.

Die „Freie Presse" in Elberfeld berichtet: Am Sonnabend Morgen ereignete sich in den Farbenfabriken von Bayer u. Komp. einer jener bedauerlichen Unglücksfälle, für die ausschließlich unser modernes Ausbeutungssystem verantwortlich zu machen ist. Ein älterer Arbeiter war bei den sogenannten Mischtrommeln damit beschäftigt, den Boden zum Zwecke des Trockenhaltens mit Sägespänen zu bewerfen, was er mit der rechten Hand that, während er die linke Hand auf eine der Trommeln stützte. Plötzlich setzte sich diese in Bewegung und ehe er die Hand zurückziehen konnte, wurde ihm der linke Daumen gänzlich abgeschlagen und zwei Sehnen der Hand herausgerissen. Der arme Teufel war zu der Arbeit durchaus nicht befähigt, da er durch einen früheren Unfall schweren Schaden erlitten hatte. Es sind etwa 10 Jahre her, als er anläßlich einer Spiritus-Explosion an den Mischtrommeln schwere Brandwunden davontrug, zu deren Heilung sich später eine Ohrenoperation nothwendig machte, die ihn des Gehörs beraubte. Dem Verletzten wurde nun anfangs die volle Rente gezahlt, später ging man in bekannter Weise dazu über, die Rente derart zu reduziren, daß er schließlich über sein Vermögen hinaus arbeiten mußte. Wohin das führte, zeigt der bedauerliche Unglücksfall.

Auf einem Neubau in Kassel kam durch einen Gerüstabsturz der Arbeitsmann Wilhelm Pleßmann, ein wackeres Mitglied unserer Partei, ums Leben. Ein anderer Arbeitsmann namens Peter und der Maurer Wilhelm Stolze wurden schwer verletzt. Ein vierter Arbeiter entging der Verunglückung nur mit knapper Noth.

In der Gießerei des Koeber'schen Eisenwerkes in Harburg gerieth der Former Cemin beim Beschweren einer Form unter die von einem Krahn herabgelassene eiserne Koquille, die etwa 40 bis 50 Zentner schwer ist. Er kam mit dem Oberkörper in die Oeffnung der Koquille, die sich gleichzeitig auf seinen rechten Fuß legte, und erlitt durch den ungeheuren Druck schwere innere und äußere Verletzungen, denen er bald nach seiner Ankunft im Krankenhause erlag.

Unternehmer-Verbände.

Etwas vom deutschen Schiffbau. Am 28. September d. J. haben die Aktionäre der Flensburger Schiffswerft ihre diesjährige Generalversammlung abgehalten. Von dem den Aktionären vorgelegenen gedruckten Geschäftsbericht einige interessante Angaben:

Die Flensburger Schiffswerft ist in weiteren Kreisen bekannt geworden durch die 1896er Aussperrung ihrer sämmtlichen Arbeiter, die erfolgte, als die einen Lohn von weniger denn 30 Pf. die Stunde erhaltenden Arbeiter — etwa 350 Mann — zur Erlangung dieses Lohnes die Arbeit einstellten. Der damals entbrennende Kampf hatte für die Arbeiter an Unterstützung etwa 80 000 M. gekostet und endete durch beiderseitiges Entgegenkommen nach 15wöchentlicher Dauer. Die Werft wollte damals nicht im stande sein, die verlangte Lohnaufbesserung, die jährlich eine Mehrausgabe von etwa 7—8000 M. für die Werft erforderte, zu bewilligen.

Wie die Sache in Wirklichkeit aussieht, ersehen wir durch diesen Geschäftsbericht, der auch über die früheren Jahre entsprechende Angaben enthält. Es heißt wörtlich in dem Bericht:

Aus der nachfolgenden Zusammenstellung ergiebt sich, daß seit dem Bestehen des Etablissements stattgefunden haben:

1. Abschreibungen . . .	2 074 161,59 M.
2. Dividendenvertheilung	3 876 150,— „
Heutiges Aktienkapital .	2 010 000,— „

mit folgenden Reserven:

Reservefonds	202 500,— „
Dispositionsfonds . . .	570 000,— „

In der That, ein derartig glänzender Geschäftsbericht vermag schon das Herz eines armen Aktionärs in freudige Erregung zu setzen. In 23 Jahren etwa 112,5 pCt. des Aktienkapitals zu Abschreibungen und 209,5 pCt. als Dividenden vertheilt, und das letztere in dem Zeitraum von nur 19 Jahren. Das ist ein Geschäft!

Der Bruttogewinn pro 1897/98 beträgt 1 376 543,94 M., von dem nach Abschreibungen von 190 865,22 M., nach Dotirung des Reparaturen-Konto von 127 486,35 M., ein Reingewinn von 440 366,34 M. verbleibt. Davon erhalten die Aktionäre 13 pCt. Dividende = 261 300 M., der Vorstand, Aufsichtsrath und Beamte 67 973,33 M. Tantième, der Dispositionsfonds 35 000 M., und ein Unterstützungsfonds für Beamte 26 008,31 M. Während der Unterstützungsfonds für Beamte durch den obigen Zugang auf 53 020,32 M. gestiegen ist, hat der Arbeiter-Unterstützungsfonds mit einem Zugang von 1368,26 M. die kolossale Höhe von 3868,40 M. erreicht.

Die Flensburger Schiffswerft ist eine der wenigen größeren Werften, die sich nicht auf den Kriegsschiffsbau eingelassen haben. Sie hat vielmehr infolge des Umstandes, daß andere Werften gerade den Kriegsschiffsbau bevorzugten, erhöhte Aufträge zu verzeichnen.

Die Maschinenbau-Abtheilung der Werft hat im letzten Geschäftsjahre Maschinen von zusammen 12 620 indizirten Pferdekräften gebaut. Für das jetzige Geschäftsjahr liegen 10 Neubauten von zusammen 37 750 Tons Größe vor; also wiederum eine Steigerung. Auch diese Werft hat die Vergrößerung derselben beschlossen.

Wie sieht's nun mit den Arbeitern? Nach unserem Bericht sind im Durchschnitt auf der Werft 1798 Mann beschäftigt gewesen, die 2 023 444 M. Lohn erhielten. Es würde dieses einen Durchschnitt von 1125 M. ergeben, für die schwere, an Gefahren so überreiche Arbeit des Schiffsbaues gewiß nicht hoch. Doch ist auch hier der alte Trik angewandt: auch die „Löhne" der Meister und Beamten figuriren mit in dieser Gesammtsumme. Der 96er Kampf hat es ja bewiesen, daß die Werft sich weigerte, Löhne von 30 Pf. zu zahlen, und zur Zeit schwanken dieselben von 26—40 Pf. die Stunde. Für einzelne Arbeiterkategorien mag das Jahreseinkommen den obigen Durchschnitt übersteigen, aber die große Mehrzahl der Werftarbeiter reicht nicht an 1000 M. heran.

Auf grund des Jahresberichtes haben wir die Leser einen kleinen Einblick thun lassen in die Geschäftsergebnisse einer der großen deutschen Schiffswerften. Auch hier dasselbe Bild wie überall: glänzende finanzielle Erfolge für die Aktionäre, für die Arbeiter ein elender Lohn.

Die Pest.

In Wien hat man den Aerzten und Pflegern der an der Pest Erkrankten Orden verliehen. Man nimmt demnach wohl an, daß die Gefahr völlig vorbei ist. Selbst wenn man so völlig gleichgiltig wie wir Ordensverleihungen gegenüber ist, darf man sagen, daß es beruhigend wirkt, wenn heute in Wien blos Ordensverleihungen und sonst nichts weiter über die Pest telegraphirt wird.

Nachdem in Wien die Pestgefahr endgiltig beseitigt zu sein scheint, taucht das Gespenst der furchtbaren Seuche plötzlich an einem anderen Punkte Europa's auf — in Warschau. In das dortige Spital zum Kindlein Jesu wurde, wie der „Kurier Poranny" meldet, eine 55jährige Frau gebracht, welche nach 24 Stunden starb. Die Aerzte konstatirten sibirische Pest. Das Spital und die Wohnung der Verstorbenen wurden sofort desinfizirt. — Nähere Mittheilungen über den Fall bleiben abzuwarten. Da Warschau zu den Großstädten mit den elendesten Wohnungsverhältnissen gehört und die Lebensverhältnisse der Arbeiterbevölkerung besonders sanitätswidrig sind, wäre der Verbreitung der Pest dort schwer vorzubeugen.

Aus Hamburg liegt folgende Meldung vor: „Bei der Einschiffung der Zwischendeck-Reisenden für den von Hamburg nach New-York gehenden Postdampfer „Pretoria" wurde heute eine große Zahl österreichischer Passagiere, welche auf ihrer Reise Wien berührt hatten, infolge einer Verfügung des amerikanischen Konsuls von der Einschiffung ausgeschlossen, da nach einer von Washington eingelaufenen Instruktion die amerikanische Regierung wegen der in Wien vorgekommenen Pestfälle eine Quarantäne von vierzehn Tagen für alle von oder durch Wien kommenden Zwischendeck-Reisenden fordert." —

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Frankfurt a. M., 1. November. (B. H.) Wie der „Frankfurter Zeitung" aus München telegraphirt wird, soll das Defizit der Maschinen-Ausstellung etwas über 100 000 M. betragen.

Prag, 1. November. (B. H.) In einer gestern Abend in Smichow abgehaltenen sozialdemokratischen Versammlung wurde mit Entschiedenheit gegen den geplanten österreichisch-ungarischen Ausgleich protestirt. Nach Schluß der Versammlung, gegen 11 Uhr nachts, zog ein größerer Trupp vor das Gebäude der czechisch-christlich-sozialen „Katholica Listi" und bombardirte unter stürmischen Pereat-Rufen auf die Redaktion und die Druckerei dieses Blattes das Gebäude mit Steinen. Als die Polizei einschreiten wollte, ergriffen die Demonstranten die Flucht, so daß niemand verhaftet werden konnte.

Paris, 1. November. („Agence Havas"). Dupuy begab sich um 7 Uhr in das Elysee und unterbreitete dem Präsidenten Faure die Dekrete, betreffend die Bildung des neuen Kabinets, zur Unterzeichnung.

Die Minister stimmten den Gesetzentwürfen Peytral's über die Steuerreform zu. Sodann kam man überein, daß die Regierung in ihrer Erklärung vor der Kammer hervorheben solle, daß sie eine weitere Etappe zur vollständigen Einigung der republikanischen Partei sein wolle. Das Kabinet werde für Gesetze über Unterstützungs- und Altersversorgungskassen 2c. eintreten. Was die Dreyfus-Angelegenheit angehe, so werde sich das Kabinet vor der Entscheidung des Kassationshofes beugen.

Konstantinopel, 1. Novbr. (W. K.-B.) Auf der Pforte ist es bekannt geworden, daß Graf Murawjew in Paris die Besetzung des Gouverneurpostens von Kreta mit dem Prinzen Georg wieder angeregt und daß eine Diskussion darüber zwischen den Kabinetten begonnen hat. In Yildizkreisen wird erklärt, daß der Sultan, überzeugt, daß sein Widerstand gegen diese Besetzung aussichtslos wäre, sich passiv verhalten würde.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

29. Sitzung vom Dienstag, den 1. November, nachmittags 5 Uhr.

Die Berathung des Entwurfs des neuen Vertrages mit den Berliner Elektrizitätswerken wird fortgesetzt. Die §§ 2—10 gelangen nach den Beschlüssen des Ausschusses ohne erhebliche Debatte zur Annahme.

Nach § 11 wird die Stadt in der Regel den Unternehmern elektrischer Bahnen die Zustimmung zum elektrischen Bahnbetrieb nur ertheilen, falls die Elektrizität von den Berliner Elektrizitätswerken entnommen wird.

Stadtv. Preuß bekämpft diesen § 11 als einen seines ausgeprägten Monopolcharakters wegen höchst bedenklichen, der auf die Bildung und Fusionirung von Privatgesellschaften, welche auf grund dieses Monopols die Stadt schließlich erdrücken und erwürgen müssen, geradezu hindränge. Die großen Verkehrsgesellschaften würden auf diese Weise mit Gewalt in diesen eisernen kapitalistischen Ring hineingezwungen. Damit würden die Interessen der Stadt von den Privatinteressen überwuchert, und die städtischen Behörden könnten sich der Uebermacht der letzteren nicht erwehren. Schon jetzt sehe man ja den Einfluß dieser Privatinteressen bis in die städtische Verwaltung hinein sich erstrecken. Es trete hier das nackte Privatmonopol in seiner häßlichsten Gestalt hervor. Freilich ein Kommunalreaktionär wie Herr Mommsen werde das nicht anerkennen; aber daß die Uebernahme von derartigen Betrieben in städtische Regie liberalen Anschauungen widerspräche, könnten nur solche behaupten, die vom Liberalismus nichts verständen. Mit dem § 11, mit dem Privatmonopol, sei die Vorlage unannehmbar. (Lebhafter Beifall und Zischen.)

Bürgermeister Kirschner: Mit dem Worte „Privatmonopol" wird die Sache nicht abgethan, schon deshalb nicht, weil der Raum der Straßen kein unbegrenzter ist, auf dem beliebig viele Interessenten ihre Kabel legen könnten. Mit der Auferlegung der Verpflichtung der Stromlieferung für die Straßenbahnen wird nach der Meinung des Magistrats allerdings ein großer Vortheil für die Stadt gewonnen, nach der betriebstechnischen wie nach der finanziellen Seite hin. Handelt es sich um ein Privatmonopol, so wird es für die Stadt ausgenutzt. Von der Existenz eines übermächtigen Ringes kann der Bürgermeister ebensowenig etwas merken, wie von einer Verletzung der liberalen Interessen oder von einer unberechtigten Beeinflussung oder von einer Fesselung der Bewegungsfreiheit der kommunalen Körperschaften. Wollte die Stadt jetzt die Werke übernehmen, so würde sich die Bürgerschaft aufs übelste benachtheiligt sehen, denn Jahre müßten vergehen, bis die Verwaltung sich in die neue Sphäre eingelebt hätte.

Stadtv. Ullstein ist sehr verwundert, daß der Magistrat von diesen Bedenken in der gemischten Deputation garnichts verlautbart habe. Die hervorgehobenen Schwierigkeiten beständen in Wirklichkeit garnicht. Daß ein Monpol statuirt werde, sei doch absolut nicht zu bestreiten.

Auch Stadtv. Wallach sieht etwas wie ein Monopol in der Fassung dieses § 11 und wird für die Streichung stimmen. Sein privates Interesse hält er, obwohl er einige Aktien der A. E.-G. besitzt, für nicht kollidirend mit den städtischen Interessen, er betheilige sich deshalb an den Berathungen und Abstimmungen, denn er sei für Ablehnung des Vertrages und für Uebernahme durch die Stadt. (Bewegung, dann große Heiterkeit.)

Stadtvv. Lüben und Jacobi treten für den § 11 ein.

Stadtv. Rosenow fragt den Bürgermeister, was denn neben § 11 der Vorbehalt im § 1 noch zu bedeuten habe, wonach der Gesellschaft kein Monopol an den Straßen Berlins zustehen solle.

Bürgermeister Kirschner: Der Passus stand hat schon im alten Vertrage von 1888 und hat auch heute noch seine Berechtigung. Auch im § 11 heißt es nur „in der Regel", es bleibt also vorbehalten, in geeigneten Fällen auch andere Interessenten zuzulassen.

In namentlicher Abstimmung wird § 11 mit 56 gegen 50 Stimmen angenommen.

§ 25 stellt fest, daß die B. E.-W. für die Erlaubniß der Benutzung der städtischen Straßen und Plätze eine jährliche Abgabe an die Stadt zu entrichten haben. Diese soll 10 pCt. der Brutto-Einnahme betragen, soweit die Lieferung von Elektrizität im gegenwärtigen Weichbild der Stadt Berlin und nach Einverleibung neuer Gebiete in das Weichbild Berlins in diesen Gebieten, und zwar in den letzteren auf Grund der für Berlin maßgebenden Tarife oder zu höheren Preisen erfolgt.

Die Stadtvv. Deter, Singer u. Gen. beantragen, die Worte von „soweit" bis zum Schluß zu streichen; für den Fall der Ablehnung dieses Antrages aber die Abgabe auf 16⅔ Prozent zu erhöhen.

Nach § 26 ist ferner vom Reinertrag ein Antheil an die Stadt abzuführen. Derselbe soll 40 pCt. vom Reingewinn über 6 pCt. des Aktienkapitals bis 20 Millionen und 40 pCt. über 4 pCt. betragen, soweit das Aktienkapital diesen Betrag übersteigt.

Dieselben Antragsteller wollen diesen Antheil von 40 auf 50 pCt. erhöhen.

Ueber §§ 25 und 26 wird gemeinsam diskutirt.

Stadtv. Singer: Wenn ich mich an der Spezialberathung betheilige zu dem Zweck, möglichst gute Bedingungen für die Stadt herauszuschlagen, so tangirt das unsere prinzipielle ablehnende Stellung natürlich gar nicht. Jenen Versuch zu machen, erachte ich umso mehr für meine Pflicht, als ich überzeugt bin, daß die Gesellschaft auch bei viel schwereren Bedingungen noch mit Kußhand zugreifen würde. (Kopfschütteln des Bürgermeisters.) Der Herr Bürgermeister will das nicht glauben; er hat doch aber selbst eine gleiche Taktik befolgt, um durch sein anfängliches Eintreten für die Uebernahme bessere Bedingungen für die Stadt herauszuschlagen — wenigstens will ich hoffen, daß er nicht so intim von allen inneren Vorgängen in der Gesellschaft unterrichtet ist, daß er recht hätte mit der Behauptung, es sei absolut nicht mehr herauszuschlagen. Wir verlangen nach dem Antrage die Brutto-Abgabe auch von der Elektrizität, welche in dem Werke an der Oberspree hergestellt wird. Ein außerordentlich großes Quantum der dort hergestellten Elektrizität wird von der Berliner Industrie verbraucht werden; der Nutzen der Stadt aus dem Vertrage aber verkleinert sich in dem Maßgabe, als das Werk an der Oberspree von der Abgabe freigelassen wird. Unser Eventualantrag hat einen Vorgang in den Verhandlungen mit der Straßenbahn. Auch damals wurde behauptet, 8 pCt. sei das äußerste, was die Bahn abgeben könne, und so wurde denn der Vertrag mit diesem Satze abgeschlossen. Jetzt aber, wo neue Linien ausgeschrieben werden, kommt die Straßenbahn und bietet 16⅔ pCt. von der Brutto-Einnahme! Dieser Vorgang beweist, daß unser Antrag nicht aussichtslos ist. Ebenso verhält es sich mit dem Verlangen, statt 40 pCt. 50 pCt. des Reinertrages zu setzen. Wenn Sie die Brutto-Abgabe von dem Werke an der Oberspree von Anfang an fallen lassen, wird die Gesellschaft ohnehin so günstig gestellt, daß sie in bezug auf diese Erhöhung sicher nicht die geringste Weiterung machen wird. Im Interesse der Stadtgemeinde liegt es zweifellos, daß, wenn einmal dieser unheilvolle Vertrag überhaupt abgeschlossen wird, aus demselben für die Stadt herausgeholt wird, was irgend möglich ist. Die A. E. G. und die B. E. W. brauchen nach den Vereinbarungen, die sie unter sich getroffen haben, überhaupt garnicht so sehr an dem Reingewinn zu hängen. Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft hat bei der Gründung der Berliner Elektrizitäts-Werke klugerweise in dem Vertrag mit denselben sich vorbehalten, daß bei jedesmaliger Erhöhung des Aktienkapitals sie die Hälfte der neuaufgelegten Aktien zum Parikurse bekommen muß (Hört, hört!), während sie doch aufgelegt werden zu einem sehr viel höheren Kurse, 200 oder dergleichen. Darin besteht der Gründergewinn dieser Gesellschaft, und darin besteht auch das Interesse dieser Gesellschaft, hier bei uns im Rathhause mitzureden, nicht etwa besteht bei ihr ein Interesse für die Beschaffung von billigen Motoren für die Industrie oder gar um dem Handwerk aufzuhelfen; um solche Dinge machen sich die Herren an der Börse nicht den kleinen Finger naß! Ist dem aber so, so kann man nur mit um so größerem Rechte sagen: eine so wunderbare Gelegenheit, sich um Millionen zu bereichern, werden die Herren sich nicht entgehen lassen wegen der paar hunderttausend Mark mehr, welche die Stadt am Reingewinn davontragen würde. Uebrigens wäre mir interessant, wenn Kollege Jacobi aus seiner tiefen Kenntniß aller dieser Dinge mich vergewissern könnte, ob meine Auffassung von diesem Vertrage zwischen den beiden Gesellschaften richtig ist. (Große Heiterkeit.) Vor wenigen Tagen haben beide Gesellschaften Generalversammlungen gehalten und 13 beziehungsweise 12½ pCt. Dividende festgestellt! Herrn Wallach möchte ich meine Anerkennung für seinen uneigennützigen Standpunkt nicht vorenthalten, nur hoffen will ich, daß hier noch mehr solcher Aktionäre sind, die seinem Beispiel folgen werden. (Sehr gut! Heiterkeit.) Die Berliner Elektrizitätswerke haben im letzten Geschäftsjahre 2 627 000 M. Reingewinn gehabt. Davon sind 190 000 M. zum Reservefonds gegangen, dann sind eine ganze Reihe fernerer Abschreibungen erfolgt, so daß ein Reingewinn von 2 357 000 M. verblieb. Alle diese Vorabschreibungen kämen bei Liquidirung den Aktionären oder deren Erben zu gute, mit einziger Ausnahme der Abschreibungen für Krankenkasse und Unterstützungen. Der Gewinnantheil der Stadt Berlin beträgt nur 294 000 M., der der Aktionäre 1 378 000 M., des Aufsichtsrathes 81 000 M., der Direktion auch 81 000 M. neben ihrem Gehalt, sodaß für diese letzteren beiden Posten allein 162 000 M. vorweggehen. Und das nennt der Bürgermeister ein vortheilhaftes Sozietätsgeschäft für Berlin! Und warum hat die Stadt einen so kleinen Gewinnantheil bekommen und wird sie ihn ferner bekommen? Weil sie darauf, den ganzen Gewinn zu nehmen, verzichtet hat zu gunsten der Aktionäre! Wir werden uns unsere Stimmen für den Vertrag allerdings nicht abkaufen lassen durch den Betrag, der für die Stadt infolge der Annahme unserer Anträge mehr gewonnen wird. Daß die Gesellschaften in den Verhandlungen mit dem Magistrat schon ihr letztes Wort gesprochen haben, davon ist keine Rede. Sollten Sie es gethan haben, so wäre es ein Glück für die Stadt, wenn wir auf diese Weise zur Uebernahme der Werke in städtische Regie kämen. (Beifall.)

Stadtv. Spinola giebt den Antragstellern anheim, doch nicht wieder in die Generaldebatte zurückzufallen und aus der Abstimmung der vorigen Sitzung die Konsequenzen zu ziehen. (Lebhafter Widerspruch.) Man solle doch nicht auf diese Weise von hinten herum den Vertrag zu Falle zu bringen versuchen. Die Industriellen, die am Bezuge von Elektrizität interessirt seien, warteten mit Ungeduld auf den Abschluß der Sache.

Bürgermeister Kirschner verbleibt dabei, daß er in voriger Sitzung die Vertheilung des Gewinnes zwischen Aktionären und Stadt richtig dargelegt hat; die Stadt habe ein sehr starkes Drittel des Reingewinnes erhalten, nach den neuen Bestimmungen werde sich der Antheil auf fast die Hälfte erhöhen. Es handle sich nicht um Neuabschluß eines Vertrages, sondern um Verlängerung eines bestehenden unter günstigeren Bedingungen. Er könne versichern, daß bei den fast jahrelangen Verhandlungen die Gegenkontrahenten in ehrlicher Weise verhandelt haben, und daß es dem Stadtrath Zabel und ihm nicht leicht geworden sei, die Konzessionen zu erhalten, die jetzt im Vertrage vorlägen. Der Ausschuß sei schon erheblich weitergegangen, ob die Gesellschaft diese weitergehenden Forderungen ohne weitere Konzessionen gewährt, wisse er nicht. Auf die Leistung der Brutto-Abgabe auch von dem Außenwerke werde die Gesellschaft wohl kaum eingehen können, schon weil es von vornherein viel größer, für 50 000 Pferdekräfte, angelegt ist. Aber auch sachlich ermangele diese Forderung jeder Begründung.

Stadtv. Deter warnt vor überstürzter Berathung einer so schwerwiegenden Angelegenheit; man solle jedenfalls der heute hervorgehobenen, für viele Mitglieder neuen Thatsache, daß die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft die Hälfte der etwa neu ausgegebenen Aktien zum Parikurse zu beziehen berechtigt ist, die gebührende Beachtung widmen.

Stadtrath Zabel sucht aus dem Aktienrecht und den Vertragsbestimmungen nachzuweisen, daß dieser Umstand für die Stadt von ganz unerheblicher Bedeutung ist.

Hierauf wird ein Vertagungsantrag, den auch der Vorsteher Dr. Langerhans empfiehlt, gegen ½9 Uhr angenommen.

Die Verhandlung soll in einer Extrasitzung am Dienstag und dann in den nächsten Sitzungen nach Bedarf in den beiden ersten Stunden jeder Sitzung fortgesetzt werden.

Zur Erledigung gelangt noch eine Reihe kleinerer Vorlagen.

Die Vorlage wegen versuchsweiser Einstellung der Verpachtung des Rechtes zur Erhebung des Marktstättegeldes und wegen gleichzeitiger Abstandnahme von der direkten Erhebung desselben wird angenommen.

Schluß nach 8½ Uhr.

* * *

Die Stadtverordneten Dr. Preuß, Kreitling, Dinse, Drenske, Deter, Karl Goldschmidt I, Riemer, Weiß, Kalisch, Witkowski, Dr. Paul, Rosenow, Frick und Fasquel haben folgenden Antrag in der Stadtverordneten-Versammlung eingebracht: die Unterzeichneten beantragen, die Versammlung wolle an den Magistrat folgende Anfragen richten: Seit dem 24. Oktober sind die Rektoren mehrerer hiesigen Gemeindeschulen von den Schulinspektoren angewiesen worden, einigen Lehrerinnen das Ordinariat, welches sie 22 beziehungsweise 19 und 16 Jahre vorwurfsfrei führe, abzunehmen und sie nicht mehr als Klassenlehrerinnen zu beschäftigen, weil diese Lehrerinnen jüdischen Glaubens sind und sich in ihren Klassen keine genügende Zahl von Kindern desselben Bekenntnisses befindet: 1. Ist dem Magistrat bekannt, auf wessen Anordnung die Schulinspektoren gehandelt haben? 2. Stehen weitere ähnliche Maßregeln in Aussicht? 3. Billigt der Magistrat dieses Vorgehen? Eventuell: 4. Was will der Magistrat thun, um jene Maßregel rückgängig zu machen, oder, falls er dazu nicht die Macht hat, wie will er diesen Lehrerinnen eine weitere ersprießliche Wirksamkeit und ein mit ihrer persönlichen Würde vereinbares Ausharren im städtischen Schuldienste ermöglichen?"

Lokales.

Wahlverein des zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreises. Ueber „Streitfragen in der Partei" wird Genosse Richard Fischer am Mittwoch bei Zühlke, Dennewitzstr. 13, einen Vortrag halten. Die Mitglieder werden um zahlreichen Besuch dieser Versammlung gebeten und gleichzeitig darauf aufmerksam gemacht, daß die Parteitags-Protokolle in den Zahlstellen in Empfang zu nehmen sind. Der Vorstand.

Preußische Reaktion vor 50 Jahren.

Die Märzrevolution des Jahres 1848 hatte in Preußen recht bedeutende Erfolge gehabt. Vor allem war eine aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Nationalversammlung einberufen worden, die sein dem 22. Mai zu dem Zwecke tagte, mit der preußischen Regierung eine Staatsverfassung zu vereinbaren. Viel hat diese gesetzgebende Versammlung allerdings nicht vor sich gebracht. Es traten in ihr gänzlich widerstreitende politische Prinzipien zu tage, und zuweilen ging es bei den Verhandlungen in der Singakademie recht kraus her. Aber das Tagen der Versammlung war doch immerhin eine dauernde Demonstration dafür, daß die Revolution gegen das alte vormärzliche System siegreich gewesen war.

Anfangs herrschte ein leidliches Verhältniß zwischen der jungen preußischen Volksvertretung und dem nunmehr „konstitutionellen" König Friedrich Wilhelm IV. Aber nach und nach ergaben sich doch immer heftigere Reibungen, sodaß im Laufe der wenigen Sommermonate drei Ministerien einander abgelöst hatten. Und mit dem Erschlaffen der revolutionären Thatkraft im Volke waren auch die reaktionären Tendenzen längst wieder kräftig empor geblüht. Mancherlei war geschehen, das den von der Hofkamarilla umgarnten König erbittert hatte, so der Sturm auf das Berliner Zeughaus, die Streichung der Worte „von Gottes Gnaden" aus dem Titel des Königs, die Abschaffung des Adels ꝛc. Schließlich war auch die Regierung noch von der Nationalversammlung zu einem Erlaß an die Armee gezwungen worden, in dem das Offizierkorps vor reaktionären Bestrebungen gewarnt wird.

Das alles hatte arg verschnupft. Schon im September war der General Wrangel zu der neuen Würde eines Oberbefehlshabers in den Marken ernannt worden. Truppen wurden zusammengezogen, und Wrangel bramarbasirte: er sei berufen, die Ordnung herzustellen und seine Truppen hätten scharf geschliffene Schwerter und Kugeln in den Gewehrläufen. Ein scharfes Licht fiel dann am 15. Oktober auf das Verhältniß zwischen Krone und Volksvertretung. Es war der Geburtstag des Königs, an dem er die glückwünschenden Deputationen der Nationalversammlung, der Bürgerwehr ꝛc. im Schlosse Bellevue empfing. Das, was der König auf die Ansprachen antwortete, war recht bezeichnend. „Vergessen Sie nicht", sagte er zu den Herren von der Nationalversammlung, „daß wir etwas vor anderen Völkern voraus haben: eine angestammte Obrigkeit von Gottes Gnaden." Und auch den Männern von der Bürgerwehr gab er auf, etwas nicht zu vergessen, nämlich: „daß ich es bin, der Ihnen die Waffen in die Hände gegeben hat." — Der Konflikt, der Kampf der Krone mit der Volksvertretung, war nach diesen Deutlichkeiten wohl vorauszusehen.

Die Kämpfe in Wien, das rücksichtslose Dreinwirthschaften der österreichischen Reaktion unter Windischgrätz, brachten dann auch in Berlin die Bombe zum Platzen. Die Sympathie mit dem aufständischen Wien und die Wuth gegen die österreichische Staatsstreicherei steigerten sich in Berlin zu fieberhafter Spannung, weil man auch in Preußen auf ähnliche Zusammenstöße gefaßt sein mußte. Am 31. Oktober lagen der preußischen Nationalversammlung zwei von den Wiener Vorfällen handelnde Anträge vor. Der eine, von Waldeck gestellte, ging dahin, das Staatsministerium aufzufordern, „zum Schutze der in Wien gefährdeten Volksfreiheit alle dem Staate zu Gebot stehenden Mittel und Kräfte schleunigst aufzubieten".

In Berlin herrschte an diesem Tage aus Anlaß der Berathung der österreichischen Angelegenheit die größte Aufregung. Schon Vormittags hatte sich um das königliche Schauspielhaus, wo jetzt die Verhandlungen stattfanden, eine große Volksmenge versammelt, um Sturmpetitionen für die Annahme des Waldeck'schen Antrages zu überreichen. Und da die Berathung dieses Gegenstandes erst abends stattfinden sollte, so wiederholten sich um diese Zeit die Ansammlungen. Viele der Versammelten sollen sogar mit Stöcken erschienen sein, um die Abgeordneten einzuschüchtern und sie zur Annahme des Waldeck'schen Antrages zu zwingen. Die umlaufenden Gerüchte vergröberten jedoch die thatsächlichen Vorgänge ins unsinnige. Es hieß, man habe die Abgeordneten nicht aus dem Saale heraus lassen wollen, bis ein befriedigender Beschluß gefaßt sei; auch sollte man zu diesem Zweck die Thüren von außen vernagelt haben. Viele Augenzeugen, so beispielsweise Varnhagen von Ense, erklären jedoch die meisten dieser Behauptungen für reaktionäre Lügen. Niemand habe Stöcke und Stricke gesehen, und die Thüren seien auch nicht vernagelt gewesen. Jedenfalls wurde den Auftritten erst spät in der Nacht durch die Bürgerwehr ein Ziel gesetzt.

Die Nationalversammlung berieth währenddem die Anträge und verwarf mit allen gegen 118 Stimmen den Waldeck'schen Antrag, der ein direktes Einschreiten Preußens verlangte. Dagegen nahm sie mit großer Mehrheit einen von Rodbertus verfaßten Antrag an. Dieser lautete: „Die Regierung wird aufgefordert, bei der Zentralgewalt schleunige und energische Schritte zu thun, damit die in den deutschen Ländern Oesterreichs gefährdete Volksfreiheit und die bedrohte Existenz des Reichstages in Wahrheit und mit Erfolg in Schutz genommen und der Friede hergestellt werde." Indem man dies beschloß, wollte man der Frankfurter Zentralgewalt die angemessene Stellung bewahren.

Auch der Ministerpräsident Graf Pfuel hatte in der Nationalversammlung mit für das Einschreiten der Zentralgewalt gestimmt. Der Kamarilla am preußischen Hofe war aber schon vorher klar geworden, daß Pfuel sich nicht in ihrem Sinne gebrauchen ließ, und sie hatte beim König bereits auf eine Veränderung des Ministeriums hingewirkt. Am 1. November nahm und erhielt General Pfuel „aus Gesundheitsrücksichten" seine Entlassung. Mit diesem Ministerwechsel begann in Preußen der offene Kampf der Regierung gegen die Nationalversammlung. Man ließ jetzt die Maske fallen.

Schon am 2. November zeigte Graf Brandenburg der preußischen Volksvertretung an, daß er mit der Bildung des Kabinets beauftragt sei. Ein ganz reaktionärer Armeebefehl, den Brandenburg als kommandirender General in Breslau erlassen hatte, gab einen Fingerzeig für das, was nun zu erwarten war. Mit fast völliger Einmüthigkeit wurde sofort diese Adresse an den König beschlossen:

„Infolge der Benachrichtigung, daß der Graf Brandenburg mit der Bildung eines neuen Kabinets beauftragt ist, hat die Nationalversammlung in ihrer heutigen Sitzung den Beschluß gefaßt, aus ihrer Mitte eine Deputation an Ew. Majestät zu entsenden, um Sie davon in Kenntniß zu setzen, daß dieser Schritt Ew. Majestät die größten Besorgnisse im Volke erregt und unabsehbares Unglück über das Land zu bringen droht. Schon seit Wochen haben unheilvolle Gerüchte Ew. Majestät treues Volk über die Absichten der Reaktion erschreckt, und die Ernennung des jetzt abgetretenen Ministeriums hatte diese nicht zu schwächen vermocht. Eine Regierung unter den Auspizien des Grafen Brandenburg, welche wiederum ohne Aussicht ist, eine Majorität in der Versammlung und Vertrauen im Lande zu gewinnen, würde die Aufregung unzweifelhaft zum Ausbruch steigern und endlich traurige, an das Schicksal eines Nachbarstaats erinnernde Folgen für Ew. Majestät Hauptstadt und Land nach sich ziehen. — Ew. Majestät sind von Ihren bisherigen Räthen über den Zustand des Landes nicht wohl unterrichtet worden, wenn man Ihnen diese Gefahr für Thron und Land verschwiegen hat. Wir legen daher die ebenso ehrfurchtsvolle als dringende Bitte an Ew. Majestät Herz, ein Herz, das stets für die Wohlfahrt des Landes geschlagen hat, dem Lande durch ein volksthümliches Ministerium eine neue Bürgschaft dafür zu geben, daß Ew. Majestät Absichten und die Wünsche des Volkes im Einklang stehen."

Den Hauptantheil an der Abfassung dieser Adresse hatte Lothar Bucher gehabt, der spätere literarische Gehilfe Bismarck's. Noch am 2. November begab sich die aus allen Fraktionen gewählte Deputation nach Schloß Sanssouci bei Potsdam, um die Adresse zu überreichen und den König über die Lage des Landes zu unterrichten.

Der König empfing die Abordnung schweigend. Der Präsident von Unruh verlas die Adresse. Nachdem der König sie gehört, das Blatt entgegengenommen und zusammengefaltet hatte, war er im Begriff, sich ohne Antwort zu entfernen. Da trat der demokratische Abgeordnete Jacoby einen Schritt hervor und sprach: „Wir sind nicht allein gesandt, um Eurer Majestät diese Adresse zu über-

Sozialdemokratischer Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Vorstand in seiner letzten Sitzung beschlossen hat, an diejenigen Mitgliedern, welche ihren Beitrag bis Oktober entrichtet haben, das Protokoll vom Stuttgarter Parteitag gegen Zahlugg von 10 Pfennig zu verabfolgen. Die Protokolle werden nur bis ersten Januar abgegeben und die Mitglieder daher ersucht, dieselben bei ihrem zuständigen Bezirksleiter baldigst in Empfang zu nehmen.

Der Vorstand. J. A.: M. Kiesel.

Den Vorstandsmitgliedern hierdurch zur Nachricht, daß die nächste Sitzung der Volksversammlung wegen erst Donnerstag den 4. November, abends 9 Uhr, bei Gleinert, Müllerstraße Nr. 7, stattfindet. D. O.

Der Ausfall der Wahlen zum Gewerbegericht macht dem Unternehmerthum insoweit Kopfzerbrechen, als sich namentlich ergeben hat, daß die Sozialdemokratie auch in den Kreisen der Arbeitgeber eine nicht geringe Anhängerschaar aufzuweisen hat. In der „Post" lesen wir heute folgendes: Anknüpfend an die Thatsache, daß bei den letzten Gewerbegerichts-Wahlen ein beträchtlicher Prozentsatz der Arbeitgeber für die sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt hat, beleuchtet der bekannte Gewerberichter O. Weigert die Ursachen dieser auffallenden Erscheinung. Bei Berathung des Gesetzes behielt man die Definition des Begriffes „Arbeitgeber" den Ortsstatuten vor, während die Motive meinen, daß sich dieselbe von selbst ergebe, wenn man nämlich den Begriff „Arbeiter" feststelle. Wohin solche Unklarheiten führen, haben die letzten Gewerbegerichts-Wahlen wieder gezeigt: es seien zu den Wahlen tausende kleiner Gewerbetreibender zugelassen worden, welche selten oder nie einen Gesellen, Arbeiter bezw. Lehrling beschäftigen. So sei auch eine große Zahl von Leuten, die sich zwar als Gewerbetreibende anmeldeten, thatsächlich aber selbst Arbeiter seien, anstandslos in die Wählerlisten der Arbeitgeber eingetragen worden. „Diese bedauerliche Praxis", so sagt Herr Weigert u. a., „ist nicht durch eine Lücke im Gesetze selbst, sondern nur dadurch entstanden, daß der Magistrat es verabsäumt hat, die Frage, wer als Arbeitgeber im Sinne des Gewerbegerichts anzusehen sei, durch das Ortsstatut zu regeln, wie denn überhaupt die Kommunalverwaltung der Stadt Berlin dem Gewerbegericht nicht das Maß von Interesse und Verständniß gewidmet hat, das man von den städtischen Kollegien der deutschen Reichshauptstadt mit Rücksicht auf die hohe soziale Bedeutung dieser Einrichtung erwarten durfte. Die Bemühungen des Vereins der Arbeitgeber-Beisitzer, eine in vielfacher Beziehung nothwendige Aenderung des Ortsstatuts herbeizuführen, sind kurzer Hand seit drei Jahren mit der Begründung abgethan worden, daß noch nicht genügend Erfahrungen gesammelt seien, um den vorgetragenen, in eingehender Weise motivirten Wünschen Rechnung zu tragen. Wenn die Mitglieder der städtischen Kollegien nur der Mühe sich unterziehen wollten, die Jahresberichte des Gewerbegerichts einem Studium zu unterziehen, dann wäre es nicht möglich gewesen, daß heute noch auf grund des Ortsstatuts Leute als Arbeitgeber betrachtet und als solche in die Wählerlisten eingetragen werden, die lediglich in die Klasse der Händler, Höker und Hausirer einzureihen sind. Wenn demnach bis zur letzten Wahl allein 10 pCt. der Arbeitgeber Beisitzer aus dem Stande der Arbeitervertreter hervorgegangen sind, so ist für das Ergebniß nicht nur die Lauheit der interessirten wirklichen Arbeitgeber, sondern hauptsächlich das Fortbestehen des unveränderten Ortsstatuts und die noch immer geübte Praxis des Magistrats bei Aufstellung der Wählerlisten verantwortlich zu machen. Hierdurch allein war es möglich, daß durch die Bestellung sozialdemokratischer Arbeitgeber-Beisitzer die durchaus zu wahrende Parität der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gestört wurde."

Es ist ein sehr gescheidter Gedanke, die städtische Behörde zu einem Gewaltstreich anzureizen, damit sie die kleinen Unternehmer ihres Wahlrechts beraube. Besonders hübsch macht sich der Vorschlag an einer Stelle, die sich sonst in der Ausbeutung der Phrase von der Erhaltung des Mittelstandes nicht genug thun kann. Wenn es gegen die Sozialdemokratie geht, gehen nicht allein liberale, sondern auch konservative Grundsätze zum Teufel.

Religionskrieg. Ein neuer Eingriff in die städtische Schulverwaltung hat sich, nach der „Lib. Korr.", in vergangener Woche in Berlin ereignet. Städtische Volksschul-Lehrerinnen, die mit Genehmigung der Regierung als ordentliche Lehrerinnen angestellt waren und die in ihrer ganzen Dienstzeit sich nie etwas hatten zu schulden kommen lassen, sind jetzt auf Anweisung der Regierung durch den zuständigen Kreisschul-Inspektor vom Ordinariat ihrer Klasse enthoben worden mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß für die Maßregel kein anderer Grund vorliege, als daß die Lehrerinnen jüdischer Religion sind. In einem Falle ist eine Lehrerin davon betroffen, die seit 1876 ununterbrochen im Ordinariat gewesen war. Hoffentlich nimmt die Stadtverwaltung sich der Gemaßregelten energisch an!

Die hiesigen unter Aufsicht beider Gemeinde-Behörden stehenden Wohlthätigkeits-Anstalten und Stiftungen verfügten Ende März 1898 über ein zinsbar angelegtes Kapitalsvermögen von 15 569 930 Mark. Hierzu kommen die unter alleiniger Aufsicht beziehungsweise Verwaltung des Magistrats oder einzelner Deputationen stehenden Stiftungen mit einem Kapitalvermögen von 7 374 482 M. und die unter Verwaltung selbständiger Kuratorien stehenden Stiftungen mit einem Kapitalvermögen von 5 954 510 M. Außer diesen insgesammt 28 898 922 M. besaßen verschiedene Stiftungen noch Grundstücke im Taxwerthe von 7 558 823 M., auf denen Ende März 1898 Hypotheken im Betrage von 250 259 M. hafteten. Gegen das Vorjahr ist das Stiftungsvermögen um 3 504 765 M. gewachsen.

Winterleiden der Handlungsgehilfen. Der § 62 des neuen Handlungsgesetzbuches verpflichtet den Prinzipal, den Geschäftsbetrieb und die Arbeitszeit so zu regeln, daß der Handlungsgehilfe gegen eine Gefährdung seiner Gesundheit, so weit die Natur des Betriebes es gestattet, geschützt wird. Wir haben bereits wiederholt betont, so schreibt das Handlungsgehilfen-Blatt, daß kein Mensch sich um die Befolgung dieser Bestimmung kümmert, und daß die Behörde auch auf deren Befolgung gar nicht dringt, da die unumgänglich nothwendigen Ausführungsverordnungen bis heute noch nicht erlassen sind. Mit der Gesundheit der Angestellten wird nach wie vor ganz unverzeihlich umgegangen. Besonders augenfällig trat dies zu tage während der ungewöhnlich kalten Witterung Mitte Oktober d. J. Die meisten Ladengeschäfte schlossen die Ladenthüren nicht, trotzdem die Temperatur zeitweise bis auf — 3 Grad C. sank. Oft sind zwei Ladenthüren vorhanden, dann entsteht natürlich ein mörderlicher Zug, in dem die Gehilfen und Lehrlinge — in der Mehrzahl Lehrlinge — vom Morgen bis zum Abend ausharren müssen. Mit erfrorenen, angeschwollenen Händen, gerötheten Nasen, frierend am ganzen Körper, abgespannt, erledigen die meistens im jugendlichen Alter stehenden Angestellten ihre Obliegenheiten. Die Thüren aber bleiben offen, geheizt wird selbstverständlich nicht! Das Blatt fragt: Ist das Offenhalten der Thüren bei einer Kälte bis — 3 Grad C und heftigem, schneidendem Wind gesundheitsschädlich oder nicht? Niemand wird die Frage verneinen. Wenn ja, gestattet es die Natur des Betriebes, hier der Ladengeschäfte, die Thüren zu schließen und den Raum zu heizen? Auch diese Frage wird niemand verneinen! Wir fragen ferner: Warum schreitet die Behörde nicht ein? Warum bringt sie das Gesetz, das Recht nicht zur Anerkennung?

Für die beabsichtigte Einführung einer neuen Nachtomnibus-Linie Stettiner Bahnhof—Kottbuser Thor ist jetzt bei der Stadtgemeinde die Genehmigung nachgesucht worden.

Der Ausbruch der Maul- und Klauenseuche auf dem hiesigen städtischen Schlachthof wird amtlich gemeldet. Wie die „Allg. Fleischer-Ztg." ausdrücklich hervorhebt, wird davon der städtische Viehhof in keiner Weise berührt.

Ueber die Gehälter der Ober-Bürgermeister und Bürgermeister ist eine Statistik aufgestellt worden. Obenan steht natürlich Berlin (1 730 000 Einw.), dessen Ober-Bürgermeister ein Gehalt von 30 000 M. bezieht. Daran reihen sich Breslau (373 000 Einw.) und Köln (321 000 Einw.), welche ihren Bürgermeistern je 25 000 M. jährlich zahlen. Dann kommen Elberfeld (139 000 Einw.) mit 20 000 M., Kassel (82 000 Einw.) mit 19 000 M., Altona (140 000 Einw.) mit 17 000 M., Charlottenburg (172 000 Einw.) und Görlitz (70 000 Einw.) mit je 16 500 M., Königsberg i. Pr. (173 000 Einw.), Danzig (126 000 Einw.) und Posen mit je 15 000 M. Hamm i. W. (116 000 Einw.) zahlt seinem Stadthaupte jährlich 13 000 M., Kiel (75 000 Einw.) und Essen (100 000 Einw.) je 12 000 M. Schöneberg (80 000 Einw.) 10 500 M. und Erfurt (78 000 Einw.) 10 000 M. Die Besoldung der Bürgermeister in Kassel und dem kleinen Görlitz wurde, als die Inhaber dieser Stellen als Kandidaten für den Charlottenburger Bürgermeisterposten in Frage kamen, auf ihren jetzigen Stand erst vor etwa einem halben Jahre erhöht.

Das Polizeipräsidium theilt mit, daß dem Droguenhändler Julius Leßner, Metzerstr. 1, der Handel mit Droguen und chemischen Präparaten, die zu Heilzwecken dienen, untersagt wurde.

Eine Verschmelzung der beiden in Berlin bestehenden großen Schlächtermeister-Organisationen, der Berliner Fleischerinnung und der Freien Vereinigung selbständiger Fleischermeister, wird der „Deutschen Tagesztg." zufolge vorbereitet. Die beiden Vereinigungen dürften sich auf dem Boden der „freien Innung" zusammenfinden.

Kindesmord? Am 28. Oktober, vormittags 10½ Uhr, wurde auf dem Friedhof der freireligiösen Gemeinde in der Pappelalle, zwischen Gräbern versteckt, die Leiche eines neugeborenen Kindes weiblichen Geschlechts aufgefunden. Die Leiche war in eine alte, mit ziemlich breiten rothen, weißen und blauen Streifen versehenen Schürze, an der der obere Gurttheil abgetrennt ist, und in eine alte, ganz fein weiß und blau gestreifte fertige Schürze eingewickelt. Personen, die in der Lage sind, über die Herkunft der Leiche Auskunft geben zu können, werden vom Polizeipräsidium ersucht, sich an den Vormittagsstunden in dem Polizeidienstgebäude, Zimmer 382, einzufinden.

Ein bedauerlicher Unfall, der wahrscheinlich den Tod eines jungen Menschenlebens im Gefolge haben wird, passirte gestern Mittag in der Rüdersdorferstraße. Dort stand ein Möbelwagen, an dem die Kinder der Nachbarschaft spielten. Schließlich war die Arbeit beendet und der Wagen rollte, zur Freude der kleinen Schaar, davon; denn einer ihrer Spielgefährten, der fünfjährige Sohn, der Koppenstr. 29 wohnhaften Kluge'schen Eheleute, war in den, unter dem Wagen hängenden Spiegelkasten geklettert und fuhr so, unbemerkt von den Fuhrleuten mit dem Wagen fort. Schließlich wurde es dem wagehalsigen Kleinen in dem Kasten wohl zu eng und so kletterte er, um das Schiff zu verlassen, auf dessen Rand; dasselbe neigte sich zur Seite, der Knabe verlor dadurch das Gleichgewicht und fiel vor das schwere Hinterrad, das ihm über beide Oberschenkel lief. Schrecklich verstümmelt brachte man der fassungslosen Mutter ihr Kind ins Haus. Ein schnell hinzugezogener Arzt konstatirte, daß beide Beine nahe am Rumpf vom Körper getrennt wurden und wenig Aussicht auf die Erhaltung des jungen Lebens vorhanden ist.

Ein weiblicher Fahrradmarder ist gestern Nachmittag auf frischer That in der Schönhauser Allee festgenommen. Die Person wurde der Polizei übergeben, welche ermittelte, daß die Verhaftete wie auch ihr Bräutigam Fahrrad-Diebstähle gewerbsmäßig ausführen.

Die Königin Augustastraße von der Viktoriabrücke bis zur Grenze der Grundstücke Nr. 20 und 21 wird wegen Umpflasterung vom 2. November ab bis auf weiteres für Fuhrwerk und Reiter gesperrt.

Auf der Straße gestorben ist gestern Nachmittag der obdachlose Arbeiter August Christ am Verbindungskanal bei der Boyen- und Kielerstraße. Man fand ihn krank am Gelände des Kanals sitzen und wollte ihm helfen. Er starb jedoch, bevor man ihn aufgerichtet hatte, wahrscheinlich am Herzschlag.

Eine aufregende Szene gab es am Montag in der siebenten Abendstunde auf dem Alexanderplatz. Ein Mann, dem Aussehen nach ein Kriminalbeamter, hatte einen anderen, in dem das Publikum den Raubmörder Wegener zu erkennen glaubte, gepackt und schob ihn nach dem Eingang IV des Polizeidienstgebäudes hin. Dicht vor dem Eingange machte der Festgehaltene plötzlich eine Wendung und lief davon, der Kriminalbeamte und eine große Menschenmenge hinter ihm her. Ein Herr aus dem Publikum faßte den Flüchtling und drückte ihn an die Wand, bis uniformirte Schutzmänner mit der blanken Waffe zu Hilfe kamen und ihn auf das Präsidium brachten. Als man sich nun aber nach dem Kriminalbeamten umsah, um über den Grund der Festnahme Auskunft zu erhalten, war der verschwunden und ließ sich nicht mehr sehen. Der Eingelieferte wurde festgestellt als ein 25 Jahre alter Tapezirer Max Strasser aus der Usedomstr. 19. Er gab an, daß er von einem unbekannten Manne ganz unvermuthet festgenommen und nach dem Präsidium zu geschoben worden sei. Wahrscheinlich handelt es sich um einen groben Unfug. Ob Strasser dabei, wie es den Anschein hat, mit dem zweiten Manne, den er nicht kennen will, im Einverständniß war, steht noch dahin.

Von seinem eigenen Wagen überfahren und sehr schwer verletzt wurde am Dienstag Abend gegen 5 Uhr der 30 Jahre alte Kutscher Wilhelm Seelen, der bei dem Fuhrherrn Krüger in der Frankfurter Allee Nr. 161 in Stellung ist. Seelen fuhr mit einem mit Rundhölzern beladenen Wagen durch die Hannoverschestraße. An der Ecke der Philippstraße geriethen die Hölzer ins Rollen, der Kutscher fiel vom Wagen und gerieth unter die Räder. Er erlitt einen Bruch des linken Oberschenkels, an dem ihm das Fleisch vom Knochen abgeschält wurde. Ein Schutzmann brachte den Verunglückten in die benachbarte Charitee.

Im Thiergarten erhängt aufgefunden wurde gestern Morgen in der Nähe der Rousseau-Insel ein gut gekleideter Mann, der aus der Provinz hierher gekommen zu sein scheint. In den Kleidertaschen fand man Schlüssel und Briefschaften, aber kein Geld. In den Papieren kommt der Name Adolf Schumann vor.

In geistiger Umnachtung hatte sich der 69 Jahre alte Grünkramhändler Johann v. Modrzejewski aus der Grünthalerstr. 58, der von der Pferdebahn-Gesellschaft eine kleine Rente bezog, am Sonnabend Nachmittag aus der Wohnung entfernt. Die Nachforschungen, die seine 72 Jahre alte Frau in Berlin anstellen ließ, hatten keinen Erfolg. Nunmehr hat man den Vermißten in Nieder-Schönhausen als Leiche wiedergefunden; er hatte sich dort an einem Baume erhängt.

Volksthümliche Kurse von Berliner Hochschullehrern. Der Zyklus des Prof. Dr. Heubner über „natürliche und künstliche Ernährung des Säuglings" umfaßt sechs Vorträge Sie finden jeden Donnerstag Abend um 8½ Uhr in der Aula des Friedrich-Werder'schen Gymnasiums, Dorotheenstr. 13/14, statt und beginnen am Donnerstag, den 3. November. Der Besuch des Kursus ist ganz besonders den Frauen zu empfehlen. Eintrittskarten zum Preise von 1 M. für den ganzen Kursus sind zu haben in der Trautwein'schen Buchhandlung, Leipzigerstr. 8; bei G. Belling, Zigarrengeschäft, Leipzigerstr. 135; A. Schütz, Holzmarktstr. 60; Ch. Tischendörfer, Sophienstr. 19, sowie in der Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen, Köthenerstraße 23 (8—3). Zu den Kursen der Professoren Schmoller, Meyer, Waldeyer und Wedding sind die Eintrittskarten vergriffen.

Theater. Deutsches Theater. In dem Schauspiel „Fuhrmann Henschel" von Gerhart Hauptmann, das am Sonnabend seine erste Aufführung am „Deutschen Theater" erfährt, wirken die Damen Paula Ebertz, Else Lehmann, Agnes Müller, Lotti Sarrow und die Herren Hannes Fischer, Emil Ludwig, Hermann Müller, Emanuel Reicher, Max Reinhardt, Rudolf Rittner, Oskar Sauer, Paul Schwaiger, Richard Vallentin, Eduard von Winterstein, Bruno Ziener mit. Gerhart Hauptmann nimmt an den Proben zu seinem Werk den thätigsten Antheil. — Im Schiller-Theater wird heute „Das Lumpengesindel", Tragikomödie in 3 Akten von E. v. Wolzogen zum ersten Mal gegeben.

Feuerbericht. Dienstag Nachmittag waren verschiedene Zimmerbrände abzulöschen. Hagelsbergerstr. 22, Zorndorferstraße 22 und Rüdersdorferstraße 21 brannten Betten und Möbel. Lietzmannstraße 20 war ein Küchenbrand zu beseitigen, der den Fußboden zerstörte und das Haus sonst noch beschädigte. Gegen Abend erfolgten noch verschiedene Alarmirungen aus geringfügigen Veranlassungen.

Aus den Nachbarorten.

Wilmersdorf. Die Parteigenossen werden auf die heute Abend 8 Uhr im Volksgarten stattfindende Generalversammlung des sozialdemokratischen Arbeiter-Bildungsvereins aufmerksam gemacht. Die Tagesordnung lautet: Ergänzungswahl zum Vorstand; Vierteljahrsabrechnung; Bericht der Statuten-Revisionskommission und Verschiedenes. Das Erscheinen aller Mitglieder ist nothwendig. Gäste willkommen.

In der Stadtverordneten-Versammlung zu Schöneberg kam gestern abermals die Abänderung des Vertrages mit dem Konsortium der südlichen Vorortbahn zur Verhandlung. Nach den Vorschlägen der Gesellschaft soll von der Erbauung einer Linie durch die Siegfried- und Monumentenstraße abgesehen werden; der Magistrat will den Bautermin jedoch auf fünf Jahre hinausgeschoben wissen. Der von der Versammlung eingesetzte Ausschuß empfiehlt, den Termin auf den 1. Oktober 1900 festzusetzen. Genosse Masuch verlangt die Aufrechterhaltung des Vertrages und sofortige Ausführung der Linie, damit endlich einmal der nothwendige Verkehrsweg zwischen dem Friedenauer Ortstheil und dem Süden Berlins geschaffen werde. Nach langer Debatte gelangte der Ausschußantrag zur Annahme.

Gerichts-Zeitung.

Amtsvorsteher v. Oppen gegen Gastwirth Lindenhayn. „Für Lindenhayn und seine Genossen gebe ich überhaupt keine Tanzerlaubniß mehr, es geht Macht gegen Macht und ich will sehen, wer stärker ist, meine Gewalt oder die der Rothen. Die Sozialdemokraten können versichert sein, daß ihnen der Krieg in Grünau noch verschiedene tausend Mark kosten wird." Solche und ähnliche Aussprüche gebrauchte Herr v. Oppen gegen den Vorsitzenden eines Vergnügungsvereins, der bei ihm die Erlaubniß zu einer Tanzlustbarkeit nachgesucht hatte. Am Montag fanden vor dem Köpenicker Schöffengericht zwei Verhandlungen statt, die Herrn v. Oppen beweisen dürften, daß seine Macht doch keine unbeschränkte ist. — Der Wahlverein des dritten Berliner Reichstags-Wahlkreises unternahm am 31. Juli d. J. einen Familien-Ausflug nach dem Lokal des Gastwirths Lindenhayn in Grünau und hielt des Abends auch ein Kränzchen ab. Entree oder Tanzgeld wurde nicht erhoben, deshalb unterließ es auch das beauftragte Vorstandsmitglied, die polizeiliche Genehmigung bei dem zuständigen Amtsvorsteher v. Oppen nachzusuchen. Die Folge war ein Strafmandat über 15 M. für Lindenhayn; dieser beantragte richterliche Entscheidung. Während die als Zeugen vernommenen Parteigenossen Kräker, Mittag und König aussagten, daß nur Mitglieder des Vereins und deren Angehörige, sowie von diesen eingeführte Gäste Zutritt in den Saal gefunden hätten und daß die Thüren nach dem Garten verschlossen gehalten wurden, behauptete der Gendarm Hauschild, das Kränzchen sei eine öffentliche Tanzlustbarkeit gewesen, denn die Thüren nach dem Garten seien offen gewesen und er und der Amtsdiener hätten durch dieselbe Einlaß in den Saal gefunden. Die Entlastungszeugen und der Angeklagte selbst blieben indeß dabei, daß sie die beiden Beamten im Saal nicht gesehen hätten, sie aber unbedingt hätten sehen müssen, wenn die Aussage des Gendarmen Hauschild zuträfe. Unter diesen Umständen beantragte der Staatsanwalt selbst die Freisprechung, auf die der Gerichtshof auch erkannte. In der Begründung hieß es: Die als Zeugen vernommenen Vorstandsmitglieder des Vereins hätten sich korrekt benommen, da sie die Saalthüren verschlossen gehalten und über die Einlaßbegehrenden genügende Kontrolle geübt hätten; der Gendarm werde sich jedenfalls bei der großen Menge seiner Anzeigen gegen Lindenhayn im Datum irren.

Die zweite Verhandlung betraf die am Sonntag vorher, am 24. Juli, erfolgte Räumung und Schließung des Tanzsaales durch sieben Gendarmen unter Kommando des Köpenicker Oberwachtmeisters, worüber der „Vorwärts" seinerzeit berichtete. Der Oberwachtmeister sagte aus, daß er strengen Befehl hatte, jede Lustbarkeit an dem fraglichen Sonntag im Lindenhayn'schen Lokale zu verhindern. Diese Lustbarkeit bestand darin, daß ein Klavierarbeiter auf dem Piano spielte und drei bis fünf Paare tanzten. Nachdem dies untersagt worden war und man den Saal darauf nur zu Restaurationszwecken benutzt hatte, erblickte der Beamte in der Fortsetzung des Klavierspielens und dem Singen einiger Gäste ebenfalls eine Lustbarkeit und schritt zur zwangsweisen Räumung. Lisdenhayn erhielt trotz dieser Schädigung in seinem Gewerbe auch noch ein Strafmandat in Höhe von 30 M. Die Klavierarbeiter Wustrow, Orth und sieben weitere Zeugen schilderten den Vorgang wie vorstehend. Auch hier kam das Gericht nach glänzender Vertheidigung durch Rechtsanwalt Schulz-Köpenick zur Freisprechung. In dem gelegentlichen Tanzen einiger Paare ohne Erhebung von Tanzgeld

---

bringen, sondern auch, um Ihnen im Namen der Nationalversammlung Aufklärung zu geben über die Lage des Landes. Wollen Eure Majestät uns dazu Gehör geben?" Der König antwortete mit einem strengen und entschiedenen „Nein!" und wandte sich zum Gehen. Jacoby aber rief ihm die berühmt gewordenen Worte nach: „Das ist eben das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen!" Diese freimüthigen Worte trugen dem kühnen Abgeordneten ebenso viel Anfeindungen, wie aus den demokratischen Volkskreisen Verehrung ein. Von den Demokraten wurde ihm ein Fackelzug dargebracht. Später trat Jacoby bekanntlich zur Sozialdemokratie über.

Den Leisetretern in der Deputation hatten freilich die deutlichen Worte Jacoby's helles Entsetzes erregt. Man bestürmte die Umgebung des Königs, diesen zu bitten, er möchte die Worte eines einzelnen Abgeordneten und die Worte der Adresse auseinanderhalten. Der König war denn auch so gnädig, der Nationalversammlung auf ihre Adresse noch einen gnädigen Fußtritt zu verabfolgen. Er richtete eine Botschaft an die Volksvertretung, in der er erklärte, auf seinem Willen beharren zu wollen. Die Botschaft lautete:

„Fest entschlossen, den von uns in Uebereinstimmung mit den Wünschen unseres getreuen Volkes betretenen konstitutionellen Weg unverrückt zu verfolgen, haben wir den Generallieutenant Grafen von Brandenburg mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt, weil wir, nach seinen uns bekannten Gesinnungen, überzeugt sind, daß er der festen Begründung und gedeihlichen Entwickelung der konstitutionellen Freiheiten mit Freudigkeit seine Kräfte widmen und sich bemühen werde, die ihm von uns gestellte Aufgabe in entsprechender Weise zu lösen. Einem anderen Ministerium als einem solchen, von welchem wir dies erwarten können, werden wir — davon dürfen die Vertreter unseres getreuen Volkes sich überzeugt halten — niemals die Leitung der Regierung anvertrauen. Wir können uns daher weder durch die in der Adresse vom gestrigen Tage ohne nähere Begründung angedeuteten Gerüchte, die in keiner Handlung unserer Regierung Bestätigung finden, noch durch die ausgesprochenen Besorgnisse bewogen finden, den infolge unserer wohlerwogenen Entschließung dem Grafen von Brandenburg ertheilten Auftrag zurückzunehmen."

Dabei blieb es. Eine Woche später trat das Staatsstreich-Ministerium vor die Volksvertretung. Und binnen wenigen Tagen war der Staatsstreich komplett. Die preußische „Nationalversammlung zur Vereinbarung einer Verfassung" wurde auseinander gesprengt, und das Volk war auch in Berlin um die Früchte der Revolution betrogen.

M. Pf.

könne eine öffentliche Tanzlustbarkeit, zu der es der polizeilichen Erlaubniß bedürfe, nicht erblickt werden. — Die Kosten beider Prozesse wurden der Staatskasse auferlegt; leider vergaß der Vertheidiger zu beantragen, dem Angeklagten die nothwendigen baaren Auslagen zurückzuerstatten.

Da in einigen Tagen noch weitere derartige Prozesse gegen Lindenhayn anstehen, so ist wohl anzunehmen, daß das Gericht dem allzu eifrigen Gendarm, sowie dem Amtsvorsteher zu Gemüthe führen wird, mit solch' haltlosen Anzeigen im Interesse der Steuerzahler vorsichtiger zu sein.

Ein Versehen in einem Drogengeschäft hat eine Anklage wegen Meineides zur Folge gehabt, welche gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I gegen die Handlungsgehilfen Hans Dornbusch und Franz Rohde verhandelt wurde. Im Oktober v. J. ließ der Hutmacher K. in dem W.'schen Drogengeschäft Salmiakgeist zu gewerblichen Zwecken holen. Der Verkäufer, der Angekl. Dornbusch, vergriff sich und verabfolgte Oleum anstatt Salmiakgeist. K. benutzte die Flüssigkeit und verdarb dadurch einen Theil seines Materials. Er begab sich ins W.'sche Geschäft, stellte den Verkäufer zur Rede und erklärte, daß er den Inhaber des Geschäfts für den Schaden ersatzpflichtig machen werde, der durch das Versehen seines Personals entstanden sei. Dornbusch nahm die von K. mitgebrachte Flasche in die Hand, roch daran, als wolle er sich davon überzeugen, ob die Beschwerde begründet sei, goß dann den Inhalt der Flasche trotz des Einspruchs des Beschwerdeführers schnell aus und ersetzte ihn durch Salmiakgeist. K. wurde gegen den Geschäftsinhaber klagbar. Als Dornbusch von seinem Chef zur Rede gestellt wurde, behauptete er, daß er Salmiakgeist, wie verlangt, verabfolgt habe. Bei seiner richterlichen Vernehmung beschwor er auch, daß dies der Fall gewesen sei und daß die zurückgebrachte Flasche auch nach Salmiakgeist gerochen habe. Er berief sich hierüber auf das Zeugniß seines Kollegen Rohde. Dieser erklärte unter seinem Eide, daß er zwar zugegen gewesen sei, als K. die Flasche zurückbrachte, aber von der Verhandlung zwischen ihm und Dornbusch wisse er nichts, da er nicht Acht darauf gegeben habe. Es stellte sich heraus, daß Rohde zu damaliger Zeit bereits aus dem W.'schen Geschäft ausgetreten war, seine Aussage konnte also der Wahrheit nicht entsprechen. Während der Staatsanwalt darlegte, daß beide Angeklagte sich des wissentlichen Meineides schuldig gemacht hätten, führte der Vertheidiger des Angekl. Dornbusch aus, daß diesem der Milderungsgrund zur Seite stehe, daß er sich bei Angabe der Wahrheit einer Verfolgung wegen Sachbeschädigung ausgesetzt haben würde und der Vertheidiger Rohde's suchte nachzuweisen, daß dieser augenscheinlich zwei verschiedene Vorgänge mit einander verwechsele, woraus man ihm den Vorwurf der Fahrlässigkeit nicht machen könne. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten Dornbusch nach Maßgabe der Vertheidigung schuldig, den Angeklagten Rohde nichtschuldig, worauf der erstere zu neun Monaten Gefängniß verurtheilt, der Angeklagte Rohde freigesprochen wurde.

Der Handel mit Lotterieloosen oder mit Bezugs- und Antheilscheinen auf solche Loose kann nach der Novelle zur Gewerbe-Ordnung vom 6. August 1896 solchen Personen untersagt werden, die sich mit bezug auf diesen Gewerbebetrieb als unzuverlässig erweisen. Das Ober-Verwaltungsgericht hatte dieser Tage die neue Bestimmung zum ersten Male anzuwenden. Auf die Klage des Polizeipräsidenten untersagte vor einiger Zeit der Bezirksausschuß einem hiesigen Loosehändler den weiteren Vertrieb von Lotterieloosen. Die hierzu erforderliche Unzuverlässigkeit fand das Bezirksgericht darin, daß der Händler, der schon vor dem Jahre 1896 mehrmals wegen Handels mit außerpreußischen Loosen verurtheilt war, nach dem Inkrafttreten der Novelle vom August 1896 wegen desselben Delikttes wieder zweimal bestraft worden ist. Der Beklagte legte Berufung ein und sein Vertreter machte vor dem dritten Senat des Ober-Verwaltungsgerichts geltend, der in Frage kommende § 35 Absatz 2 der Gewerbe-Ordnung sei unrichtig angewendet worden. Der verbotene Handel mit Loosen auswärtiger Lotterien gehöre nicht zu den Thatsachen, die eine Unzuverlässigkeit des Händlers mit bezug auf seinen Gewerbebetrieb darthue. Mit einer derartigen Unzuverlässigkeit könne hier nur gemeint sein, daß die Kunden des Loosehändlers zu befürchten hätten, um das Kaufgeld oder um ihre Gewinnste betrogen zu werden. Eine solche Befürchtung lege aber der Handel mit auswärtigen Loosen nicht nahe, wenn er auch strafbar sei. Das Ober-Verwaltungsgericht wies jedoch die Berufung mit der Begründung zurück, daß der Loosehändler, der den Handel mit auswärtigen Loosen betreibe, unzuverlässig im Sinne des § 35 der Gewerbe-Ordnung erscheine.

Eine Verhandlung wegen Doppelehe, welche gestern vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I stattfand, bereitete deshalb besondere thatsächliche und rechtliche Schwierigkeiten, weil der angeklagte Ehemann, der Schneider Christian Zühlsdorf, taubstumm war. Seine mitangeklagte Ehefrau war dagegen gesund. Zühlsdorf ist, obgleich erst 32 Jahre alt, am 3. März d. J. die dritte Ehe eingegangen. Seine erste Ehe ist geschieden, von der zweiten Frau lebte er getrennt. Er wohnte damals in Hamburg. Im vorigen Jahre siedelte Zühlsdorf nach Berlin über. Er lernte hier die unverehelichte Marie Müller kennen, trat zu ihr in Beziehungen, die nicht ohne Folgen blieben und ließ sich auf ihr Drängen im März d. J. mit ihr standesamtlich trauen. Allerdings hatte Zühlsdorf den Ehescheidungsprozeß gegen seine zweite Frau damals eingeleitet, eine rechtskräftige Scheidung war aber noch nicht erfolgt. Die mitangeklagte Ehefrau war von den Verhältnissen unterrichtet. Der Staatsanwalt hielt beide Angeklagte für überführt, er beantragte eine Gefängnißstrafe von je sechs Monaten. Der Vertheidiger erhob Bedenken dagegen, daß die gesetzlichen Formen auf dem Standesamt gewahrt seien, es sei kein Dolmetscher zu dem Akt geladen und deshalb sei es fraglich, ob der taubstumme Angeklagte die von dem Standesbeamten an ihn gerichteten Fragen verstanden habe. Der Gerichtshof kam zu der Ueberzeugung, daß beide Angeklagte recht gut wußten, warum es sich auf dem Standesamte handelte. Das Urtheil lautete dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf je sechs Monate Gefängniß.

Ein Wirthshausstreit hat für den Urheber, den Arbeiter Lukas, den Verlust eines Auges zur Folge gehabt. Lukas befand sich an einem August-Abende dieses Jahres in einer Restauration in der Hirtenstraße. Der Buchhalter Wegener, welcher auch das Lokal besuchte, wurde ohne irgend welche Veranlassung von Lukas gehänselt und beleidigt und mußte besonders verletzende Aeußerungen über seinen feinen Anzug und sein Auftreten über sich ergehen lassen. Vergebens bat Wegener, man möge ihn in Ruhe lassen, er thue ja doch niemandem etwas. Lukas ging zu Thätlichkeiten über und auch einige Püffe und Stöße ließ Wegner sich gefallen, ohne sich zu wehren. Schließlich riß ihm die Geduld, er versetzte seinem Angreifer einen Schlag mit der Krücke seines Stockes ins Gesicht. Der Getroffene rief „Mein Auge! Mein Auge!" Der Schlag hatte sein linkes Auge getroffen und dasselbe so verletzt, daß es hat herausgenommen werden müssen, um das andere Auge zu retten. Wegener hatte sich gestern wegen schwerer Körperverletzung vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Er erklärte, daß er von dem Zeugen Lukas dermaßen bedrängt worden sei, daß er sich im Zustande der Nothwehr befunden habe. Er wisse nicht einmal, ob er den unglücklichen Schlag vorsätzlich oder fahrlässig geführt habe. Die Zeugen bekundeten, daß Lukas den Stock des Angeklagten ergriff, als dieser ihn zum Schlage erhob, beide hätten um den Stock gerungen und dabei sei wahrscheinlich die Spitze desselben dem Lukas ins Auge gefahren. Der Gerichtshof hielt unter diesen Umständen die Sache nicht für genügend aufgeklärt und sprach deshalb den Angeklagten frei.

Ueber die Verurtheilung eines Staatsanwalts in München wegen Sittenvergehens wird in der „Münchener Post" noch vom 31. Oktober berichtet: Der 35 Jahre alte verheirathete königliche 2. Staatsanwalt Max Alexander Schulz von Duisburg hatte sich heute Vormittag am Landgericht München I wegen eines am 4. August abends gegen zehn Uhr im Hofbräuhause an dem Soldaten des zweiten schweren Reiter-Regiments Franz Haupt begangenen Vergehens wider die Sittlichkeit zu verantworten. Die Anklage vertritt der 1. Staatsanwalt Müller, die Vertheidigung lag in den Händen des Justizraths Wimmer. Der Angeklagte, der wegen weiter Entfernung vom persönlicher Erscheinen entbunden war, erklärte in der Voruntersuchung, daß er keinerlei Erinnerungen an den Vorfall habe und daß er damals durch einen ungewöhnlichen Biergenuß in einem derartigen Zustand gewesen sei, daß ihm das Bewußtsein fehlte. — Die Zeugen Geschäftsführer Wittmann und Kolporteur Gerstmaier wollen dagegen von einer Trunkenheit nichts wahrgenommen haben. Der Staatsanwalt beantragte für seinen Kollegen 1 Monat Gefängniß. Das Urtheil lautet auf 50 M. ev. 10 Tage Gefängniß.

Konfektionsarbeiter-Verordnung und Zuschneiderinnen. Der Konfektionär Guttfeld beschäftigte in seinem Geschäftslokal, Brückenstraße 5, eines Sonnabends noch nach 5½ Uhr abends mehrere Mädchen mit Zuschneiden. Er erhielt deshalb eine Anklage wegen Vergehens gegen den § 4 der Verordnung vom 31. Mai 1897, durch welche die Schutzbestimmungen des § 137 der Gewerbe-Ordnung auf Betriebe ausgedehnt worden sind, in denen Frauen und Kinder Kleider im Großen anfertigen. Schöffengericht und Landgericht verurtheilten G. zu Geldstrafen. Der Verurtheilte legte Revision ein und machte folgendes geltend. Der § 4 der Verordnung des Bundesraths vom 31. Mai 1897 sei im vorliegenden Falle überhaupt nicht anzuwenden. Die in betracht kommenden Mädchen hätten ja nur zugeschnitten, und im übrigen würden die zugeschnittenen Kleidungsstücke gar nicht im Geschäft hergestellt, sondern an Arbeiter und Arbeiterinnen außer dem Hause vergeben. Das Kammergericht verwarf jedoch die Revision als unbegründet und führte aus, daß § 4 der angezogenen Verordnung und § 137 der Gewerbe-Ordnung zutreffend angewendet worden seien. Der Angeklagte betreibe die Anfertigung von Kleidern im großen, und zu der Anfertigung im Sinne des § 4 gehöre auch das Zuschneiden.

Versammlungen.

Aerztinnen in Theorie und Praxis. Ueber dies Thema hielt Fräulein Dr. jur. Anita Augspurg am Montag im Verein Frauenbildung-Frauenstudium einen Vortrag, dem folgender Gedankengang zu grunde lag: Nachdem sich neuerdings selbst Vertreter hoher Reichs- und Staatsbehörden für die Nothwendigkeit der Zulassung von Frauen zum Studium der Medizin ausgesprochen haben, dürfe eine gesetzliche Regelung dieser Angelegenheit zu erwarten sein. Gegenwärtig herrsche allerdings noch der beklagenswerthe Zustand, daß Aerztinnen, obwohl sie wissenschaftliche Befähigung erworben haben, in Deutschland nicht approbirt werden, weil es ihnen — da keine deutsche Universität Frauen zum medizinischen Studium zuläßt — nicht möglich ist, den Nachweis zu führen, daß sie an einer deutschen Universität immatrikulirt waren. Die Aerztinnen könnten also, trotz wissenschaftlicher Befähigung, gewisse Funktionen amtlichen Charakters, die nur den approbirten Aerzten zustehen, nicht ausüben. Unter anderm dürfen sie auch nicht bei den Orts-Krankenkassen angestellt werden. In Barmen und Remscheid, wo die Ortskassen Aerztinnen angestellt hatten, habe die Behörde die Anstellung untersagt, während eine gleichfalls angefochtene Anstellung in München noch der Erledigung harre. Die zahlreichen weiblichen Mitglieder der Ortskassen wären also der Möglichkeit beraubt, sich durch Aerztinnen behandeln zu lassen. Im Rahmen der heutigen Gesetze sei indeß ein Weg vorhanden, auf dem hierin Abhilfe geschaffen werden könne. Nach § 29 der Gewerbe-Ordnung könne der Kultusminister jemanden von der vorgeschriebenen staatlichen Prüfung dispensiren, wenn derselbe ein Attest einer städtischen oder staatlichen Behörde beibringt, daß er eine Anstellung erhalten solle, und wenn der Bewerber außerdem den Nachweis wissenschaftlich erprobter Leistungen beibringt. Diesen Nachweis könnten die im Auslande geprüften Aerztinnen durch ihre Diplome führen, und die erstere Bedingung werde erfüllt durch Einreichung eines Attestes der Orts-Krankenkasse, daß sie die Aerztin anstellen wolle. Daß die Prüfungsbehörde die Diplome der Universität Zürich nicht als Nachweis wissenschaftlich erprobter Leistungen ansehen würde, sei nicht anzunehmen. Auf diese Weise würden also die Aerztinnen zur Anstellung bei den Ortskassen gelangen können und gleichzeitig zur Ausübung derjenigen Funktionen berechtigt sein, die den approbirten Aerzten zustehen, falls der Kultusminister den bezeichneten Dispens ertheilt. — Zu der in Aussicht gestellten Hinzuziehung weiblicher ärztlicher Gehilfinnen bei den Untersuchungen von der Prostitution verdächtigen Personen äußerte sich Frl. Augspurg dahin, sie könne den Aerztinnen nicht rathen, eine solche Hilfeleistung zu übernehmen, denn die polizeiliche Ueberwachung der Prostitution sei eine Einrichtung, die gänzlich verschwinden müsse, und deren Existenz man nicht durch Verbesserungen, wie die Zuhilfenahme von Aerztinnen zweifellos eine sei, verlängern dürfe. Gegen die Mitwirkung weiblicher Aerzte bei der Sittenpolizei spreche auch ein Gefühlsgrund, nämlich der: eine Frau dürfe sich nicht dazu hergeben, durch ihre Theilnahme an der behördlichen Beaufsichtigung der Prostitution dies Laster sanktioniren zu helfen. — In der Diskussion vertrat Frl. Dr. med. Hacker die Ansicht, man dürfe die Sittenpolizei trotz ihrer gelegentlichen Mißgriffe nicht ohne weiteres verwerfen. Ohne auf die Frage der Berechtigung oder Nichtberechtigung dieses Instituts einzugehen, müsse doch die Mitwirkung von Aerztinnen an demselben als Erfüllung einer humanen Pflicht bezeichnet werden. Demgegenüber betonte Fräulein Augspurg ihren Standpunkt nochmals, indem sie ausführte: Hätten wir in Berlin statt des einen Falles Köppen deren sechs gehabt, so wäre die Sittenpolizei jedenfalls schon beseitigt worden. Durch die weibliche Mithilfe werde diese Institution auf Jahrzehnte hinaus verlängert, darum sei die geplante Verbesserung abzulehnen und zu verdammen.

Charlottenburg. Laut Beschluß der letzten Generalversammlung des Wahlvereins wird das Protokoll vom Stuttgarter Parteitage allen Mitgliedern, die mit ihren Beiträgen nicht im Rückstande sind, gratis verabfolgt. Dementsprechend geben wir bekannt, daß dasselbe von heute ab in den bekannten Zahlstellen gegen Vorzeigung des Quittungsbuches in Empfang genommen werden kann.

Der Vorstand.

Tempelhof. Am 25. Oktober tagte hier die Generalversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins. Aus dem Geschäftsbericht des Vereins geht hervor, daß im verflossenen Vierteljahr 4 Versammlungen stattfanden. Der Verein zählt zur Zeit 107 Mitglieder. Der Kassirer hatte inkl. eines Bestandes eine Einnahme von 122,35 M. und eine Ausgabe von 81,35 M. zu verzeichnen. In den Vorstand wurden gewählt: Müller zum Vorsitzender, Kleindienst zum Schriftführer, Kersten zum Kassirer, Grimm, Schüttekop und Biersack zu Revisoren. Außerdem werden neun Beitragssammler ernannt. Nach Erledigung dieser Wahlen beschäftigte sich die Versammlung mit Gemeinde-Angelegenheiten.

In Friedrichsfelde tagte am 23. v. M. die Generalversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins. Auf der Tagesordnung stand der Bericht des Vorstandes und Kassirers. Der Kassenbericht ergab eine Einnahme von 61,72 M. und eine Ausgabe von 41,75 M., mithin einen Bestand von 19,97 M. Bei der hierauf vollzogenen Vorstandswahl wurde Werner zum Vorsitzenden, Kaul zum Schriftführer, Dänicke zum Kassirer, Brunk, Seeger und Tyrakowsky zu Revisoren gewählt. Sodann beschloß man, den Verein Sozialdemokratischer Wahlverein für Friedrichsfelde und Umgebung zu nennen und wurden die Statuten dementsprechend umgeändert.

Schmargendorf. Am 20. Oktober fand hier eine gut besuchte Parteiversammlung statt, in der Köster-Schöneberg Bericht über die Verhandlungen des Parteitages erstattete. Die Ausführungen des Redners fanden allgemeine Zustimmung. Nachdem der Vertrauensmann Luh einen kurzen Ueberblick über die Abrechnung vom vergangenen Geschäftsjahre gegeben hatte, wurde demselben Decharge ertheilt und Luh als Vertrauensmann wiedergewählt. Außerdem wurden Beese und Seeger zu Revisoren und Ott und Reincke zu Mitgliedern der Lokalkommission gewählt. Zu Vertretern auf der Kreiskonferenz wurden Peters, Luh und Ott gewählt.

Eingelaufene Druckschriften.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 6. Heft des 17. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Ueber Militärkrisen. — Die politische Rolle der italienischen Bourgeoisie. Von Oda Olberg. — Neuere Untersuchungen über die Lage der deutschen Konfektionsarbeiter. Besprochen von Johannes Timm. — § 175. Von Dr. R. Jonas. — Die erwerbsmäßige Kinderarbeit und die Schule. Eine sozialpädagogische Studie von Karl Strunz. (Schluß.) — Notizen: Die deutsche Bierbrauerei in den letzten zwei Jahrzehnten. — Feuilleton: Eine Unzivilisirte. Erzählt aus dem russischen Leben von Olga Kobylanska. (Fortsetzung.)

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstags, Donnerstags und Freitags abends von 7½ bis 8½ Uhr abgehalten.

F. R. Zentral-Verband für Arbeits-Nachweis An der Stadtbahn, Bogen 104.

Laubenbesitzer. Nicht übermittelt durch Rueß, wie in Nr. 256 des „Vorwärts" angegeben, sondern durch Rueß.

Memelerstraße. Wenden Sie sich an den Vorsteher oder irgend einen andern Beamten einer hiesigen Fernsprech-Stelle.

Witterungsübersicht vom 1. November 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	759	SW	2	hlb. bed.	6	Haparanda	—	—	—	—	—
Hamburg	760	WSW	2	bedeckt	9	Petersburg	755	SW	1	hlb. bed.	8
Berlin	760	SW	1	bedeckt	9	Cork	760	W	2	hlb. bed.	8
Wiesbaden	760	SW	1	bedeckt	9	Aberdeen	754	SW	3	hlb. bed.	4
München	759	O	1	Regen	8	Paris	762	SSO	1	heiter	4
Wien	—	—	—	—	—						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 2. November 1898.

Etwas kühler, vorwiegend nebelig oder wolkig bei schwachen nordwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Dr. Thompson's Seifenpulver
ist das beste 33/13*
und im Gebrauch billigste und bequemste
Waschmittel der Welt.

Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends:
Verkauf frisch gek. schw. perls. und finn. Fleisches.
Rindfleisch . . . . pro Pfd. von 30 Pf an,
Schweinefleisch . . . . 40 Pf. [6131L*
Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof

Gustav Ehrlich
Buchdruckerei,
Berlin SW., Zimmerstraße 18,
Hof parterre,
liefert sämmtliche Drucksachen für Vereine, schnell u. preiswerth. Zeitschriften, Broschüren und Flugblätter äußerst billig. 36/5

Speisehaus
Rungestraße 19, parterre.
Kräftiger Mittagstisch m. Bier 0,50.
Reichhaltige Abendkarte zu kleinen Preisen.

Dr. Simmel **Moritzplatz,** (Haus v. Aschinger 2 Treppen rechts.
Spezialarzt f. Haut- u. Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4

Theilzahlung, monatlich 10 M., liefert elegante **Herren-Garderobe** nach Maaß, Anzüge von 28—40 M. nur gegen baar, tadelloser Sitz. Fertige Garderobe wird zum Selbstkostenpreis vollständig ausverkauft. *
Tomporowski, Schneidermstr., Stralauerstr. 56, Laden.

Steppdecken
kauft man am besten und billigsten
nur direkt in der Fabrik
B. Strohmandel, Berlin S.,
72, Wall-Strasse 72,
wo auch alte Decken aufgearbeitet werden. 6182B*

Hoffmann-Pianos
neukreuzig, Eisenbau, mit gezogt. Tonfülle, in Schwarz ab Mk. 5, lief. a. Fabrikpr. unt. 10jähr. Garantie, gegen Theilz. mit Mk. 20 ohne Preiserh. nach auswärts frk., Probe (Reisekosten u. Katal. gratis)
Berlin SW. 19, Leipzigerstr. 50.

Stenographie.
Am Donnerstag, den 3. November, abends 9 Uhr, beginnt im Restaurant **Kube,** Alte Jakobstr. 38, ein **unentgeltlicher** Lehrgang in der ganz vereinfachten Arends'schen Volkskurzschrift, wozu Damen, Herren und Schüler freundlichst einladet 2006b
Der Vorstand.

Töpfer! Sandsteinrutscher bei Gastwirth **Domschke, Schöneberg,** 9615 Kolonnenstr. 53.

Luisenstädtisches Klubhaus,
Annenstrasse 16.
Vollst. renovirte Säle u. Vereinszimmer. **Sonnabende** 19. u. 26. Nov., 3., 10. u. 17. Dez., 1. u. 3. Weihn., Feiertag, 7., 14. u. 21. Jan., 4. u. 25. Febr., 4., 11., 18. u. 25. März noch frei. 1986b

Möbel
und Wohnungs-Einrichtungen
zu Fabrik-Preisen.
Bukow, Invalidenstr. 13.
Tischlermeister,
Lager: Parterre u. I. Etage. *

Möbl. Schlafst. f. H., Pr. 7 M., sof. Naunynstr. 83, v. 1 Tr. r. 1876b

Schlafstelle f. Herrn zu vermiethen Grünauerstr. 36, H. 3 Tr. b. Spranger.

Eine möbl. Stube f. 1 od. 2 H. bei Ronke, Wienerstraße 21, v. 4 Tr.

Arbeitsmarkt.

Achtung, Holzarbeiter!
Bei der Firma
Fork, Kretzschmar & Co.
Barnimstr. 13,
(Magazin Jannowitzbrücke), haben sämmtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.
Zuzug fernhalten!
108 **Die Ortsverwaltung.**

Hohen Nebenverdienst!
ohne Risiko u. Einsatz, können sich reelle Genoss., besond. Parteikolp., allerorts d. Verk. ein. leicht absetzb. u. empfw. Artik. sich. Off. u. **L. R. 5528 Rudolf Mosse, Leipzig.** 36/8*

Goldleisten.
Tüchtige Packer verlangt
2005b **Kottbuserdamm 100.**

Tüchtiger Farbigmacher, der mit Plattarbeit gut vertraut ist, zwei selbständige Firmisser für Stipse u. Barockleisten für sofort nach Hamburg gesucht.
Offerten unt. K. 7 Exp. d. Bl. [1989b

Reinemachefrau verlangt 2002b
Sommer, Frankfurter Chaussee 25.

Werkzeug-Schlosser, sehr eingearbeitet auf Schnitte u. Stanzen u. die bereits längere Zeit in der Metallknopf-Branche — Mechaniques — gearbeitet haben, finden sofort bei hohem Lohn dauernde Beschäftigung. [1998b
Paul Hübner, Metallknopf-Fabrik, Markusstr. 5.

Marmorschleifer verlangt **Prieß,** Gr. Frankfurterstr. 125. 1994b

Ein Grundirer, der auch mit dem Kasten grundiren kann, findet gegen hohen Lohn dauernde Beschäftigung. **Goldleisten-Fabrik,** Alexandrinenstr. 25. 1991b

Knabenblusen-Arbeiterinnen
finden gegen Vorzeigung von Probe-Arbeit Beschäftigung. 1990b
Löb & Oertelt, Mohrenstr. 42.

Geübte
Zigaretten-Arbeiterinnen
nach Hannover gesucht bei gutem Lohn und dauernder Arbeit. 1993b
Reisespesen werden vergütet.
Näheres bei **Popatisch,** Seydelstraße 17, Zigarettenfabrik.

Blusenhemden-Sämmchen-Arbeiterinnen beschäftigt dauernd u. lohnend **Kletz,** Linienstr. 142—143. 1992b

Mittwoch, Donnerstag, Freitag

Damen-Handschuhe.

Glacé, farbig, 4 Knopf 1.10 Mk.

Ringwood, schottisches Muster 38 Pf. | Glacé, silbergrau m. schwarzer Raupe, 4 Knopf 1.20 Mk.

Wollwaren.

Damen-Strümpfe, Halbwolle gestrickt, schwarz 70 Pf. reine Wolle gewebt, engl. Länge 95 Pf.

Kinder-Strümpfe, reine Wolle, schwarz,

für ca.	1–2	2–3	3–4	4–5	5–6	6–7	7–9	9–11	11–13	13–15 Jahre
	45	55	65	75	85	95 Pf.	1	1.10	1.20	1.30 Mk.

Damen-Röcke, gestrickt, Vigogne, gestreift 1 Mk.

Velour-Echarpes 2.95 u. 4.50 Mk.

Grosse Umschlagetücher mode und grau 3.90, schwere Qualität 5.50 Mk

Damen-Hausschuhe.

Filz-Pantoffel 85 Pf.

Filz-Schuhe, mit Filz-Sohlen 1 u. 1.20 Mk.

Filz-Schuhe mit Filz- u. Ledersohlen 1.60 u. 2 Mk.

Lasting-Steppschuhe 1.65 Mk.

Herren-Filz-Comtoirschuhe 2.15 Mk.

Haus- und Tischwäsche.

Staubtücher Dtz. 1.60 Mk.

Wischtücher Dtz. 2.45 Mk.

Küchenhandtücher Dtz. 3.25, 4, 5.50

Tischtücher 2.90 u. 3.50 Mk.

Servietten Dtz. 3.60 u. 7.50 Mk.

Stuben-Handtücher Dtz. 4.75 u. 5.50 Mk.

Taschentücher, Linon mit bunter Kante, gesäumt Dtz. 2.20 Mk., Reinleinen, weiss, gesäumt Dtz. 4 u. 4.60 Mk.

Herren-Garderobe.

Loden-Joppen, gefüttert 7.50 u. 11 Mk.

Beinkleider, grau gestreift 4 Mk.

Winter-Paletots, blau oder braun Eskimo 27 Mk.

Jackett-Anzüge, blau oder schwarz Cheviot 27 Mk.

Knaben-Garderobe.

jede Grösse

Jacken-Anzüge, dunkelblau, für ca. 3–8 Jahre 4 Mk.

Joppen-Anzüge, m. Falten, Lodenstoff, für ca. 3–8 Jahre 4.50 Mk.

Loden-Joppen, gefüttert, für ca. 7–13 Jahre 4.50 Mk.

Pelerinen-Mäntel Lodenstoff, gefüttert

für ca.	2–3	3–4	4–5	5–6	6–7	7–8 Jahre
	4.50	5	5.50	6	6.50	7 Mk.

Jacken-Anzüge, dunkelblau Cheviot mit Ueberkragen u. weisser Weste

6 6.50 7 7.50 8 8.50 Mk.

Buckskin-Reste zu Ausnahme-Preisen.

Warenhaus A. Wertheim

Berlin, Leipzigerstr. 132|33 Versand-Abteilung. Winter-Preisliste kostenfrei. • Rosenthalerstr. 27, 28, 29 und vis à vis 54|55 Confections-Haus. • Oranienstr. 53|54

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Vierter Bayerischer Parteitag.

Würzburg, 30. Oktober.

Erster Verhandlungstag. (Fortsetzung.)

In der Nachmittagssitzung giebt zunächst die Mandatsprüfungs-Kommission ihren Bericht. Es sind 49 Orte durch 75 Delegirte vertreten, außerdem sind anwesend die Mitglieder der Landtagsfraktion, mit Ausnahme Löwenstein's, der zur Zeit eine Gefängnißstrafe verbüßt; der Agitationsverein für Nordbayern ist durch Oertel vertreten.

Es wird sodann die Diskussion über den ersten Punkt der Tagesordnung: a) Bericht der Landtags-Abgeordneten, b) die nächsten Landtagswahlen, eröffnet.

Raith-München wünscht, daß im Landtage die Forderung auf Verbesserung der Baukontrolle immer wiederholt werde, bis man endlich Gehör finde.

Scherm bemerkt dem gegenüber, man dürfe sich nicht übertriebene Hoffnungen machen, daß die Sache noch in der bevorstehenden Nachsession des Landtages eingebracht werden könne; man solle den Antrag der Fraktion zur Würdigung überweisen und ihr freistellen, handelnd aufzutreten, sobald sie den Zeitpunkt für geeignet hält. Der Parteitag stimmt dem zu.

Ueber einen Antrag Münchens, bis spätestens 1. Februar eine Broschüre herauszugeben, worin die Thätigkeit der Fraktion in leicht faßlicher Weise dargestellt, sowie eine Kritik der gegnerischen Parteien und ein Abriß der Geschichte des Landtags, ferner das Landtagswahlgesetz mit den nothwendigen Erläuterungen abgedruckt ist, entspinnt sich eine lebhafte Debatte. Es wird gewünscht, daß die erwähnte Broschüre eine Art Handbuch für die agitatorisch thätigen Genossen werden solle und daß sie noch für die Agitation zu den nächsten Landtagswahlen verwendet werden könne, weshalb der Termin des Erscheinens auf 1. Februar festgesetzt werden müsse.

Vollmar bemerkt, daß die Parteileitung schon etwas Derartiges beschlossen habe. Redner glaubt aber nicht, daß der gewünschte Termin eingehalten werden könne. Er bitte daher, der Parteileitung vollständig freie Hand zu lassen; man werde alles thun, was möglich ist, um die Broschüre vielleicht im März erscheinen zu lassen. Für die Wahlagitation werde demnächst ohnehin ein Flugblatt veröffentlicht werden. Dieser Anregung wird stattgegeben.

Roßkopf-Nürnberg begründet eine Beschwerde der Eisenbahn- und Werkstätten-Arbeiter betreffs der Handhabung des § 24 ihres Krankenkassen-Statuts, wonach ihnen, wenn sie sich in Zuschußkassen aufnehmen lassen, das von ihrer Betriebs-Krankenkasse festgesetzte Krankengeld gekürzt oder abgezogen wird. Er bittet, die Sache bei Berathung des Eisenbahn-Etats zur Sprache zu bringen.

Im weiteren Verlaufe der Diskussion wird von verschiedenen Rednern angefragt, warum die Fraktion für die Einführung der Besitzveränderungs-Gebühr gestimmt habe, die sie für eine indirekte Steuer halten, die die Steigerung der Wohnungspreise zur Folge habe, da die Hausbesitzer die Steuer auf die Miether abwälzten.

Ehrhart und Vollmar vertheidigen den Standpunkt der Fraktion, ebenso eine Anzahl anderer Redner; die Steuer sei keine indirekte, und die Befürchtung, daß sie auf die kleinen Leute abgewälzt werde, könne man schließlich bezüglich jeder Steuer hegen. Vollmar bemerkt, die kommunalen Auflagen auf Lebensmittel träfen die kleinen Leute viel empfindlicher, deshalb erstrebten wir ihre Abschaffung. Man müsse hierfür aber der überlasteten Gemeinde ein Aequivalent bieten.

Nach längerer Debatte wird eine Resolution angenommen, worin der Parteitag der Landtagsfraktion sein Einverständniß mit ihrer parlamentarischen Thätigkeit und volle Anerkennung ausspricht. Ferner wird verlangt, daß baldmöglichst in die Agitation für die Landtagswahlen eingetreten werde; die nichtbayerischen Genossen werden aufgefordert, sich durch Erwerbung der bayerischen Staatsangehörigkeit das Wahlrecht zu sichern.

Ueber den 2. Punkt: Bericht der Parteileitung, referirt Scherm: Er giebt in kurzen Zügen ein Bild der Thätigkeit der Parteileitung, die nur im Zusammenhange mit der Thätigkeit der Fraktion betrachtet werden könne.

In der Diskussion werden von ländlichen Orten verschiedene Klagen laut, daß sie aus den Parteizentren zu wenig rednerische Kräfte erhielten. Es wird ihnen erwidert, die Parteigenossen in den einzelnen Orten sollten sich mehr auf eigene Füße stellen und nicht immer nach fremder Hilfe verlangen; bei den Wahlen hätten die Redner in den großen Parteiorten so viel zu thun, daß sie nicht allen Anforderungen gerecht werden könnten. Auch sei es falsch, zu vermeinen, irgend ein bekannter Redner könne viel ausrichten.

Die Sitzung wird um 6 Uhr geschlossen. Abends folgen die Delegirten der Einladung der Würzburger Genossen zu einer Festlichkeit in der Schrannenhalle.

Zweiter Verhandlungstag.

Es folgt die Berathung des von der Parteileitung ausgearbeiteten Organisations-Entwurfs. Dieser Entwurf ist dem abgeänderten Vereinsgesetz angepaßt, das jetzt das Inverbindungtreten politischer Vereine gestattet. Zu dem Entwurfe liegen zahlreiche Anträge vor, auch während der Diskussion laufen noch viele Anträge ein. Das einleitende Referat hält Segitz, der den Entwurf zur Annahme empfiehlt. Die neue Organisation soll nach dem Prinzip der Gauverbände erfolgen, deren drei vorgesehen sind: einer für Oberbayern, Niederbayern und Schwaben mit dem Sitz in München, einer für die drei Franken und die Oberpfalz mit dem Sitz in Nürnberg, und einer für die Rheinpfalz mit dem Sitz in Ludwigshafen. Die Oberleitung soll der Landesvorstand führen, der vom Landesparteitag bestimmt wird.

Die Diskussion gestaltet sich sehr lebhaft. Von mehreren Rednern werden gegen den föderalistischen Charakter der Organisation Bedenken geltend gemacht; sie verlangen eine straffere Zentralisation mit einer einzigen Leitung. Ländliche Delegirte finden den Minimalbeitrag von monatlich 20 Pf. für die Verhältnisse in ihren Bezirken zu hoch. Der Entwurf wird schließlich mit wenigen unbedeutenden Aenderungen angenommen.

Damit sind die Hauptpunkte erschöpft. Es werden noch verschiedene Anträge berathen und nachdem als Ort des nächsten Parteitages Fürth bestimmt worden, schließt Scherm mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie den Parteitag.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 2. November.

Opernhaus. III. Symphonie-Abend. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Herostrat. Anfang 7½ Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Fregoli-Gastspiel. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Hamlet. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Zaza. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Großmama. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Der Herr Sekretär. Vorher: Mein treuer Antoine. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Eugen Enögin. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Hofgunst. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Das Lumpengesindel. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Das Paradies der Frauen. Anfang 7½ Uhr.
Central. Die Geisha. Anf. 7½ Uhr.
Thalia. Unser lustiges Berlin. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Die Schuld der Schuldlosen. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Schüler-Vorstellung. Die Räuber. Anfang 3 Uhr. Abends: Preciosa. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Napoleon. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Geheimnisse von London. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Jugendsünden. Anfang 8 Uhr.
Parodie. Tugend. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48—49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Die Urzeit des Menschen
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5—10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7½ Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 7 Uhr.
Feen-Palast. Spezialitäten-Vorstellung.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Luisen-Theater

34. Reichenbergerstraße 34.
Abends 8 Uhr:
Die Schuld der Schuldlosen.
Schauspiel in 5 Akten von Rd. Stoltze.
Donnerstag:
Jocko's Streiche.
Burleske in 3 Akten n. d. Englischen des James Carlisle von W. Sallis.
Jocko: Paul Herbig vom Apollo-Theater in Nürnberg a. G.
Vorher: **Der dritte Kopf.**
Von Franz Wallner.
Freitag: **Die Schuld der Schuldlosen.**

Ostend-Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
Nachm. 3 Uhr: 1. Schüler-Vorstellung:
Die Räuber.
Trauerspiel in 5 Akten von Schiller.
Bedeutend ermäßigte Preise.
2. Rang, 2. Parquet 20 Pf., 1. Rang, 1. Parquet 30 Pf., Loge 75 Pf.
Abends 8 Uhr:
Unter Mitwirkung des Lerch'schen Südost-Konservatoriums, z. 100. Male:
Preciosa.
Schauspiel mit Gesang von P. Alex. Wolff. Musik von C. M. von Weber.
Vorzugsbillets haben Giltigkeit.
Im **Tunnel** von 7 Uhr an **Frei-Konzert.** Donnerstag: **Der Jongleur.** Freitag: **Robert u. Bertram.** Sonnabend Nachmittag: Schülervorstellung **Die Räuber.** Abends: **Kean.** Sonntag Nachmittag: **Robert und Bertram.** Abends: **Käthchen von Heilbronn.** Cäsar Beck a. G.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Mittwoch: Zum ersten Male:
Lumpengesindel.
Donnerstag:
Lumpengesindel.
Freitag:
Mauerblümchen.

Central-Theater

Direktion: José Feronczy.
Die Geisha
oder: **Eine japanische Theehaus-Geschichte.**
Operette in 3 Akten v. Sidney Jones.
Morgen und die folgenden Tage: **Die Geisha.** — Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Gasparone.** Operette in drei Akten von Millöcker.

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73.
Drittletzte Aufführung!
Unser lustiges Berlin.
Große Gesangsposse in 4 Bildern von E. Sondermann u. Ch. Bischoff. Musik von Curt Goldmann.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonnabend, den 5. November: Zum 1. Male: **Der Hypothekenschuster.** Gesangsposse in 3 Akten von Leopold Ely. Musik von Cornelius Schüler.

Olympia-Theater.

(Circus Renz) Karlstrasse.
Täglich 8 Uhr abends:
Berliner Ausstattungsstück
mit
Couplets,
MENE TEKEL
Aufzügen
und
Kolossal-Ballets
in 3 Akten (10 Bildern).
Sonntag Nachmittag 3½ Uhr:
Dieselbe Vorstellung.
1 Kind frei.

Circus Renz-Riesen-Tunnel.

Direktion: J. M. Hütt.
Täglich: Grosses Konzert der Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn **Otto Görner** und **Extra**
Spezialitäten-Vorstellung
unter Regie des beliebten Humoristen Gustav Kluck.
Das neue großartige November-Programm.
Anf. Wochent. 6½ Uhr, Sonnt. 5 Uhr.
Entree Wochent. 10 Pf., Sonnt. 30 Pf.

Concerthaus.

Leipzigerstr. No. 48.
Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.
Zum Schluß die Operette von Jacques Offenbach:
Insel Tulipatan.
Die Handlung spielt 3000 Meilen von Blankenese, 150 Jahre vor Erfindung der Velozipeden mit Dampfschraube.
Für die Wochentage werden Vereinsbillets mit erheblicher Preisermäßigung ausgegeben und können von den geschätzten Vereinsvorständen kostenlos im Bureau des Konzerthauses entgegengenommen werden.

Brauerei Friedrichshain

Am Königsthor. (früher Lipps) Am Königsthor.
Heute Mittwoch, den 2. November 1898:
Zweiter Konzert-Abend
des **„Berliner Concert-Orchesters".** Dir.: Herr G. Grass.
U. a. Programm: Weber, Ouverture „Oberon"; Balfe, Ouverture „Zigeunerin"; Wagner „Lohengrin"; Großmann, Czardas aus „Der Geist des Woywoden"; Haydn, Andante aus der G-dur-Sinfonie.
Anfang 8 Uhr. — Entree 20 Pf.
Nach dem Konzert: **Tanzkränzchen.**
Um zahlreichen Besuch bittet **Das Comité.**

Urania

Taubenstrasse 48/49.
Abwechslungsweise
Die Urzeit des Menschen
und
Quer durch Oesterreich.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. **Sternwarte.**
Taubenstrasse im Hörsaal:
Experim. u. Projekt.-Vorträge

Kunst-Schaubühne

i. d. **Urania,** Invalidenstr. 57.
Sonntag, den 6./11., 5 Uhr:
Eine Wanderung durch Pompeji.
Ermässigte Preise.
Parkett 0,50 Pf., Stehpl. 30 Pf.

Passage-Panoptikum.

Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.

Im Theatersaal von 6 Uhr ab:
Théâtre variété.
Neu! Lebend! Der Storchmensch!
Heute 25 Pf. Entree.
Geöffnet v. vorm. 9 bis abds. 10 Uhr.

Castan's Panopticum.

Neu!! Neu!!
Lebendig begraben!!

Apollo-Theater.

Direktion: E. Waldmann.
Arman d'Ary
die berühmte Pariser Operetten-Diva.
Familie Agoust.
Mr. Judges
Dressirte Seelöwen.
Sign. Pietro Basalari,
der phänomenale Doppel-Sänger.
14 Debuts.
Kassenöffnung 6½ Uhr.
Anfang 7½ Uhr.

Alcazar-Theater

Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.
Direktion: **Richard Winkler.**
Allabendlich
unter stürmischem Jubel:
Das Wurstmädchen von Aschinger.
Bild aus dem Berliner Leben von W. Reichard. Musik von Oskar Victor-Roeder. In Szene gesetzt von Otto Wendt.
Auf allgemeines Verlangen:
Die Wenzel.
Schwank in 1 Akt von E. Felsch.
Gesammtauftreten des neuengagirten **Künstler- und Spezialitäten-Personals.**
Anfang: Wochent. 7½ Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entree: Wochentags 30 Pf. Sonntags 40 Pf.
Vorzugsbillets haben Giltigkeit.

Mähr's Theater

Oranienstr. 24.
Täglich
Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
O diese Radler!
Burleske.
Clown Bimbo. Mlle. Rosa. Edler v. Metz. Little Willy.
Anfang an den Wochentagen 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Bons haben Wochentags Giltigkeit.

Volks-Theater

im Welt-Restaurant
Dresdener-Straße 97.
Dir.: A. Kolig. Art. Leiter: A. Runge.
Novität! Sensationell! **Novität!**
Weibliche Rekruten.
Operetten-Burleske von J. Eißner. Musik von R. Zehr. In Szene gesetzt von August Runge.
Riesenerfolg! **Jubelnder Beifall!**
Bei Werthheim's.
Neu! Mr. William Barrey, **Neu!** Original-Neger-Clown.
Urkomisch! Zum Todtlachen!

Feen-Palast-Theater

Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Direktion: Winkler und Fröbel.
Neues November-Programm.
Rosen vom Norden.
Große Ausstattungsposse von W. Gericke.
Theodor Görner, R. Winkler. **Patty Frank,** Akrobatentruppe. — **Dora Marchetty,** Equilibristin. **Wilhelm Fröbel,** der unverwüstliche Humorist. **Pa Fa,** akrobatische Clown. **Gebr. Niagara,** Hand- und Kraft-Turner. **Toska's** lebend. Bilder-Gallerie, darg. v. 8 Damen-Schönheiten. **Helene Bost — Müselly — Ernst Sprecher.**
Anfang 7½, Oeffnung 6½ Uhr.
Vorverkauf Vorm. v. 11-1 Uhr.

Fracks u. Gesellschaftsanzüge, für jede Figur passend, verleiht [14620 Baruch, Kommandantenstr. 72, I.

Reichshallen.

Stettiner Sänger

(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader.)
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
Tageskasse von 11—1 Uhr.
Zum Schluß:
Vor 25 Jahren.
Ensemble von Meysel.

Reichshallen Restaurant.
Täglich:
Konzert des 24 Mann starken **Reichshallen-Orchesters.**
Dirigent: Max Schmidt.
Entree frei.

W. Noack's Theater

Brunnenstr. 16.
Heute Mittwoch, den 2. November:
Wegen Privatfestlichkeit keine Vorstellung.
Morgen Donnerstag:
Lumpazivagabundus.

Anzüge nach Maaß für Herren- u. Knaben
Größte Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für **Paletots, Anzüge, Beinkleider** 2c. werden unter **Garantie** des **guten Sitzes** zu **überaus billigen Preisen** schnellstens angefertigt im Tuchgeschäft bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

Circus Busch

Mittwoch, d. 2. November 1898
abends 7½ Uhr:
Sport-Abend.
Amateur-Konkurrenz-Reiten. Wer dreimal stehend zu Pferde die Manege umreitet, erhält eine Prämie von
50 Mark.
Kavallerie zu Fuß, höchst komisches Intermezzo. Außerdem: **In der Tanzstunde,** große Quadrille, ger. v. 8 Damen u. 8 Herren, arrang. von Herrn Burkhart-Foottit. Auftreten des Herrn **Franz Gebhardt,** Ritter pp., bisher Chef der k. k. spanischen Hofreitschule in Wien auf d. Lippizaner-hengst Neapolitana-Mascula. Zusammenkunft der Blumen, gr. Ballet-Divertissement. Aufzug sämmtlicher Reitertypen in prunkhaft. Ausstattung. Die neuen Freiheitsdressuren des Direktors Busch. Shadow Brothers, moderne Gladiatoren.
Morgen, Donnerstag: Elite-Abend. Sonntag, 6. November, nachm. 4 Uhr, (1 Kind unter 10 Jahren frei, weitere Kinder unter 10 Jahren zahlen auf allen Plätzen halbe Preise). Auf besonderen Wunsch: Aufzug sämmtlicher Reitertypen in prunkhaft. Ausstattung.

Heiz-Apparat

für Stuben,
an jedem Kachelofen anzubringen, in 2 Minuten ein vollständig warmes Zimmer mit 3 Preßkohlen,
pro Stück **4 M.**
für Küche
pro Stück **2 M.**
Zu haben:
Sebastianstrasse 3
Täglich Probe-Heizen.

Zähne v. 2 Mark event. Theilzahlung. **Olga Jacobson,** Invalidenst. 145.

Achtung, Genossinnen und Genossen Berlins!

Mittwoch, den 2. November, abends 8 Uhr:

Volks-Versammlung

im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Delegirtinnen vom Stuttgarter Parteitag. 2. Diskussion. 3. Bericht der Vertrauensperson und Neuwahl derselben.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ersucht um zahlreichen Besuch

2/5 Die Vertrauensperson.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Mittwoch, den 2. November, abends 8½ Uhr:

Versammlung

im Lokal von Zühlke, Dennewitzstraße Nr. 13.

Tages-Ordnung:

1. Streitfragen in der Partei. Referent: Genosse Richard Fischer. 2. Diskussion. 2. Verschiedenes. 238/20

Gäste haben Zutritt.

Zahlreicher Betheiligung sieht entgegen

Der Vorstand.

---

5. Wahlkreis.

Oeffentl. Parteiversammlung

am Donnerstag, den 3. November 1898, abends 8½ Uhr, im Saale des **alten Schützenhauses**, Linienstr. 5

Tages-Ordnung:

1. Fortsetzung der Diskussion über den Bericht des Delegirten vom Stuttgarter Parteitag.
2. Verschiedenes. 217/13

Zahlreiches Erscheinen erwarten Die Vertrauenspersonen.

Moabit. VI. Wahlkreis. Moabit.

Donnerstag, den 3. November, abends 8½ Uhr:

Volks-Versammlung

im großen Saale des Moabiter Gesellschaftshauses, Alt-Moabit 80/81.

Tages-Ordnung:

Die Sozialdemokratie und die internationale Reaktion.

Referent: **Wilhelm Liebknecht.**

220/6 Die Vertrauensperson.

Chemigraphen.

Donnerstag, den 3. November, abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Zubell, Lindenstraße 106:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Paul Jahn. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 97/8

Um zahlreichen und pünktlichen Besuch bittet Die Verwaltung.

Achtung! Mittwoch, den 2. November, abends 8½ Uhr: Achtung!

Volks-Versammlung

in **Louis Keller's Festsaal**, Koppenstraße 29.

Tages-Ordnung:

Attentat und Sozialdemokratie.

Referent: **August Bebel.**

Die Vertrauenspersonen.

Achtung! Achtung!

Musikinstrumenten-Arbeiter!

Am Mittwoch, den 2. November, abends 8½ Uhr, bei Stechert, Andreasstrasse 21:

Oeffentliche Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Der Maximalarbeitstag und seine Wirkung. 2. Wie können die Musikinstrumenten-Arbeiter ihre Interessen im Holzarbeiter-Verband vertreten? 108/16

Der Vertrauensmann: Otto Klinger.

Zimmerer.

Donnerstag, den 3. November 1898, abends 8 Uhr, bei Lange, Dragonerstraße 15: 256/15

Versammlung der Platz-Deputirten.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Lohnkommission.

Reinickendorf.

Sonnabend, den 5. November, abends 8 Uhr, bei Böttcher, Marktstraße 1/2:

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht und Neuwahl des Vertrauensmannes. 2. Neuwahl der Revisoren und Lokalkommission. 3. Verschiedenes.

224/17 Der Vertrauensmann.

Achtung, Bauarbeiter!

Alle diejenigen Kollegen, welche seinerzeit Listen von Karl Krüger entnommen haben, werden hiermit aufgefordert, dieselben unverzüglich an die Lohnkommission abzuliefern, ob gezeichnet oder leer. Auch ersuchen wir diejenigen Kollegen, uns den Nachweis zu erbringen, in welchen Händen sich dieselben befinden. 40/1

Berlin, den 1. November 1898.

Die Lohnkommission. J. A.: W. Noack.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Theilzahl. wöchentl. 1 M. Sprechst. 9-6. Zahnarzt **Wolf**, Leipzigerstr. 22. *

Orts-Krankenkasse der Cigarrenmacher, Cigarrensortirer u. deren gewerbl. Hilfsarbeiter zu Berlin.

Donnerstag, den 10. November, abends 8 Uhr, in **Buske's** „Gesellschaftshaus", Grenadierstraße 33.

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

Wahl von 88 Vertretern zur Generalversammlung.

Alle großjährigen Mitglieder § 49 des Statuts, Abs. II, werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Quittungsbuch legitimirt.

Zugleich findet am **10. Novbr., abends 6 Uhr**, in obengenanntem Lokal eine Versammlung für Arbeitgeber statt. Tagesordnung: Wahl von 33 Vertretern zur General-Versammlung. — Nur solche Arbeitgeber haben Zutritt, welche Beiträge aus eigenen Mitteln zur obigen Kasse zahlen.

1999b Der Vorstand.

Gem. Chor sucht Damen als Mitglieder. Gefl. Anmeldungen im **Restaurant Jessat**, Auguststraße 20 (Mittwochs, abends 8½ Uhr) erbeten. 1996b

---

Alle von mir gegen Herrn Fabrikdirektor Hauptmann d. L. Hansen zu Adlershof ausgesprochenen Beleidigungen nehme ich hierdurch zurück und erkläre, daß ihnen jede thatsächliche Grundlage fehlt. 1997b

Adlershof, den 26. Oktober 1898.

Adolph Fischer, Schmiedemeister.

Buchenholz u. Eichen-Abfallholz

ist als Ofenheizung besser wie Kohlen. Zu den billigsten Preisen liefert **W. Jonentz**, Bärwaldstr. 64.

Achtung! Achtung!

Verband der Tapezirer.

Die Beerdigung unseres Kollegen **Lamprecht** findet heute Nachmittag 4 Uhr von der Leichenhalle der Friedensgemeinde in Nieder-Schönhausen, Kaiser Wilhelmstraße, am Rosenthal, aus statt.

Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.

Dienstag entschlief sanft nach schwerem Leiden mein inniggeliebter Mann, unser herzensguter Vater, Schwiegervater, Großvater, Schwager und Onkel, der Schankwirth 2001b

F. Gutschow

im 61. Lebensjahre.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Freitag Nachmittag um 2 Uhr von der Leichenhalle des Augusta-Hospitals, Scharnhorststraße, aus statt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Theilnahme beim Hinscheiden meiner lieben Frau, spreche ich allen Freunden und Bekannten, welche ihr die letzte Ehre erwiesen haben, meinen herzlichsten Dank aus. 2000b

Julius Illhardt.

Flora-Säle

Bernh. Nieft, 17. Weberstr. 17. 1000 Pers. fassend. Vollst. neu einger. Sonnabende, 26. Nov., 17. Dez., 1. u. 2. Weihn.-Feiert.: Vorm. Matinée frei!

Fest-Säle

Sonnabende im November und Dezember noch frei.

72. Kommandantenstr. 72.

Neues Club-Haus. *

Achtung, Vereine!

Weihnachtsfeiertage noch Säle frei! [Englischer Garten, Alexanderstr. 27c.

63729*

Bruch-Preßkohlen, Str. 75 Pf., sowie sämmtliche anderen Brennmaterialien sind billig zu haben Urbanstr. 171. [1995b

Schultz.

Einem Theil der heutigen Auflage liegt ein Prospekt der Firma „Hamburger Engros-Lager" A. Jandorf & Co., Belle-Alliancestraße 1—2 u. Spittelmarkt 16 bei.

---

9. Ziehung d. 4. Klasse 199. Kgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 1. November 1898, vormittags.

Nur die Gewinne über 220 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.

(Ohne Gewähr.)

18 177 308 9 18 96 499 516 85 865 985 [1000] 1176 [500] 83 481 572 81 [10000] 640 72 [300] 826 [3000] 931 2234 [1000] 651 784 3074 158 92 237 60 [300] 66 496 500 609 [3000] 88 755 83 871 973 4078 120 268 488 555 86 601 57 848 989 5061 78 180 395 [500] 407 6 94 812 986 6042 187 214 304 94 453 507 96 686 742 87 894 920 7195 238 382 446 510 877 940 8126 257 32 385 [500] 495 552 83 [3000] 600 734 83 910 86 9096 219 69 561 971

10017 90 107 37 276 514 696 722 823 11144 72 408 527 708 74 836 61 930 91 98 12129 224 350 423 587 97 741 [300] 43 858 992 13134 94 [500] 336 71 589 697 712 832 995 14105 216 462 89 [500] 518 602 [500] 63 [500] 73 969 15475 528 693 780 16022 117 264 335 [1000] 612 715 26 805 967 17193 279 [300] 348 48 [300] 77 436 586 739 814 84 941 18013 107 208 610 740 809 82 83 935 89 19187 97 344 51 84 444 47 540 81 679 834 986

20238 400 11 597 [1000] 813 930 21079 81 [1000] 328 570 792 835 960 22012 450 66 584 700 9 53 845 66 23049 406 570 618 31 907 48 24158 219 46 517 603 724 899 25101 327 516 680 791 801 954 26011 [300] 457 528 790 96 [500] 878 27111 62 228 509 81 727 28121 469 688 867 79 980 29253 95 401 785 813 40 48

30216 [3000] 97 605 98 710 31017 35 141 85 224 455 57 639 712 908 17 32107 25 204 539 67 606 760 818 914 33454 69 578 700 834 [500] 988 34280 440 68 524 733 92 989 55 59 35046 169 217 57 498 583 726 38 70 800 54 36022 139 80 220 321 625 93 757 855 [500] 83 934 46 78 37025 136 42 209 84 400 [300] 700 [1000] 74 80 835 48 68 81 958 80 38014 93 115 93 262 79 631 59 723 39014 156 [3000] 577 686 891 [300] 984

40086 439 58 [300] 740 82 832 32 [500] 58 84 970 41067 187 427 742 955 [500] 42009 141 313 501 59 756 62 989 43324 408 88 784 878 44058 155 76 226 66 398 482 87 784 [3000] 881 45138 48 340 425 45 694 750 [3000] 840 900 46220 62 86 68 333 589 614 791 936 47110 31 [500] 235 562 [300] 643 90 877 994 48021 76 132 90 302 576 [300] 789 964 49025 [3000] 247 70 378 86 654 797

50014 63 130 47 228 87 89 399 545 93 733 89 914 [3000] 51411 79 508 [300] 86 98 633 52040 153 64 320 600 974 53059 141 211 [1000] 321 88 599 [3000] 610 75 777 54057 101 [300] 9 51 319 53 512 62 757 88 94 867 900 55250 313 511 714 820 39 70 936 56059 [1000] 273 404 21 50 638 39 783 920 84 57290 379 98 [500] 409 30 561 76 825 74 [500] 747 49 908 49 58115 97 220 443 80 525 43 835 59086 150 [1000] 240 883 478 660 [500] 66 832 [300] 87 93 924 [300] 34 32

60087 252 59 [500] 310 20 22 62 419 533 649 83 96 795 849 61077 385 434 534 91 [300] 816 983 92 62021 138 41 61 90 202 328 55 405 81 545 63 677 703 874 [500] 63234 74 319 401 56 [3000] 84 621 23 769 [1000] 64018 65086 166 226 471 506 35 92 676 704 9 843 909 78 66156 266 456 94 568 73 665 737 79 860 67042 [500] 205 [1000] 312 83 529 731 851 86 68223 30 68 678 705 43 911 52 79 69046 75 135 335 [300] 433 89 50 51 743 84 964

70182 [3000] 211 56 449 607 881 907 20 71122 964 [300] 698 758 814 56 72050 154 260 399 785 871 99 917 73220 50 301 466 722 39 68 74082 117 28 29 200 24 435 559 91 612 60 814 64 912 96 75151 [500] 203 [500] 23 317 87 546 609 713 866 944 [500] 76185 220 [500] 259 76 607 71 786 51 850 987 71 77228 [500] 97 368 530 [1000] 601 17 866 928 78927 258 300 642 82 897 79007 70 273 362 527 [3000] 50 62 83 656 [300] 70 731 55 816 81 97 946 99 [3000]

80049 60 194 [1000] 96 286 [300] 608 768 72 81 810 [500] 970 81064 207 46 323 446 94 580 95 640 702 998 82116 356 528 626 76 93 819 24 60 939 83004 257 60 502 89 821 84228 324 79 673 772 828 89 98 917 85012 15 54 147 79 536 611 86052 146 [1000] 248 333 60 504 611 57 814 972 87048 240 431 38 666 707 34 854 88150 328 48 99 417 27 48 57 70 500 [300] 29 89055 165 264 93 310 688 907

90087 111 47 336 412 91021 300 90 683 917 37 92030 [500] 123 246 352 590 94 765 802 69 973 81 93006 419 43 606 755 948 61 94324 505 624 72 [500] 70 701 47 95 95007 81 98 184 258 59 382 84 506 69 86 [300] 843 998 96065 164 88 308 418 62 590 740 [300] 99 876 938 97457 [3000] 625 62 876 936 98023 37 96 261 396 471 75 715 99009 26 29 336 543 685 792 [300] 848 900 91

100137 316 454 [300] 614 36 789 813 998 101148 261 93 463 604 848 [300] 102044 73 79 223 53 587 693 721 51 911 94 96 103138 [3000] 266 337 621 30 [300] 883 [3000] 104061 113 36 239 440 511 949 105085 145 00 62 217 337 420 674 738 106067 124 45 228 302 29 37 54 643 86 908 107132 282 307 401 669 70 75 92 108559 708 89 876 916 20 [500] 109004 10 161 427 551 52 697 741 812 13 40 70 901 7

110611 [3000] 887 111055 76 [3000] 89 [500] 383 548 602 56 868 [3000] 931 78 112091 [500] 97 [300] 155 212 86 387 587 901 89 113002 208 50 79 410 [300] 57 725 975 114081 319 50 615 740 [300] 875 115055 165 71 327 547 96 605 757 981 116008 296 713 982 117030 150 [3000] 58 250 308 444 60 653 734 92 118293 492 86 512 [500] 809 914 119677 97 775 836 75

120056 154 360 94 456 75 96 [500] 567 808 25 904 19 121047 205 16 17 488 752 917 122119 [300] 76 356 509 878 945 123191 508 695 701 52 88 [1000] 800 9 67 124152 [500] 215 26 90 [1000] 820 125109 51 330 479 700 34 62 65 720 [500] 805 9 912 126064 578 [3000] 706 127128 68 248 67 836 40 [1000] 713 60 89 895 909 1 128025 290 346 605 53 739 893 957 129016 118 41 87 698

130193 361 71 99 410 66 94 514 620 34 62 845 [500] 60 90 131012 185 277 352 45 [5000] 785 923 24 132075 311 [3000] 68 558 887 133471 85 331 69 467 568 [500] 90 601 [1000] 134041 331 462 68 98 692 856 92 [3000] 63 135033 267 380 506 [300] 45 849 136509 639 703 846 137140 [3000] 257 398 643 765 [500] 812 138146 72 97 207 [1000] 58 398 596 769 805 49 955 139219 581 [1000] 52 62 85 637 707 57 79 925 47 50 73 91

140086 396 451 83 679 990 [500] 141094 261 431 528 718 53 92 836 142178 487 657 91 143073 143 208 815 44 87 611 19 745 820 38 78 929 144054 122 75 89 220 70 91 398 453 88 522 28 44 [300] 608 700 50 91 994 145086 213 444 64 79 526 [300] 54 639 780 881 85 959 146066 79 308 96 462 [300] 98 527 57 913 [500] 58 71 [300] 147130 541 60 856 148017 51 52 280 411 547 [300] 601 [3000] 722 62 882 149622 654 [500] 771 [300] 821

150036 122 81 220 69 341 46 702 93 151073 184 302 425 565 616 49 [3000] 707 894 [500] 934 [300] 152187 298 305 29 90 687 720 881 993 153147 74 327 492 746 802 39 154070 81 118 90 219 [1000] 398 465 585 [500] 639 725 866 945 155013 63 103 54 87 309 21 [1000] 81 [300] 447 548 605 68 704 [500] 27 984 156079 [500] 245 479 787 875 913 31 157016 [3000] 46 150 66 202 421 585 [3000] 613 914 38 158074 105 210 97 356 78 429 87 506 12 [200] 70 785 928 85 159021 131 216 814 57

160081 151 223 [300] 489 [500] 546 693 713 79 812 36 161149 56 315 59 471 526 86 [500] 658 66 848 988 162014 19 150 84 [300] 95 [1000] 313 939 95 163117 [300] 79 272 333 85 [300] 98 [3000] 485 570 602 164027 228 42 320 21 852 53 [500] 80 165018 88 123 78 308 [300] 454 63 [1000] 616 84 900 55 [300] 166060 130 58 209 31 324 39 525 608 16 773 96 858 [1000] 73 984 167038 [500] 46 147 59 340 693 811 39 82 960 168132 429 87 506 12 [200] 70 785 928 85 169021 131 216 814 57

170086 159 202 35 42 68 300 18 491 171165 266 486 521 45 [300] 734 814 92 172022 32 125 309 79 359 488 579 909 [1000] 173076 179 891 441 547 689 752 971 174041 121 28 222 24 401 26 57 553 983 175094 418 55 56 510 666 700 16 17 30 90 868 84 176122 [1000] 45 202 6 [500] 306 50 96 432 84 568 81 665 177048 70 343 480 560 699 956 178006 28 37 95 101 506 686 844 925 179068 75 297 382 443 91 522 62 642 87 95 [300] 800 17 66 85

180030 56 80 625 708 819 93 944 181018 180 208 [1000] 53 75 300 [1000] 2 498 [3000] 761 63 901 182100 353 466 527 63 600 25 877 922 73 183251 [300] 54 406 583 615 52 73 85 729 [500] 811 97 925 33 90 184179 82 86 247 313 618 722 942 185135 88 399 516 31 41 84 630 73 86 778 76 911 25 73 186091 269 422 27 560 638 43 748 [300] 825 63 87 900 3 22 187158 206 98 525 31 [1000] 673 786 [3000] 872 188043 311 93 472 608 705 949 189050 306 14 16 553 686 715 38 54

190159 [1000] 67 220 64 [1000] 380 91 424 518 639 719 856 902 7 [500] 10 12 [300] 67 191155 254 [1000] 354 786 889 192125 424 655 816 907 27 43 87 193011 27 172 587 92 648 702 62 806 917 45 194008 61 [300] 101 89 260 96 [300] 300 408 613 753 815 35 [300] 195038 [300] 144 306 27 574 727 859 72 81 942 80 196018 89 247 69 326 416 197123 79 218 [300] 634 744 836 198043 75 398 94 476 588 635 92 716 199260 79 510 80 93 783 [1000]

200337 420 [3000] 603 79 [500] 875 92 201069 151 78 576 [500] 886 202219 83 356 74 517 691 [300] 725 96 203185 259 [300] 408 536 63 622 32 713 881 931 204171 402 32 619 79 720 993 205076 207 406 206223 52 323 46 402 14 77 501 13 726 59 820 207030 670 208158 263 92 96 395 460 550 647 775 89 836 902 68 209022 66 80 101 43 89 236 88 415 728 52 91 857 81 83 936

210059 202 17 19 59 338 735 94 [500] 829 62 73 928 211206 32 591 98 789 948 212006 279 306 213055 235 499 687 [300] 89 [500] 709 [300] 24 894 972 214014 165 221 625 855 73 215436 63 66 621 216024 65 93 421 653 66 84 93 703 [300] 51 [300] 860 [1000] 988 217021 159 226 92 308 [500] 458 528,70 698 853 218012 94 666 877 925 51 219008 40 190 [500] 240 327 30 83 418 616 745 67 870 99

220022 107 [300] 217 44 96 434 635 48 64 901 221209 346 705 55 821 222358 78 460 585 668 755 223149 77 375 521 89 621 850 [1000] 952 224105 [3000] 98 877 436 85 646 225156 367 591

Im Gewinnrade verblieben: 1 Gewinn zu 500 000 Mk., 2 zu 200 000 Mk., 2 zu 150 000 Mk., 1 zu 100 000 Mk., 2 zu 75 000 Mk., 1 zu 40 000 Mk., 2 zu 30 000 Mk., 15 zu 15 000 Mk., 24 zu 10 000 Mk., 63 zu 5000 Mk., 769 zu 3000 Mk., 880 zu 1000 Mk., 1036 zu 500 Mk.

---

9. Ziehung d. 4. Klasse 199. Kgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 1. November 1898, nachmittags.

Nur die Gewinne über 220 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.

(Ohne Gewähr.)

186 235 42 352 77 406 35 564 [300] 658 816 970 1015 35 166 [3000] 320 32 90 460 804 28 2000 178 504 786 898 [1000] 3136 64 911 [300] 4005 58 84 244 530 [200] 755 838 5032 175 [3000] 250 54 513 682 744 806 98 6170 219 63 550 619 896 7079 [500] 203 367 72 437 81 555 [500] 82 803 62 952 68 8011 12 29 35 85 247 501 719 85 9028 205 517 70 677 712 982

10020 190 270 583 662 66 785 835 11269 97 310 554 612 866 929 12010 16 42 [500] 140 207 38 592 [500] 703 868 13035 223 639 [300] 910 14108 203 68 336 93 747 49 875 941 15151 248 352 590 818 88 [1000] 16062 172 251 806 918 65 17142 92 322 424 93 570 632 69 744 811 918 18066 117 293 364 [300] 97 423 58 831 19076 144 58 83 579 827

20337 44 465 578 21302 701 12 46 865 934 87 22019 111 280 311 401 12 576 648 81 741 968 23075 181 [3000] 229 61 877 95 429 71 89 606 11 946 24002 3 265 97 371 473 506 40 727 890 25066 134 [1000] 336 77 417 502 842 58 68 77 925 26005 141 [3000] 221 350 530 619 92 841 75 96 917 77 [3000] 79 27110 206 84 85 [300] 303 492 604 36 [1000] 738 883 923 28093 236 391 905 54 29058 61 176 307 58 482 546 63 738 67 79 966

30002 [300] 67 132 232 75 554 827 92 907 [500] 31022 220 313 543 902 32041 180 203 578 758 3 885 411 637 81 89 989 98 34019 100 10 30 55 260 357 592 710 883 35008 18 167 [1000] 80 240 776 895 36127 78 899 544 91 622 700 42 930 37241 708 88 821 28 916 25 59 38036 116 66 92 [3000] 150 678 831 92 966 39058 89 100 17 245 814 452 515 62 70 710 38 819 905 [3000] 88

40128 243 66 [1000] 75 [3000] 334 508 [300] 12 691 705 815 41022 523 36 835 42163 76 349 93 413 31 75 43063 78 221 498 605 75 91 [1000] 774 75 886 999 44036 86 248 [1000] 368 [300] 96 [500] 408 20 94 592 822 900 45093 249 66 398 439 [3000] 657 746 824 46027 54 79 389 471 89 508 66 [300] 752 945 61 47022 170 359 [300] 408 83 605 59 808 900 [3000] 48010 240 84 487 504 630 752 800 18 [1000] 16 969 56 49172 233 74 324 74 541 [3000] 58 875

50045 124 298 803 [3000] 5 40 429 576 673 994 [3000] 51013 26 207 [300] 387 99 527 79 729 960 52044 225 75 231 59 544 603 [300] 9 14 57 88 836 911 [3000] 53129 79 251 85 519 [300] 770 852 54019 96 412 553 652 55 707 [500] 28 61 86 819 33 46 55336 414 734 79 869 914 56148 399 516 25 80 81 677 92 [1000] 712 57094 172 [500] 224 517 32 699 704 58108 397 429 500 684 792 96 858 945 64 93 59934 525 738 38 878 930 64

60050 200 873 [300] 656 95 [1000] 712 15 79 998 61056 102 62 354 78 415 559 648 714 62034 49 50 185 [3000] 272 346 [3000] 622 61 701 [3000] 89 92 863 63051 70 276 857 574 64030 129 79 380 429 635 817 68 77 978 65112 244 309 449 626 93 768 [3000] 842 66043 315 440 55 677 853 65 947 [300] 67041 208 30 327 51 69 96 587 830 [3000] 946 68024 224 329 94 427 704 [300] 79 964 87 69004 133 341 561 624 800 51 74 82 936 98

70068 79 112 39 479 94 521 662 841 936 71033 331 97 424 628 738 39 997 72087 162 249 334 55 472 564 658 64 [300] 709 51 863 73101 14 237 65 310 78 478 525 71 756 89 823 [500] 934 39 47 53 74019 106 72 76 [500] 225 47 [300] 429 82 65 506 651 849 72 75272 92 [300] 114 24 45 80 834 653 988 76135 248 377 [500] 413 553 632 778 841 967 [1000] 77369 443 90 528 44 616 41 62 724 43 [300] 944 55 78017 92 191 201 397 560 656 58 759 882 77 79044 255 519 [500] 75 [1000] 714 41 [3000] 49 95 870

80028 104 248 89 309 570 681 715 28 37 54 808 47 [300] 928 81129 227 364 68 698 740 82234 585 [300] 86 641 94 712 865 [300] 87 [3000] 920 [500] 77 88 83233 551 57 625 706 882 967 83 84080 [1000] 210 66 80 302 [3000] 90 92 473 [1000] 98 605 783 822 42 75 85003 488 739 [500] 67 857 86168 233 480 577 659 849 65 [500] 87015 55 87 95 228 62 372 530 708 42 817 50 924 88102 72 293 331 581 636 754 809 89056 66 437 78 842 57

90136 64 220 572 695 728 75 800 91026 153 [1000] 228 55 94 601 28 701 817 94 919 92332 431 51 516 667 728 93060 182 241 306 62 63 459 583 61 604 63 741 42 812 25 93 964 94216 36 392 410 614 [300] 92 799 818 95206 [5000] 8 49 382 642 824 996 96231 334 58 59 440 685 88 761 97217 62 480 734 56 900 98043 58 113 305 [1000] 438 592 600 775 876 902 99030 32 87 176 244 302 33 79 521 90 938 [300]

100035 64 226 480 600 101050 [3000] 138 64 234 308 472 [300] 692 729 942 72 76 [300] 102009 267 91 359 522 80 606 33 47 735 [500] 812 93 103016 66 131 [300] 511 602 73 [500] 78 [500] 746 907 104144 243 442 501 89 775 105008 123 203 [500] 340 423 548 659 817 106569 81 609 24 31 99 765 888 56 [300] 972 87 89 [3000] 107042 223 318 534 63 653 752 108051 119 43 [300] 64 355 81 434 698 720 25 837 40 77 109018 [500] 59 185 642 818 93 981

110077 226 553 750 828 46 111170 221 98 309 91 575 752 870 87 943 53 91 112104 35 258 84 358 459 518 [500] 92 869 113012 21 273 312 478 89 686 705 29 47 [3000] 114235 433 57 74 502 65 858 69 918 51 87 115041 65 104 49 67 93 212 [1000] 80 454 766 895 942 45 116001 235 415 36 703 37 896 78 906 68 117257 [300] 429 561 118050 151 282 640 57 65 87 99 710 96 877 982 52 92 119031 485 513 645 80 711

120450 585 636 55 820 965 121067 128 96 860 594 688 97 892 122145 47 86 353 [1000] 496 597 844 98 123227 62 66 505 72 [500] 620 795 950 124454 575 125007 218 318 404 9 11 98 804 126077 204 39 89 568 701 21 906 127021 49 288 346 452 683 729 86 915 128106 55 [3000] 67 74 418 516 82 650 793 828 88 129324 29 85 426 71 681 811 927 68

130291 75 83 91 [300] 381 438 666 785 91 874 982 131009 [500] 104 421 508 51 59 85 [300] 667 813 132128 329 47 98 439 594 764 800 984 85 133183 91 209 [1000] 445 75 695 737 888 925 70 134085 140 325 98 435 587 731 39 48 [5000] 827 71 931 87 135073 [1000] 466 77 [500] 638 62 69 708 77 [300] 136018 54 125 251 [1000] 487 88 633 75 768 [300] 888 919 137123 62 268 442 506 30 [500] 829 43 93 138009 338 99 707 9 98 926 99 139127 62 63 906 69 857 709 878 953 [3000]

140408 11 14 587 [500] 613 15 [1000] 898 965 73 141120 27 66 242 59 378 445 828 937 142175 95 900 556 601 771 864 77 143060 192 402 723 918 52 144008 52 89 94 99 125 292 40 667 990 145022 140 411 589 725 56 807 146497 589 639 832 147043 102 233 78 325 456 60 538 148078 107 59 425 682 734 804 18 957 149028 80 153 66 200 62 657 71 [1000] 73 713 86 67 940 [500]

150120 67 228 410 842 [500] 963 151000 268 317 518 613 23 78 876 922 98 152632 718 41 912 58 [3000] 153017 164 226 28 430 586 613 754 844 154301 852 [1000] 911 155060 104 239 75 332 36 525 [500] 76 156179 406 9 558 612 49 81 967 157174 218 601 816 52 53 158017 81 82 100 9 300 499 681 868 915 159075 159 501 697 712 978

160143 246 63 858 [300] 407 545 48 618 704 847 971 161099 266 83 485 [3000] 699 724 70 867 75 162110 945 74 432 [300] 89 523 39 49 607 54 727 [3000] 82 87 163210 22 [300] 378 428 83 501 828 52 164194 344 [1000] 59 [1000] 425 46 502 739 800 41 937 45 82 [300] 165405 94 647 736 911 166311 643 888 167048 59 [1000] 155 299 868 76 573 710 863 [500] 168025 48 344 490 728 81 809 93 905 [300] 50 169058 283 387 455 553 615 725 58 [300] 881 46 923 [500] 43 89

170112 354 492 [500] 4 568 805 9 80 [3000] 934 171017 [3000] 110 261 311 15 [3000] 514 693 835 172299 504 8 173120 [300] 864 637 86 820 96 174082 170 382 518 925 175028 114 754 176016 98 108 56 89 330 [300] 39 463 72 [500] 534 66 618 878 969 177009 16 25 92 98 120 32 [500] 250 51 [1000] 81 86 392 611 786 835 37 907 178007 46 223 33 306 477 522 69 906 [3000] 57 60 179001 92 171 432 512 823 47 984

180000 94 183 255 470 577 658 65 96 793 801 [300] 18 63 [1000] 68 [1000] 979 181107 18 297 468 534 97 701 89 182334 51 413 [3000] 564 [3000] 766 813 40 61 84 933 43 183201 45 330 56 412 56 543 884 960 184012 92 221 96 308 [5000] 833 868 944 79 185195 694 752 859 [300] 186154 85 [3000] 309 47 [3000] 593 95 699 822 23 921 187106 42 209 358 68 545 649 88 774 811 46 987 188098 248 571 442 669 758 816 21 47 930 85 189123 25 73 273 432 [500] 37 682 880

190173 79 [5000] 206 438 65 748 98 [300] 801 6 191148 369 560 864 98 904 192030 294 441 573 807 82 [3000] 65 806 [500] 193038 323 71 426 44 625 808 93 995 194422 519 [300] 656 872 [3000] 968 67 195337 598 707 32 92 96 826 97 98 905 72 196199 322 86 99 745 915 64 197020 34 37 229 411 41 47 70 806 927 198031 52 128 276 334 564 99 972 199087 149 54 456 [300] 618 789 92 831 922

200048 188 246 63 421 662 99 838 65 [500] 66 98 905 15 201038 [1000] 355 84 93 [500] 605 15 40 795 [300] 826 202021 41 122 389 433 549 [500] 673 743 986 203112 [300] 21 26 33 218 68 330 63 69 75 416 718 91 862 73 91 204229 408 597 739 67 889 205009 228 314 28 599 642 206004 144 201 511 80 663 871 207126 65 234 75 392 208031 98 143 [3000] 454 55 762 73 209185 253 317 402 524 76 91 763 88 820

210004 58 [500] 93 228 99 [300] 445 [500] 547 830 731 899 906 211047 150 276 378 [500] 408 607 [1000] 97 926 [500] 32 68 212042 64 82 207 82 324 755 213121 [300] 218 317 85 529 974 214297 545 97 410 76 582 702 13 89 890 215154 472 605 740 825 [300] 31 919 41 67 216154 65 96 449 511 647 727 69 81 88 848 217042 356 512 642 75 [500] 86 762 70 [500] 923 218326 520 67 709 17 47 49 863 219069 630 64 716 99 894 89 949 220192 242 782 88 822 221228 [15000] 35 [10000] 42 350 425 500 222010 166 225 34 38 85 306 442 75 [3000] 77 557 73 81 86 616 794 802 9 36 223081 91 246 74 477 79 612 37 53 70 733 98 224006 56 537 49 783 865 225146 238 405 558 75 602

Im Gewinnrade verblieben: 1 Gewinn zu 500 000 Mk., 2 zu 200 000 Mk., 2 zu 150 000 Mk., 1 zu 100 000 Mk., 2 zu 75 000 Mk., 1 zu 40 000 Mk., 2 zu 30 000 Mk., 14 zu 15 000 Mk., 23 zu 10 000 Mk., 59 zu 5000 Mk., 747 zu 3000 Mk., 847 zu 1000 Mk., 983 zu 500 Mk.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.